

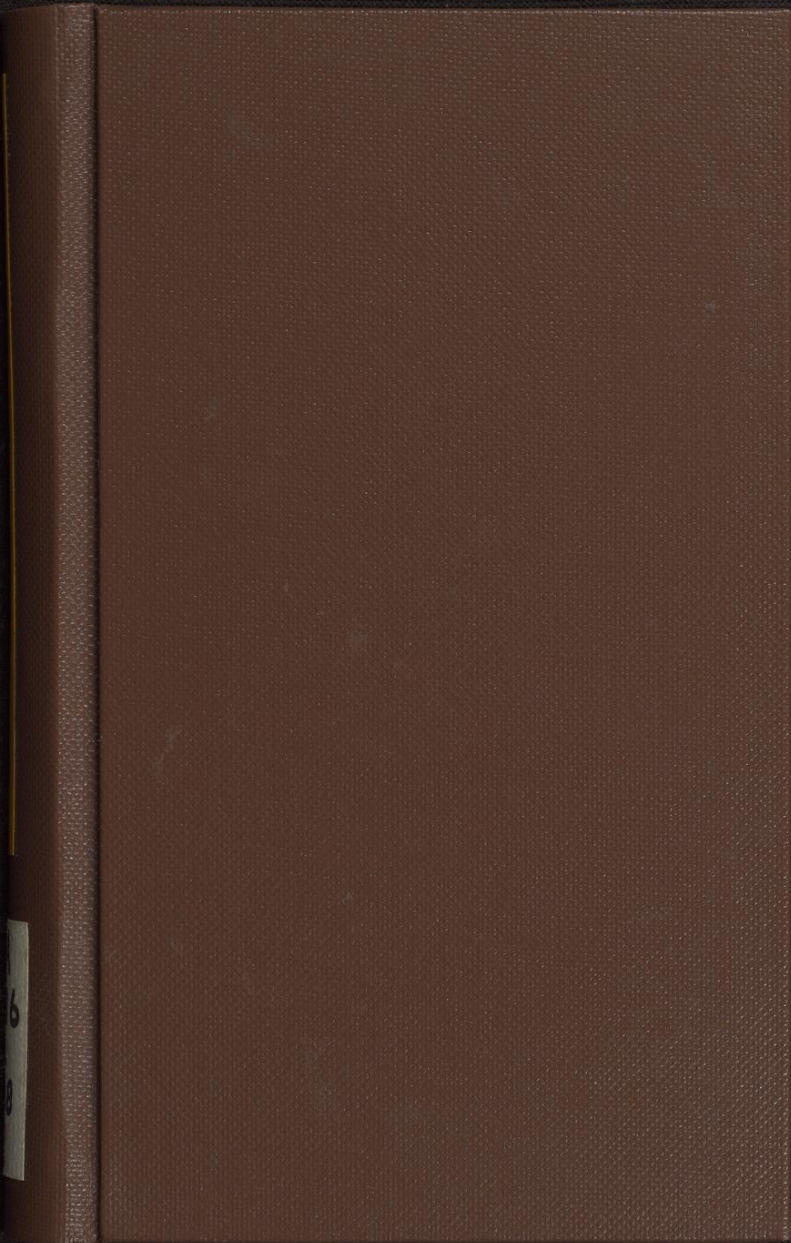
Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Rheinischer Postillon

**Mannheim, Urheberrechtsfreie Bände digitalisiert oder im
Digitalisierungsprozess 1.1838(1839)**

[urn:nbn:de:bsz:31-240760](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-240760)



6
8

96

Taschenbuch

des

Rheinischen Postillon.

Ohne Stahlstiche.

Erster Jahrgang.

Das Jahr 1838.

Mannheim.

Verlag von Heinrich Hoff.

1839.

ZA 9886

11. 1838

R.

V o r r e d e .

Man könnte dem Rheinischen Postillon vielleicht den Vorwurf machen, daß er, statt vorwärts zu gehen, rückwärts geht, d. h. daß er, statt mit seinem Taschenbuche vom letzten Tage des alten Jahres aus in's neue hinzufahren, nun hinten nach kommt. Indes dieser Vorwurf läßt sich damit beseitigen, daß man erst ein Jahr ganz hinter sich haben muß, ehe man über dasselbe Handglossen machen und die Ereignisse erzählen

kann, die sich in demselben zugetragen. Hoffentlich wird Jeder, der billig denkt, diesen Grund gelten lassen, und wer es nicht thun will, der mag es nicht thun; deshalb soll er nicht minder unser Freund sein.

Zu dem, was im Buche steht, eine Einleitung zu geben, ist freilich sehr in der Mode, und oftmals sind diese Einleitungen das Beste an den Büchern, jedoch hierzu fühlt sich der Rheinische Postillon auch nicht sonderlich veranlaßt, denn was er erzählt, ist ja nicht so schwer zu begreifen, daß es erst langer Vorerinnerungen bedürfte. Er hat das mitgetheilt, was das Jahr 1838 gebracht, was es uns vorgeführt hat, und ist bemüht gewesen, diese Ereignisse in einem gewissen Zusammenhange wieder zu geben, damit sie denen wiederum erinnerlich würden,

welche dieselben vergessen haben oder denen sie vielleicht absichtlich entfallen sind. Dies war und ist der eigentliche Zweck des Taschenbuchs, und damit ist denn auch noch die Nebenabsicht verbunden, den entfernten Freunden des Postillon, die auf diese oder jene Weise verhindert wurden, sich in fortlaufender Reihe die Stücke zu verschaffen, welche während des Jahres 1838 geblasen worden sind, die Gelegenheit zu bieten, sich damit im Zusammenhange bekannt zu machen.

Vielen wird damit ein Dienst erwiesen sein, aber es wird auch eben so Viele geben, die darüber ihre Unzufriedenheit äußern und dabei Zwecke unterschieben, an die gar nicht gedacht ward. Allen, die so denken, ruft der Rheinische Postillon das alte Sprichwort zu: „Man sucht Keinen hinter der

Thür, man habe denn vorher dahinter gesteckt.“ —

Der Postillon hat im Laufe des verflossenen Jahres diese Wahrheit zu wiederholten Malen bestätigt gefunden; man hat ihm Absichten angedichtet, die ihm stets fern lagen; ja man hat ihm den Vorwurf der Schonungslosigkeit gemacht, und doch hat er Niemand persönlich verletzen wollen. Wer an einem äußeren Uebel leidet, kann von demselben nicht befreit werden, ohne einigen Schmerz auszuhalten. So ist es auch im öffentlichen Leben. Wo Mißbräuche gerügt werden müssen, kann es wohl nicht gut geschehen, ohne auch den zu treffen, der entweder die Mißbräuche geschaffen hat oder sie vertritt. Aus heiler Haut entstehen solche Uebel nicht, sie werden durch Ursachen her-

vorgerufen, die von sterblichen Menschen, aus Selbstsucht oder Unerfahrenheit, oft aus bösem Willen geschaffen worden sind. Wie kann man nun gegen diese Uebel ankämpfen und doch ihrer Urheber schonen? Wer sich dazu berufen fühlt, der möge dies Kunststück zu Tage fördern; der Lohn seiner Zeitgenossen wird ihm nicht entgehen, und der Rheinische Postillon erbietet sich im Voraus, davon stets Gebrauch zu machen.

Räthsel und Charaden hat der Rheinische Postillon in sein Taschenbuch nicht aufgenommen, weil schon Vieles darin ist, was räthselhaft genug klingt. Daran ist er aber nicht schuld, sondern die Ereignisse selbst oder vielmehr diejenigen, welche sie herbeigeführt haben. So viel in seinen Kräften stand, hat er die Räthsel zu lösen gesucht, wo es

ihm nicht gelungen ist, mag der Leser sein Heil versuchen.

Stahlstiche sind in dem Buche nicht zu finden, indeß ist zwischen den einzelnen Zeilen so viel Platz gelassen, daß es Jedem freisteht, der mit Licht und Schatten umzugehen weiß, sich allerlei Bilder hinein zu denken. —

Der Rheinische Postillon.

In D
Europa
Jahres
Zweifel
der „
etwas
der L
siehe,
Unte
lich S
König
machte

Welt-Bühne des Jahres 1838.

In Deutschland wie in vielen anderen Reichen Europa's sah es in den letzten Monaten des Jahres 1837 eben nicht sehr tröstlich aus. Ohne Zweifel war für diese Zeit im politischen Kalender „heiteres Wetter“ angesetzt, und wenn so etwas im Kalender steht, dann erlebt man in der Wirklichkeit gewöhnlich das Gegentheil. Und siehe, so war es auch.

Unter den deutschen Staaten war es vorzüglich Hannover, das seit der Thronbesteigung des Königs Ernst August sonderbare Erfahrungen machte. Die schlimmste machte es aber am

1. November. An diesem Tage erschien das königliche Patent, welches das Staatsgrundgesetz vom Jahre 1833, eine in der That sehr ungeschuldige Verfassung, aufhob und zwar aus keinem anderen Grunde, als um das Wohl des Volks zu bezwecken.

Ob eine neue Einrichtung und Verordnung, zumal wenn sie der alleinige Wille eines Einzelnen hervorruft, wohlthätige Folgen haben kann, läßt sich nie vorher bestimmen. Das war auch hier der Fall. Das Patent erwies sich dem Wohle des Volks nachtheilig, brachte Verstimmung hervor und regte zur Unzufriedenheit an. Ein wirklicher Schaden traf aber zunächst die Stadt und Universität Göttingen.

Hier traten sieben der ausgezeichnetsten Professoren auf und protestirten gegen die Aufhebung der Verfassung. Dies nahm man ihnen um so mehr übel, da man Sorge getragen hatte, ihre Gewissen durch Eidesentbindung zu erleichtern.

Indeß diese sieben Professoren, unter denen einige sehr tüchtige Staatsrechtslehrer waren, kannten die Paragraphen des neuen Staatsrechts, in denen von der Eidesentbindung abgehandelt wird, noch nicht, oder hatten sie nicht eingesehen, genug sie blieben bei ihrer Protestation und wurden deshalb ihrer Aemter entsetzt, zum Theil auch verwiesen. Sie verließen Hannover, und wohin sie kamen, empfing man sie, öffentlich oder in der Stille, je nach Zeit und Verhältniß, mit großem Jubel.

Aber in Göttingen herrschte nach ihrem Abgange nichts weniger als Freude, denn eine große Anzahl Studenten, und besonders solche, welche die Universität der Studien und nicht des Biertrinkens wegen besuchten, sagten der Hochschule und ihren Wirthsleuten Lebewohl und gingen fröhlich fort; die Wirthsleute aber sahen ihnen traurig nach, denn ihre Stuben blieben leer stehen, und Aussicht auf neue Miether war nicht vorhanden.

Alle Bürger Göttingens, denen es so erging, hielten dies für eine Folge des Patents vom 1. November und konnten nicht begreifen, warum man gerade solche Maßregeln gewählt habe, um ihr Wohl zu bezwecken. Man begriff jetzt zum ersten Male, daß leere Stuben und Patente in einem gewissen Zusammenhange stehen.

So zeigte sich denn in Göttingen Unzufriedenheit und Mißmuth, obgleich viele Sproßlinge aus den edlen Geschlechtern des Landes dort ihre Studien fortsetzten und vor Freude über die Aussicht, nun endlich wieder zu allen alten Rechten gelangen und das ziemlich verrostete Junkerthum aufpußen zu können, hochgeborene und hochwohlgeborene Schlittenfahrten anstellten. Ernstere Beobachter schüttelten bedächtig den Kopf über den Jubel der studirenden Noblesse, und zu solchem Kopfschütteln war wirklich viel Grund vorhanden, denn von allen Seiten hörte man, wie nicht nur einzelne Personen, sondern ganze Körperschaften

und Städte, und unter diesen nahm Osnabrück die erste Stelle ein, zwar die Huldigungsreverse unterschrieben, sich aber zugleich das Recht vorbehielten, an allen gesetzlichen Schritten Theil zu nehmen, welche zur Erhaltung des Staatsgrundgesetzes etwa gethan werden möchten. Nur die Hoffnung, durch die Stände, deren Einberufung man in den ersten Monaten des nächsten Jahres erwartete, eine günstige Aenderung herbeigeführt zu sehen, gewährte etwas Trost. Diesen Trost wollte man sich überhaupt im Umfange der hannöverschen Staaten nicht versagen.

Während die deutsche Welt vorzugsweise mit den erwähnten Vorgängen beschäftigt war, wurde um dieselbe Zeit die Aufmerksamkeit nach den westlichen Provinzen des preussischen Staats gelenkt, und zwar nach Köln.

Mit Erstaunen las man in den Zeitungen, der dortige Erzbischof Clemens August, aus dem Geschlechte derer von Droste-Bischoering, sei

in aller Stille (oder auch nicht) nach Minden abgeführt worden. Widersetzlichkeit gegen die weltliche Gewalt, hartnäckiges Verharren in ultramontanen Grundsätzen, d. h. in solchen, die man in Rom für passend und bequem hält, ferner strenges Verbot sogenannter gemischter Ehen und allerlei geheime Absichten des Erzbischofs, welche letzteren aber bis jetzt nicht offenbar geworden sind, hatten diese Maßregel gegen ihn nothwendig gemacht. Dennoch überraschte sie außerordentlich, und mit gespannter Erwartung sah man den Schritten entgegen, die der Papst thun würde. Derselbe that auch noch vor dem Schlusse des Jahres einen Schritt, er hielt an die Kardinäle eine Allocution oder Ansprache, die so mittelalterlich klang, daß man die Richtigkeit derselben bis weit in's neue Jahr hinein bezweifelte. Nur die gläubigen Seelen in Rheinpreußen, im Münster'schen, die geweihten Heerden von Würzburg, München und anderen Orten hielten

sie, und zwar mit vollem Rechte, für ächt und wahr und jammerten, daß die Schaafte des Kölner Sprengels, plötzlich ihres Hirten beraubt, in der Irre umhergehen müßten.

So war man denn noch im alten Jahre, namentlich in Rheinpreußen, mit großen Seelenleiden geplagt und zum Theil in arger Bekümmerniß, wie man den Durst nach dem Wasser des Lebens stillen sollte. In anderen Staaten tauchten dagegen sehr irdische Plagen auf, die ihre Quelle zunächst in Sachsen-Koburg und in den Sechsern (Sechs-Kreuzerstück) und Groschen (Drei-Kreuzerstück) hatten, die dort seit einer Reihe von Jahren geschlagen und für vollgültig ausgegeben worden waren. Daß sie keinen Ueberfluß an Silber enthielten, wußte man längst, indefs sie wurden nach dem Werthe behandelt, den sie an der Stirn trugen, und diesen hatte noch Niemand öffentlich bestritten. Allein plötzlich that dies der regierende Herzog von Sachsen-

Koburg selbst, und erregte dadurch einen Skandal, der eben nicht sehr dazu beitragen dürfte, ihn in der Geschichte rühmlich zu verewigen.

Die süblichen Staaten Deutschlands protestirten auf das entschiedenste dagegen; allein es half nichts; man mußte zu Repressalien schreiten, und diese kugten wenigstens großem Schaden vor. Solche Mittel standen jedoch den Unterthanen von Sachsen-Koburg nicht zu Gebote, sie erlitten Verluste über Verluste, und als endlich sogenannte Sechser-Obligationen ausgestellt wurden, die 2 Procent tragen, aber erst nach den Jahren eingelöst werden, da glaubte man, etwas Rechtes gethan zu haben. Bei Lichte besehen, war jedoch dies Manöver nicht viel besser, als das andere, und wer obenein nicht hundert Gulden schlechter Sechser und Groschen hatte, der konnte nicht einmal Herr solcher Obligation werden, sondern behielt seine Paar Kreuzer und war so übel daran wie vorher.

Diese politischen, kirchlichen und Kreuzerintereffen machten in Deutschland ein gewaltiges Aufsehn und wurden in bezahlten und unbezahlten und zugleich so langen Zeitungsartikeln abgehandelt, daß, wer unglücklicher Weise nicht einen ganz loyalen Magen besaß, sich gewisser Uebelkeiten schwer erwehren konnte. Man wünschte sich einen anderen Stoff, und siehe, er blieb nicht aus.

Zuerst, gerade als das Jahr 1838 nach dem Heile die Welt begrüßte, erschien mit diesem ein heillosor Winter und bot Gelegenheit, sich über das Wetter, das Lieblingsthema der deutschen Conversation, zu unterhalten. Wenn es recht kalt ist, wird der Uebergang von Frost auf Holz nicht schwer, und so fügte es denn das Geschick, daß man sich, gerade als die Kälte von Grad zu Grad stieg, recht viel über Holz, oder viel mehr über recht viel Holz, über einen Wald, und zwar über den Grünewald, erzählen konnte.

Der Grünewald liegt in der Nähe von Luxemburg, jener deutschen Bundesfestung, die in Bezug auf Belgien und Frankreich als politische Sternwarte benutzt wird. Dieser Grünewald nun, den Holland ausbeuten wollte, wurde Veranlassung, daß die Belgier und Holländer, die beiden feindlichen Brüder in der neuesten Geschichte Europa's, wiederum hart an einander geriethen.

Die Belgier wollten nicht leiden, daß im Grünewald Holz gefällt werde, die Holländer wollten es sich nicht verbieten lassen. Es kam zu ärgerlichen Ausritten, und es dauerte nicht lange, so waren die Diplomaten von England, Frankreich und Deutschland beschäftigt, schrieben sich Noten und lieferten gleichsam den Text zu den Reden, mit denen sich die Belgier und Holländer in eben nicht schmeichelhaften Ausdrücken gegenseitig bekomplimentirten. Das alte deutsche Sprichwort: „Wo gehauen wird, fallen Spähne“ —

bewährte sich hier in auffallender Weise, nur waren die Spähne, die hier abfielen, eigentlich nur drohende Worte, doch fachten diese eine solche Gluth an, daß man wirklich glaubte, es würde trotz der strengen Kälte ein helles Kriegsfeuer auslodern.

Indeß dazu kam es nicht, die Sache wurde auf diplomatischem Wege beigelegt, der Grünwald für neutrales Gebiet erklärt, in dem also weder Holland noch Belgien Holz fällen durften, und als dies geschehen, zog das holländische Kabinet die ganze Sache in's Lächerliche, worin sie sich eigentlich immer befunden hatte, und erklärte: Holland habe im Grunde nie die Absicht gehabt, im Grünwald Holz fällen zu lassen, sondern es habe den ganzen Streit nur deshalb erregt, um zur Gewißheit zu gelangen, ob der Status quo auch auf den genannten Wald anwendbar sei.

Der Ausdruck Status quo spielt jetzt in der Geschichte Europa's eine Hauptrolle, und wer es noch nicht weiß, der möge erfahren, daß dieser Ausdruck kein russischer, sondern ein lateinischer ist.

Unter Status quo versteht man den Zustand, worin sich eine Person oder Sache, ein Land oder Volk befindet, und zwar in Folge gewisse Verträge oder während eines Zeitraums, in welchem irgend ein noch schwankendes Recht der Person oder des Volks durch Schiedsrichter ausgemittelt wird.

Dieser Zustand wird fast immer durch Gewalt herbeigeführt, so daß Einer dem Anderen, in der Meinung, er habe ein Recht dazu, etwas wegnimmt. Der Andere kann sich gewöhnlich kein vorgebliches oder begründetes Recht nicht selbst verschaffen, und nun kommen noch vier oder fünf Andere dazu und suchen die beiderseitigen Rechte auszumitteln. Diese Ausmittlung

dauert in der Regel sehr lange, oft erfolgt sie auch nie, und der Zustand, in welchem sich beide Partheien unterdessen befinden, heißt der Status quo. Eines solchen Zustandes erfreut sich Belgien, denn Holland, welches sich auch darin befindet, freut sich nicht darüber, und zwar weil es dabei nicht nur an sich schon offenbaren Schaden hat, sondern vor der Hand auch die Schulden verzinsen muß, von denen von Rechtswegen ein Theil auf Belgien fällt.

Bekanntlich wurde dem Kampfe zwischen Holland und Belgien vorläufig Einhalt gethan durch die sogenannten 24 Artikel, welche die Londoner Konferenz am 15. November 1831 den streitenden Partheien vorlegte. Holland verwarf diese Artikel, wurde dann von Frankreich mit Gewalt zur Herausgabe von Antwerpen gezwungen, und ließ sich bis zu Anfang d. J. durch nichts bewegen, die genannten Artikel anzunehmen.

Der Hauptinhalt derselben bezog sich auf die Schuld, welche Belgien als früherer Theil der Niederlande mit übernehmen sollte, und auf die Abtretung bedeutender Gebiete von Limburg und Luxemburg. Da Holland von den Artikeln nichts wissen wollte, so blieben die erwähnten Gebiete bei Belgien und sind es in diesem Augenblick noch. Sie sind also ein Besizthum Belgiens durch den Status quo, und um zu erfahren, ob dieser Status quo auch auf den Grünwald anwendbar sei, hatte Holland, wie bemerkt, den Grünwaldstreit angefangen, sich aber dann bei der Neutralitäts-Erklärung des streitigen Gebiets scheinbar beruhigt. Scheinbar! so wie der ganze Streit scheinbar angefangen war. Im Hintergrunde lag eigentlich die Aufrührung der sogenannten holländisch-belgischen Frage, oder mit anderen Worten, die Aufrührung der 24 Artikel. Sechs Jahre hindurch hatten die phlegmatischen Holländer dem Zustande zugesehen, nun aber

war ihnen mit einem Male die Geduld gerissen, der Grünwald hatte sie warm gemacht, und diese Wärme drang auch in die zweite Kammer der Generalstaaten, deren Mitglieder überdies schon sehr in Hitze waren. Sie sollten nämlich Geld bewilligen, ein Akt, der ganz dazu geschaffen ist, an seine Vollziehung gewisse Bedingungen zu knüpfen. Das thaten die Herren auch und erklärten: „sie würden nicht eher einen Heller bewilligen, bis die Sache mit Belgien in's Reine gebracht sei.“

Auf solche Weise fing der 24 Artikel-Skandal wieder an, wozu Holland klugerweise eine Zeit gewählt hatte, die seinen Absichten sehr günstig sein konnte. Indes in menschliche Berechnungen, also auch in holländische, schleichen sich bisweilen Irrthümer ein, die erst später bemerkt werden. Einer dieser Irrthümer Hollands beruhte darauf, daß es glaubte, die Vormünder Belgiens, England und Frankreich, würden, da sie eben

mit anderen wichtigen Dingen beschäftigt waren, besonders aber, da sich die politischen Grundsätze des Julithrones seit sechs Jahren auffallend geändert und der guten, alten Zeit genähert hatten, sich der Belgier nicht sonderlich annehmen; auch konnte diese eine drohende Stellung Preußens schrecken, wozu das Letztere Grund finden mochte in den Umtrieben, welche, wie viele deutsche Zeitungen behaupteten, von den belgischen Jesuiten und überhaupt von der dortigen römisch-gefinnten Geistlichkeit ausgingen, um die katholischen Bewohner der preussischen Rheinprovinzen aufzureizen.

Man muß gestehen, die Holländer spekulirten gar nicht übel, aber doch ging es nicht so, wie sie gedacht hatten.

Um zuerst von Frankreich zu reden, so war man hier mit großem Jubel aus dem alten in's neue Jahr getreten, und vielleicht nur die Spieler von Profession theilten diesen Jubel nicht,

weil die Räuberhöhlen mit den grünen Tischen ihnen seit der Neujahrsnacht verschlossen waren.

Jener Jubel der großen Nation floß aus den Siegen, die das Heer in Afrika durch die Erstürmung von Konstantine errungen, eine Waffenthat, welcher auch des Königs zweiter Sohn, der Herzog von Nemours, mehr zugesehen als beigewohnt hatte. Zugleich ward auch viel Stoff zur Freude durch die Thronrede gegeben, denn darin wurde Frankreich als frei und ruhig dargestellt, auch viel von der Beruhigung schlechter Leidenschaften gesprochen, obgleich man fast gleichzeitig ein Komplott entdeckt hatte, das Hubert'sche, dessen Theilnehmer, wie die Polizei angab, sich mit der Verfertigung von Höllmaschinen beschäftigt haben sollten.

Nichts desto weniger erfolgten am Neujahrstage von Seiten aller hohen Beamten und des diplomatischen Korps pomphafte Gratulationen, und gleich darauf fingen in der Pairs- und

Deputirtenkammer die Verhandlungen über die Antwortadresse an, wobei namentlich in der Pairskammer über Belgien, den Erzbischof von Köln, Spanien, Algier, Rußland, Krakau und Polen so viel raisonnirt wurde, daß man fast glauben mochte, die Herren wollten die Welt einreißen. Indes sie waren so gut, sie diesmal noch stehen zu lassen, denn hätten sie das nicht gethan, so würde die Welt um den Genuß gekommen sein, den die interessantesten Debatten der Deputirtenkammer boten.

Diese Kammer nahm zuerst in der spanischen Interventionsfrage einen so wüthenden Anlauf, daß den Freunden des edlen Don Carlos für seine gerechte Sache sehr bange wurde. Als Hauptverfechter der spanischen Freiheit trat Hr. Thiers auf. Er sprach mit hinreißender Beredsamkeit für die Rechte des spanischen Volks und stellte dabei die trostlose Lage der jungen Königin Isabella II. in so rührenden Ausdrücken

dar, daß man die eigentlichen Nebenabsichten des Redners, sich nämlich durch eine Intervention in Spanien aus einer verunglückten Finanzspeculation herauszuziehen, gar nicht merkte. So gut versteht es Hr. Thiers mit heiligen Interessen auch die materiellen zu verbinden. Er stützte sich bei allen seinen Reden auf die Quadrupel-Allianz, ein Bündniß, das schon vor längerer Zeit zwischen Spanien, Portugal, Frankreich und England abgeschlossen worden war, und das nur in so fern von Bedeutung ist, weil es beweist, daß auch Staaten, also moralische Personen, sich mit ernster Miene gegenseitig zum besten haben können.

Doch wie grell auch Hr. Thiers das Unglück des constitutionnelen Spaniens schilderte, wie eindringend er auch an die, durch die Quadrupelallianz eingegangenen Pflichten mahnte: dennoch wurde aus der Intervention nichts. Der Conseilpräsident, Graf Molé, dem in den Zwi-

lerien ganz andere Ideen für das Wohl Frankreichs eingetrichtert worden waren, bewies das Unthunliche jeder Einmischung mit den Waffen, stichelte dabei auf den Osten Europa's, d. h. auf Preußen, Oesterreich und Rußland, und goß zuletzt, um das unglückliche Spanien nicht ohne allen Trost zu lassen, über dasselbe einen so reichen Strom von Sympathien oder Mitgeföhlen, daß, wenn nur jede Sympathie einen Centime werth gewesen wäre, Spanien alle seine Schulden hätte bezahlen, neue Heere ausrüsten, und die Carlisten mit einem Schlage vernichten können.

Nach der Niederlage der Interventionsfrage nahmen die Debatten der Deputirtenkammer einen Gang an, wie ihn sich fromme Pilgrimme in alten Zeiten zur Buße auferlegten, d. h. sie machten einen Schritt vorwärts und zwei rückwärts, wodurch sie, nach dem Urtheile sachverständiger Männer ihr Ziel nie erreichten, aber dennoch eben so viele Schuhe zerrissen. Statt

überaus wichtiger Dinge, besonders aber statt die sehr durchlöcherter Chartre * wieder auszuflicken, ward die Frage wegen der Uniform der Deputirten auf's Tapet gebracht. Lange Zeit stritt man sich darüber, ob man blaue, mit Silberstickerei dekorirte Uniformen oder schwarze Fracks tragen, ob man den Stern auf die linke oder rechte Brust heften (an das Herz dachte nämlich Niemand), ob man öffentlich husten oder niesen sollte, und über eine Menge anderer Lächerlich-

* Und dazu war Grund genug vorhanden, denn in offener Kammerstimmung nannte Arthur von Labourdonnaie, ein eingefleischter Legitimist, die Juli-Revolution ein „unglückliches Ereigniß,“ und blieb dabei, obgleich man ihm bewies, die Ereignisse von 1830 würden die „glorreiche Revolution“ genannt. Gleicher Ansicht mit ihm war der bereits verstorbene Herzog Fitz-James, der sogar behauptete, Louis Philipp habe in einem Briefe an den Kaiser von Rußland die glorreiche Revolution auch ein unglückliches Ereigniß genannt.

keiten. — Dann ging es über die Herabsetzung der 5procentigen Renten und über die geheimen Fonds her, in welchen Dingen die Regierung, da sie theils militärische Promenaden nach der belgischen Gränze anordnen, theils viele Verhaftungen vornehmen, auch genaue Berichte über das Hubert'sche Komplott verbreiten ließ, mit Hülfe der Pairskammer, welche sich, beiläufig gesagt, sehr lange über Geistesranke und Irrenhäuser unterhalten hatte, den entscheidendsten Sieg davon trug.

Um der Langweiligkeit die Krone aufzusehen, wurde auch die algierische Frage hervorgeholt, die um so wichtiger schien, da sich schon vorher das Gerücht verbreitet hatte, man wolle dort für einen der königlichen Prinzen, und zwar für den Herzog von Nemours, den angeblichen Helden von Konstantine, einen Thron aufrichten. Die Deputirten konnten sich übrigens in der Stille Glück dazu wünschen, daß der Araber Milud-ben-Urasch,

der Gesandte Abd-el-Kader's, der zu wiederholten Malen den Kammerverhandlungen beiwohnte, kein Wort französisch verstand, denn sonst hätte er Gelegenheit gehabt, in die Kenntnisse und Erfahrungen der französischen Volksvertreter über Länder- und Völkerverkunde von Afrika sehr gerechte Zweifel zu setzen.

Nach allen diesen nutz- und fruchtlosen Verhandlungen, und nachdem man es mit großer Mühe dahin gebracht hatte, daß die Eisenbahnunternehmungen an Privatgesellschaften überlassen wurden, ruhten die Herren Deputirten von ihren Anstrengungen aus und boten der Opposition einen unerschöpflichen Stoff zu heftigen und eben nicht ungerechten Angriffen.

Zugleich wurden die Regierung und die Minister auf jede Weise verhöhnt, und selbst der Tod Talleyrands (er starb am 17. Mai um die vierte Nachmittagsstunde) ward benutzt, um aus den politischen Ansichten und Grundsätzen des

Dahingeshiedenen einen Maassstab für die des Königs und seines Kabinets zu entlehnen. Man machte sich lustig über die Truppenbewegungen nach der belgischen Gränze und meinte sehr naiv, es müsse doch etwas geschehen, da die Herren Volksvertreter so bereitwillig einen Zuschußkredit von $4\frac{1}{2}$ Mill. Franken bewilligt hätten, um die Artillerie auf den Kriegsfuß zu setzen. Dann lobte man den Seeminister als einen Mann, der doch wenigstens Gutes beabsichtige und seinen Beamten befohlen habe, ihre Namen leserlich zu schreiben. Dann fiel man über das Hubert'sche Komplott und über das Urtheil der dabei Betheiligten her, unter denen besonders Laura Grouvelle, eine sehr empfindsame Seele und schwärmerische Republikanerin, das Interesse und Mitleid der Pariser Welt erregte. Auch die klägliche Nationalgarde-Revue, die bei abgesperrten Straßen und unter Aufsicht zahlloser Polizeisoldaten stattfand, mußte herhalten; genug,

man verschonte nichts, und wußte dabei mancherlei Gerüchte über den bevorstehenden Sturz des Ministeriums und über die Intriguen der Minister, besonders Molé's und Montalivet's, gegen einander so geschickt zu verbreiten, daß namentlich Graf Molé in fortwährender Sorge schwebte und sich in stille Klagen über den Verlust der königlichen Gnade ergoß.

In alle diese, nur für den Augenblick und auf Verspottung berechneten Angriffe mischten sich jedoch von Zeit zu Zeit auch sehr ernste Beschwerden über die geheimen Bestechungen der Beamten, über die Unterdrückung der Pressfreiheit in den Provinzen, über die offenbaren Verletzungen der Charte durch allerlei Kunstgriffe und über die königlichen Ordonnanzen in Betreff der Beförderungen in der Armee. Man fragte mit Entrüstung nach den Thaten, worauf sich die Rangerhöhungen der königlichen Prinzen stützen; man prophezeigte mit bitterer Ironie,

der Prinz von Joinville würde von seinen Lust-Seereisen nächstens als Admiral zurückkehren, und dann pries man den Muth des Herzogs von Orleans, und wie er förmlich vor Tapferkeit glühe und nichts sehnlicher wünsche, als an der Spitze der Nordarmee für oder wider Belgien zu kämpfen. Ueberhaupt war der Herzog von Orleans, obgleich ganz Frankreich mit großer Theilnahme der Niederkunft seiner Gemahlin entgegen sah, den Angriffen der Opposition am meisten ausgesetzt, und wiewohl man seine humanen Gesinnungen anerkannte, so tadelte man doch mit scharfen Worten sein ehrgeiziges Streben nach dem Oberfeldherrnstab.

Zu diesen großentheils auf Wahrheit basirten Verspottungen kamen auch wirkliche Protestationen, und namentlich protestirten die Offiziere des 13. Artillerie-Regiments bei dem Kriegsminister gegen die erwähnten königlichen Ordonnanzen, ein Ereigniß, das die Zeitung, der „National,“

mit vieler Freude bekannt machte und zur Nachahmung aufforderte. Gleich energisch trat der Unwille hervor gegen die Art und Weise, wie man zu öffentlichen Aemtern gelangen könne, und der Richter von Valenciennes hielt es für seine Pflicht, bei Einführung seines Substituten und eines königlichen Procurators offen zu erklären: „In Zeiten, wie die jetzigen, wo der Nepotismus (auf deutsch: niedrige Fuchsschwänzeri), Gunstbuhlerei und politische Partheistimmung die Gewalt verleihen, gereicht es zum wahren Troste, nur mit solchen Ernennungen zu thun zu haben, welche aus keiner von jenen Ursachen herfließen.“

Außerdem ließen sich auch Stimmen über noch ärgere Gebrechen hören, und in Bezug auf den Volkunterricht erfuhr man mit unwilligem Erstaunen, daß es in Frankreich noch 5 bis 6000 Gemeinden gäbe, die gar keine Schulen hätten, und daß der Staat für seine Stutereien mehr Sorge trage als für die Volkserziehung.

Wirft man auf das bisher kurz Angeedeutete nur einen flüchtigen Blick, so wird man zugehen, daß Holland, um so mehr, da sich die französischen Truppenbewegungen nach der belgischen Gränze als leere Gerüchte und Faselien erwiesen, mit ziemlicher Gewißheit darauf rechnen konnte, die belgische Sache würde von Frankreich aus sich nicht sonderlicher Unterstützung erfreuen.

Wie stand es aber mit England, mit dem stolzen Großbritannien? Das machte noch im Jahre 1837 eine Erfahrung, die es bereits vor einem halben Jahrhunderte schon einmal gemacht hatte. Eine seiner bedeutendsten Kolonien, d. h. bedeutend durch äußeren Umfang, die Provinzen Ober- und Unter-Canada, erhob sich gegen das Mutterland, weil ihr dieses das Recht der Selbstbesteuerung verweigerte, auch nicht zugeben wollte, daß Canada's innere Verwaltung von der englischen Vormundschaft unabhängig würde.

Die Engländer sind komische Leute; sie selbst wollen immer frei sein, und genießen auch, neben den Bewohnern Norwegens, der ausgedehntesten politischen Freiheit unter allen europäischen Völkern, aber in ihren Kolonien sind sie sparsam mit Verleihung englischer Einrichtungen, und wenn sie dieselben gewähren, geschieht es nicht selten nur deshalb, um sich einer augenblicklichen Bedrängniß zu entziehen.

Gegen die canadischen Provinzen waren sie bisher noch nicht so freigebig gewesen, was ohne Zweifel unklug genannt werden muß, da diese die nordamerikanischen Freistaaten als naheß Beispiel vor sich hatten. Also um gewisse Rechte zu erringen, standen die Canadier auf, doch scheinen sie auch durch die Verletzung schon bestehender Rechte hierzu veranlaßt worden zu sein. Dies behaupteten wenigstens die Empörer, und daß sie nicht ganz Unrecht hatten, bewies die kräftige Sprache ihrer Agenten im englischen

Unterhause, unter denen wir besonders die furchtlosen Männer Harvey, Leader und Roebuck nennen wollen.

Es verging übrigens eine lange Zeit, ehe man über den eigentlichen Zustand Canadas etwas Wahres erfuhr; denn die Blätter des dortigen englischen Gouvernements schämten sich, die Wahrheit zu sagen; die Journale der nordamerikanischen Freistaaten logen, weil es in ihrem Interesse lag, und was die französischen Blätter meldeten, war ein Gemisch von Wahrheit und Lüge, dem man jedoch die Freude über die Verlegenheit anmerkte, in welche das stolze Britannien durch dies Ereigniß gestürzt war.

Als nun nach langer Ungewißheit über den Stand der canadischen Sachen sogenannte amtliche Berichte vorlagen, brauste im Parlament ein Sturm gegen die Minister, namentlich gegen den Kolonialminister Lord Glenelg, daher, daß es fast schien, als sollte das britische Ministerial-

schiff umgeworfen werden. Hier war es besonders der schon erwähnte Roebuck, der freilich mit zu großer Leidenschaftlichkeit das Verwaltungssystem der Kolonien angriff, gerade zu erklärte, er verdanke es den Canadiern nicht, daß sie auf Rechte Anspruch machten, die ihnen von Gott und Rechtswegen zukämen, und zum Schlusse den Verlust der Colonie vorhersagte, wenn man nicht zur Beruhigung derselben schleunig Maßregeln ergriffe.

In der Prophezeiung Roebuck's lag unglücklicherweise viel Wahrscheinlichkeit, und zwar deshalb, weil man nicht wußte, welche Rolle die nordamerikanischen Freistaaten spielen würden. Das freundschaftliche Vernehmen, welches zwischen ihnen und der englischen Regierung bestand, ließ zwar hoffen, daß sie den Canadiern keine Unterstützung zukommen lassen würden; indeß wenn es sich bei Staaten um Mein und Dein handelt, und noch dazu eine Gelegenheit sich darbietet,

der Eroberungslust einen humanen Anstrich zu geben oder dieselbe an die Nothwendigkeit der Selbsterhaltung zu knüpfen; dann pflegt man auf freundschaftliche Verhältnisse nicht viel zu geben und nimmt, dessen man irgend habhaft werden kann. Die Geschichte Europa's, und zwar aus der jüngsten Zeit, liefert dafür so viel Beweise, daß es gar nicht schwer fallen dürfte, wenigstens ein Duzend Beispiele anzuführen, wenn es deren überhaupt bedürfte.

In Bezug auf den vorliegenden Fall erfuhr jedoch die britische Regierung sehr bald, daß die Vereinigten Staaten, so schien es wenigstens, aus den canadischen Unruhen einige Vortheile ziehen wollten, ohne sich gerade thätig in den Streit einzumischen. Sie brachten nämlich die nordöstliche Gränzberichtigung zwischen dem Unionsstaat Maine und der britischen Besizung Neu-Braunschweig zur Sprache und wünschten, daß diese endlich ausgeglichen werde, ein um so

schwierigeres Geschäft, da man vor langer Zeit Flüsse und Berge als Gränzen angenommen, die zum Theil nicht vorhanden waren oder wenigstens nach einer ganz andern Richtung hinliefen. Solche unsichere Gränzen zwischen zwei Staaten, die immer noch mehr haben wollen, als sie schon besitzen, haben das Verdrießliche an sich, daß sie zu sogenannten Entdeckungsreisen verlocken, woraus nachher in der Regel Kriege entstehen.

Das konnte auch hier leicht eintreten, und deshalb beeilte sich das britische Cabinet, eine Kommission zur Ausgleichung der Gränzmarken zu ernennen, sagte bei dieser Gelegenheit der Regierung der vereinigten Staaten viel Artiges und brachte es dahin, daß sich diese in dem bevorstehenden Kampfe für neutral erklärte, jedoch mit der komischen Versicherung, daß sie nicht die Macht besitze, um die Bürger ihres Staates von aller Theilnahme abzuhalten. Es wurde auch einem nordamerikanischen General befohlen, die

Gränzen zu hüten, sich jedoch wohl vorzusehen, daß er seine Macht nicht überschreite. Das hieß mit andern Worten: „Laß keinen über die Gränze nach Canada, aber wenn er darauf besteht, hindere ihn nicht; denn bei uns hat Jeder seinen freien Willen.“

In England war man mit der Neutralitätserklärung zufrieden, bald aber hätte es doch zu einem Bruche derselben kommen können, denn das nordamerikanische Dampfschiff „Karoline,“ auf welchem sich, wie nordamerikanische Zeitungen versichern, nur Neugierige befanden, um einem etwanigen Gefechte bei der Navy-Insel, dem Hauptpunkte der obercanadischen Insurgenten, zuzusehen, wurde zur Nachtzeit von englischen Booten angegriffen, die darauf befindlichen Personen zum Theil niedergehauen, das in Brand gesteckte Schiff in die Mitte des Lorenzostroms gezogen und den reisenden Wellen preis gegeben, die es pfeilschnell fortführten dem Niagarafalle zu, von welchem es

herabstürzte und von den gewaltigen Wassermassen zertrümmert ward.

In den vereinigten Staaten brachte dies Ereigniß eine wilde Bewegung hervor: laut forderte man Rache für die Verletzung des Völkerrechtes, und es bedurfte von Seiten der nordamerikanischen Staatsmänner energischer und vorsichtiger Anstrengungen, um die rachedürstenden Bürger zu besänftigen. Ohne Zweifel stellte sich später heraus, daß die Passagiere der „Karoline“ auch Leute unter sich gehabt, die ihre Büchsen geprobt und wahrscheinlich auf Engländer geschossen hatten. Genug, die Sache wurde beigelegt, und Nordamerika blieb nach wie vor, d. h. in der schon erwähnten Weise, neutral und drückte ein Auge zu, wenn hin und wieder ein Bürger Waffen oder sonstigen Kriegsbedarf an die Canadier lieferte. Auf solche Kleinigkeiten kommt es bei großen Ereignissen gar nicht an.

Während noch an der Beruhigung der nord-amerikanischen Bürger gearbeitet wurde, erfochten die englischen Truppen wirklich einige Siege über die Canadier, und die Botschaft davon kam in so großem Maaßstabe nach London, daß alle die jungen Helden, welche sich bereits dazu gemeldet hatten, mit dem edlen Lord Durham nach Canada zu gehen, in der That befürchteten, sie dürften nicht mehr so viele Feinde finden, um ihren Muth zu fühlen und ihre loyale Gesinnungen zu beweisen. Und wirklich schien es so, denn eine Siegesnachricht folgte der anderen, und mit diesen erfuhr man auch, daß die bisher in Canada bestandene Verfassung vorläufig aufgehoben sei und mit ihr das erste Gesetz Englands zum Schutze der persönlichen Freiheit, die Habeas-Corpus-Akte. Fast jedes Schiff brachte ganze Ladungen von Journalen und offiziellen Berichten, in denen man die Niederlage der Rebellen, die Aechterklärungen über die Hauptträdelsführer, un-

ter denen besonders Herr Papineau sich befand, die loyalen Gesinnungen des größten Theils der Einwohner, die heldenmüthige Tapferkeit der britischen Soldaten, den wüthenden Haß, von welchem die meisten Bürger gegen die Empörer entbraunt waren, und endlich die Einkerkering der Gefangenen, so wie die Art und Weise, wie über sie gerichtet werden sollte, auf das umständlichste und weitläufigste geschildert fand. Ganz zuletzt kam nun noch die fröhliche Botschaft an, daß Lord Gosford, ein Mann, der nach der Ansicht mehrerer Mitglieder des Unterhauses sich stets mehr auf den Zufall als auf seinen Verstand verlassen habe, zu Quebec feierliche Dankgebete zur glücklichen Beendigung der canadischen Revolution halten lasse.

Es gab jedoch im Parlamente mehrere ganz geschiedte Männer, die sprachen einige bescheidene Zweifel über die Wahrheit dieser Nachricht aus, und beobachtete man die großen Rüstungen, welche

der zum Generalgouverneur aller britisch-amerikanischen Besitzungen ernannte Graf Durham machte, so standen diese mit der glücklichen Beendigung der Revolution in grellem Widerspruche. Indes hier fanden die Freunde der Regierung und Lord Durhams einen sehr bequemen Ausweg. Sie bewiesen in den, ihnen zu Gebote stehenden Zeitungen, der Generalgouverneur müsse wie ein König auftreten. Er sei zwar von kriegerischer Macht umgeben, allein er sei doch eigentlich ein Friedensbote und biete den Canadiern den Palmzweig, der nur dann Wurzel schlagen und gedeihen könne, wenn er vom Schwerte der Gerechtigkeit beschirmt werde. Durham's Weisheit und Milde werde die Wunden Canada's heilen, und diese wichtige Kolonie von neuem mit unauflöselichen Banden an das Mutterland fesseln.

Solchergestalt bemühten sich die Freunde des edlen Grafen, seinen schweren Beruf in ein poetisches Gewand zu hüllen, während er selbst

nur Sorge trug, sich so prächtig wie möglich einzurichten und sich mit königlichem Glanze zu umgeben. Es offenbarte sich hierbei nicht nur seine Prachtliebe, sondern auch sein Kunstsin. So ließ er Flügel=Fortepiano's, elegante Möbel, Teppiche, Tapeten u. s. w. an Bord bringen, und um sich immer in einer harmonischen Stimmung zu erhalten, mußte ihn ein großes Musik=Korps begleiten. Hierzu lieferte ihm nun freilich die Opposition, sowohl im Parlament wie in öffentlichen Blättern, nicht die besten Noten, ja noch ehe er den geliebten Boden von Altengland verließ, bekam er Dinge zu hören, die ihm die Seereise wohl hätten verbittern können, wären sie von ihm nicht für zu unbedeutend gehalten worden. Der edle Durham vergaß im Augenblick, was entschlossene Oppositionsmänner, auch wenn das Recht nicht ganz auf ihrer Seite ist, im Parlamente durchsetzen können. Hätte er daran gedacht, so würde er sich vielleicht eine

schmerzliche und tiefränkende Erfahrung erspart haben.

Während Monate hindurch die canadische Revolution für das britische Parlament in Betreff seiner Thätigkeit nach Außen hin der Hauptgegenstand blieb, nichtsdestoweniger aber die nahe liegende belgische Angelegenheit vergessen, die Spannung zwischen der Pforte und dem Vicekönig von Aegypten im Auge behalten, und in Konstantinopel ganz besonders dahin gearbeitet wurde, den durch den Frieden von Adrianopel (1829) von Seiten Rußlands geschwächten, man könnte fast sagen vernichteten Einfluß Englands wieder zu gewinnen, gab es auch im Innern Großbritanniens und Irlands Stoff genug zu sehr interessanten Verhandlungen und Zänkereien. In London selbst blieb einige Zeit hindurch der Brand der Börse das ergiebigste Tagesgespräch, und da überhaupt innerhalb eines kurzen Zeitraums zu Petersburg der Winterpalast des Kaisers, zu Lon-

don ein Handelstempel und zu Paris ein Opernhaus durch Feuer zerstört worden waren: so fehlte es nicht an Bemerkungen, daß das Element in diesen an sich so verschiedenen Staaten gerade die empfindlichste Seite angegriffen habe. Im absoluten Norden die Wohnung des Alleinherrschers, im freien England den äußeren Mittelpunkt des Handels, und im vergnügungslüchtigen Paris einen Tempel, in welchem außer der Kunst auch andere Ergötzlichkeiten stattgefunden haben sollen. Als zu diesen Feuersbrünsten nun auch der Brand des herzoglichen Schlosses (des Münzgebäudes wäre bezeichnender gewesen) in Gotha, und der Augustinerkirche in Gent hinzukamen: da gerieth man wirklich in Versuchung, alle diese, in ihrer Art wunderbaren Unglücksfälle für Vorbedeutungen noch größerer zu halten.

Wir kehren indessen nach England zurück, wo man sich bei aller Aufregung doch vielfältig über die Angriffe belustigte, welche in den Zeitungen

gegen die Minister, namentlich gegen Lord Melbourne, den Präsidenten des Ministerraths, gerichtet wurden. Der alte Herr mußte für seinen Dienstfeifer, für seine Galanterie und den schweren Beruf, täglich der Unterhalter der jungen Königin zu sein, unendlich viel leiden, und daß dabei der jungfräulichen Majestät nicht geschont ward, versteht sich von selbst. Einige Blätter machten es sich sogar zur Pflicht, hierüber fortlaufende Berichte abzustatten, ja man rechnete dem Publikum vor, daß Lord Melbourne in einem halben Jahre nicht weniger als 170 Audienzen bei der Königin gehabt und hundertmal bei Ihrer Majestät gespeist habe. Mit solchen Berichten wurden dann sehr unangenehme Raisonnements verbunden. Man sagte dem Premierminister, seine erste Pflicht sei, sich um die Verwaltung des Staats zu bekümmern, und das Wohl des Volkes im Auge zu haben; wenn er dies gewissenhaft thue, würde ihm wenig Zeit

bleiben, Ihrer Majestät die Schleppe oder den Arbeitsbeutel nachzutragen. Hatte man sich hierüber hinlänglich Luft gemacht, so ging es über die zärtliche Neigung der jungen Königin her; man erschöpfte sich in Muthmaßungen, mit welchem Glücklichen sie wohl den Thron theilen würde, und hierbei ließ man den Rath einfließen, Ihre Majestät möchten doch recht bald über Ihr Herz bestimmen, weil man sonst in den Irrenanstalten nicht mehr Platz für diejenigen habe, welche aus Liebe zu Ihrer Majestät wahnsinnig geworden. Das Letztere war übrigens keine Erfindung, sondern in ganz kurzer Zeit hatte man vier Personen einsperren müssen, welche die Liebe zur Königin närrisch gemacht. Unterdessen kamen auch im Parlamente Verhandlungen vor, welche die Aufmerksamkeit von ganz England in Anspruch nahmen und vorzüglich die Damenwelt in Aufregung brachten. Es waren dies die Verhandlungen über die völlige Negeremancipation, in welcher

bereits vor längerer Zeit dadurch ein wichtiger Schritt geschehen war, daß man durch Festsetzung einer sogenannten Lehrlingszeit die unglücklichen Schwarzen auf die Erlangung der Freiheit vorbereiten, sie also zu dem Genusse derselben reif machen wollte. Diese Lehrlingszeit sollte bis zum 1. August des Jahres 1840 dauern, dann aber in allen britischen Kolonien auch der letzte Schein der Sklaverei für immer aufgehoben und vernichtet sein.

Da die Sklaverei, ohne Zweifel der fluchwürdigste Frevel, den unser Jahrhundert als Erbtheil der vorhergehenden überkommen hat, lange bestand, und diese Entwürdigung auf Herz und Geist der Neger verderblich eingewirkt, Rachsucht, Verstocktheit und Trägheit erzeugt hatte, so kann man diese Maßregel im allgemeinen nur billigen. Sie sollte die Uebergangsperiode von der Sklaverei zur Freiheit sein, und während der Lehrzeit wollte oder sollte man (nämlich die englische Re-

gierung wollte und der Sklavenbesitzer sollte) den Neger besonders zu der Einsicht bringen, daß er als freier Mann auch arbeiten und für sich selbst und seine Familie sorgen müsse.

Es liegt in diesen Worten gewissermaßen ausgesprochen, daß der Neger die Ansicht habe, als freier Mann brauche er nicht zu arbeiten. In der That, diese Ansicht hat der größte Theil der Schwarzen, und zwar aus dem Beispiele hergenommen, das sie an ihren Herren vor Augen haben. Diese sind frei, leben herrlich und in Freuden, stehlen Gott den Tag ab und begehen oft, aus langer Weile oder aus Uebermuth, die schlechtesten Streiche, ja Grausamkeiten. Kann man es nun dem Neger auf seiner Kulturstufe verdenken, wenn er glaubt, als freier Mann könne er auch so handeln? Wer eine Idee hat von der gewaltigen Einwirkung des Beispiels auf ein rohes, durch Leiden und Qualen zur Rache und zum Bösen geneigtes Herz, der wird

und muß den Neger entschuldigen. Dies Alles war von der britischen Regierung zur Genüge eingesehen worden, daher die Fesselsung einer Lehrlingszeit.

Einige Jahre dieser Frist waren vergangen, aus den Kolonien liefen von Zeit zu Zeit günstige Berichte über die Umwandlung der Neger ein, und dies so wie die Achtung vor den heiligen Rechten der Menschheit trieben den Lord Brougham, als Verfechter der Schwarzen aufzutreten und die gänzliche Freilassung derselben am 1. August 1838 zu beantragen, zu fordern. Lord Brougham hat, wie alle großen Männer, seine Fehler, aber wir behaupten kühn, daß er noch größere Tugenden besitzt und neben diesen einen reichen Schatz an gelehrten Kenntnissen, und dabei die seltene Kunst, seinen Humor und übersprudelnden Witz mit den übrigen Talenten so zu vereinigen, daß sie als ein nothwendiges Ganze erscheinen. Vermöge aller dieser Eigen-

schaften gehört er ohne Zweifel zu den besten der jetzt lebenden Parlamentsredner, wenn er nicht etwa der beste ist. In diesem Rufe steht er auch bei seinen Feinden, und als er sich zum Verfechter der unglücklichen Schwarzen aufwarf, bedurfte es von seiner Seite nur einer Rede, um ganz Großbritannien für diese Sache zu begeistern.

Aber er hielt nicht eine Rede, er hielt deren drei, die, abgesehen von ihrem edlen Zwecke, auch noch den Werth hatten, daß sie die Blüthezeit der englischen Parlamentsberedsamkeit lebhaft in's Gedächtniß zurückriefen, ja sie verjüngten. Der Erfolg derselben war zunächst eine Fluth Petitionen um Aufhebung der Lehrlingszeit, und Brougham sagte nicht zu viel, als er bemerkte, die Tafel des Hauses würde unter der Last der Bittschriften brechen; denn siehe, es waren deren 663 eingegangen, und darunter eine, die von beinahe einer halben Million englischer und schot-

tischer Damen unterzeichnet war. Auf ein solches Resultat mochte vielleicht der Redner selbst nicht gerechnet haben, und zwar um so weniger, da im Parlament nach langen und heftigen Debatten beschlossen wurde, von der einmal angelegten Frist nicht abzugehen, wobei man sich darauf berief, daß die Sklavenbesitzer als solche auch ihre Rechte hätten. Was jedoch vom Staate nicht gut geheißen wurde, fand inzwischen in den Kolonien selbst einen mächtigen Anklang, und noch vor der Krönung der Königin liefen von allen Seiten Nachrichten über die Freilassung der Neger ein, so daß man mit Recht sagen konnte, der Krönungstag Victorias werde auch in den entferntesten Theilen des britischen Reichs von freien Männern gefeiert werden. Dies veranlaßte endlich den Lord Brougham, der bis dahin nicht aufgehört hatte, theils im Parlament, theils in den, zur Negeremancipation gebildeten Vereinen immer wieder auf seinen Antrag zurückzu-

Kommen, auf denselben für dies Jahr zu verzichten, in der Ueberzeugung, eine Wiederholung desselben werde in der nächsten Parlaments-Sitzung nicht mehr nöthig sein. Wahrscheinlich hat sich der edle und gelehrte Lord nicht getäuscht.

Nach dem ersten Sturme, den die canadische Revolution in dem Parlamente hervorgebracht hatte, mischten sich auch unter die ernstesten Verhandlungen von Zeit zu Zeit Bemerkungen und Anfragen über die Krönung der Königin, eine Angelegenheit, die von dem englischen Volke, das bei seinen Fortschritten in fast allen Zweigen der Kunst, Wissenschaft und Industrie, doch auch eine große Vorliebe für alte und ehrwürdige Formen hat, für überaus wichtig angesehen wurde. Wir werden indeß hierauf gleich zurückkommen, wenn wir erst einige andere, unserer Ansicht nach, weit interessantere Sachen als die Krönung mitgetheilt haben.

So lange die Whigparthei, diejenige, welche hervorgegangen aus dem Volke, auch nur das Wohl und Vorwärtsschreiten des Volks im Auge haben soll und muß, wiewohl es nicht immer der Fall ist, am Staatsruhrer steht, ist man in England Schritt vor Schritt in den Reformen zur zweckmäßigeren Umbildung der Staatsverfassung vorgeschritten. Dies ist der Grund, warum seit einer Reihe von Jahren in jeder Parlaments-sitzung der Kampf der beiden politischen Hauptpartheien, der Whigs und Tories, oder Reformfreunde und Conservativen, von neuem beginnt. Die letzte Parthei, aus dem reichen Adel, den Grundbesitzern und der höheren Geistlichkeit bestehend, will die Rechte, die sie einmal hat, erhalten oder konserviren, und versicht dieselben mit einer Hartnäckigkeit, die es den Reformfreunden zur Pflicht macht, mit gleicher Hartnäckigkeit bei ihren Grundsätzen zu verharren, zugleich aber mit großer Vorsicht und Mäßigung zu Werke gehen.

Bisher sind die Reformfreunde diesem Grundsatz treu geblieben und haben, wenn auch langsam, doch schon viele und große Vortheile errungen. Ihre Thätigkeit erscheint jedoch einer andern Parthei, die alle Mißbräuche nicht nur von Grund aus, sondern auf das schnellste abgestellt wissen will, viel zu langsam, und diese Parthei ist die der Radikalen, welche freilich bei dem Volke einen großen Anhang hat, und es sich besonders angelegen sein läßt, die arbeitende Klasse für sich zu gewinnen. Sie will allgemeines Wahlrecht, und weil sie dies für den Grundstein aller ihrer Forderungen ansieht, stellt sie diese als die erste oben an, woran sich dann gleich die andere knüpft, die Abschaffung der Korngesetze, die freilich ganz dazu geeignet ist, die Macht der Tories bis auf die Wurzel zu erschüttern.

Ueber die Abschaffung der Korngesetze, die Quelle unsäglichen Uebels für England, ist bisher vergebens verhandelt worden, doch dürfte die

Gewalt, welche in der nächsten Parlamentsſitzung gegen ſie anzurücken droht, ihnen doch einen Stoß verſetzen. Wie es mit dem Wahlgeſetz gehen wird, muß ebenfalls von der nächsten Zukunft erwartet werden, aber mit einer Aenderung deſſelben und mit der Einführung der geheimen Abſtimmung (durch welche letztere inſondere die Chikanen des Reicheren gegen den Armeren nicht mehr gut möglich wären) würden wahrſcheinlich auch die Vorwürfe aufhören, welche man biſher den Wahlkommiſſionen gemacht hat.

Gegen dieſe zog namentlich D'Connell in der letzten Parlamentsſitzung ganz gewaltig^{er} her und beſchuldigte ſogar öffentlich die Tories des Meineids, wofür er dann eben ſo öffentlich zur Rechenschaft gezogen ward und Abbitte leiſten mußte. Ueberhaupt zeichneten ſich die Sitzungen in beiden Häuſern in dieſem Jahre durch eine Aufregung und Leidenschaftlichkeit der Partheien aus, die

sehr oft in arge Schimpfereien ausartete, und streng genommen, der Würde des Parlaments Eintrag that.

Dies geschah nicht nur in den Verhandlungen über die für Irland berechneten Gesetze, namentlich über die Städteordnung und die Armen- und Zehntenbill, sondern auch bei der Besprechung des Nutzens, den die Verwendung englischer Truppen für Spanien gehabt habe. Tories, oder wenigstens ein Theil derselben, suchten absichtlich die Dienste der Hülfslégion zu verkleinern und gründeten hierauf den Antrag, daß die Königin gebeten werden solle, fortan keinen Befehl zur Absendung frischer Truppen zu erlassen. Indes die Freunde des konstitutionnel- len Spaniens merkten den Kunstgriff und traten mit großer Hefigkeit hiergegen auf, wobei ihnen dann eine schöne Gelegenheit geboten wurde, über Don Carlos und seine Freunde ihren Grimm auszuschütten.

Wie nun in dieser Sache die Tories im Unterhause auf keinen grünen Zweig kommen konnten, so auch im Oberhause. Hier nahm besonders der Herzog Wellington, gerade als sich der Graf von Ripon über den schlechten Bericht beklagte, den eine nach Malta für schwere Kosten gesandte Kommission über den Zustand der Insel abgestattet, Gelegenheit, sich auf das mißfälligste über die, der genannten Insel verliehene Pressfreiheit auszusprechen. Er verhehlte dabei im Allgemeinen seine Ansichten über Pressfreiheit nicht, erklärte sie, mit Bezug auf Portugal, Spanien und Canada, für die Quelle aller Revolution, und schloß seinen absoluten Sermon mit der Bemerkung, die freie Presse auf Malta würde in kurzer Zeit Sicilien, Neapel und Sardinien in die wildeste Aufregung versetzen, und eben deshalb sei es nöthig, sie sofort wieder aufzuheben.

Der Herzog Wellington glaubte ohne Zweifel, die Erinnerung an seine Heldenthaten würde den Freunden der Freiheit den Mund stopfen, allein er irrte sich, was ihm übrigens im Leben schon oftmals begegnet sein soll. Lord Melbourne nahm sich der Malteser wie überhaupt der Pressfreiheit an, erklärte sie für den Lebensnerv aller geistigen Entwicklung, für das einzige Palladium gegen jede Revolution, und gab dem edlen Herzog durch die Blume zu verstehen, daß er sich um Sachen, von denen er offenbar schiefe und verkehrte Ansichten habe, nicht bekümmern möge. Der Sieger von Waterloo steckte die Pille ein, die ihm Melbourne unter großem Beifall vieler anderen Pairs gab, aber zu seinem großen Verdruße brachte schon einige darauf die Zeitung, „der Courier,“ die Sache zur Deffentlichkeit und ließ sich also darüber vernehmen: „Die Einführung der Pressfreiheit in Malta scheint in einigen kleinen Staaten Italiens Argwohn erregt zu

haben, und wenn man den Nachrichten in einigen deutschen Zeitungen glauben kann, hat der König von Neapel ernstliche Klagen bei der britischen Regierung dagegen erhoben. Die Minister werden, wie wir hoffen, durch solche un begründete Vorstellungen sich nicht bewegen lassen, von dem eingeschlagenen Wege abzugehen. Die Malteser sind britische Unterthanen, wiewohl sie, gleich den Irländern, noch nicht alle Vortheile genießen, zu welchen sie ihre Verbindung mit diesem freien Lande längst berechtigt hat. Nichts kann ungereimter oder anmaßender sein als das Verlangen, daß die Grundsätze der britischen Verfassung in einer britischen Kolonie unausgeführt bleiben sollen, damit nicht die Wirksamkeit derselben die minder freisinnige Verwaltung einer benachbarten Regierung in Verlegenheit bringe. In welchem ungünstigen Lichte erscheinen die italienischen Regierungen, wenn sie ihre Furcht vor den Wirkungen eingestehen, die in ihren

Staaten durch die heimliche Einbringung einer malteser Zeitung hervorgebracht werden können.“—

Eine Erwiderung erschien auf diesen Artikel nicht, und Wellington verschluckte seinen Aerger, oder vergaß ihn vor Fremde über die ansehnliche Summe, welche die Subscription für die ihm zu errichtende Statue bereits eingebracht. Allein auch hier sollte der alte Kriegsheld nicht ungerupft davon kommen, denn die Nachricht, daß auch in Ostindien für bewußten Monumentenzweck eine ziemlich ergiebige Sammlung stattgefunden habe, ward von der Opposition benutzt, eine grausenregende Darstellung von der in Indien herrschenden Hungersnoth zu geben und daran die Bemerkung zu knüpfen, daß es weit edler gewesen wäre, für das Geld, welches der Eitelkeit eines Einzelnen zum Opfer gebracht werde, das Leben von hundert Unglücklichen zu erhalten. Gegen solche bittere Wahrheit lassen sich

nicht leicht Einwendungen machen, und dies sah auch der Herzog Wellington ein und schwieg.

Um diese Zeit geschah es, daß die Bänkereien im Parlament durch einen Austritt unterbrochen wurden, der sich in der Nähe von Canterbury zutrug. In der dortigen Gegend suchte nämlich ein gewisser Courtenay, auch Tom genannt, die Bauern aufzuwiegeln, daß sie sich nicht länger von der Regierung chikaniren lassen, sondern ein anderes Regiment einsetzen und allgemeine Gleichheit herstellen sollten. Er erbot sich, ihnen zu diesem Werke, mit welchem das tausendjährige Reich Christi auf Erden beginnen werde, behülflich zu sein, und sagte ihnen, er sei eigentlich dazu berufen, denn er sei der Heiland und könne vermöge der ihm inwohnenden göttlichen Kraft von keiner weltlichen Gewalt verlegt werden. Zum Beweise seiner Behauptung zeigte er den Bauern die Nägelmale an seinen Händen, auch die Narbe einer Wunde an der Seite, aus welcher einst Blut

und Wasser geflossen sei. Courtenay fand bei seinen Anhängern unbedingten Glauben und ver- setzte sie in einen Fanatismus, der aus einem Gemisch von politischer und religiöser Schwär- merei bestand. Es wurden nun große Versamm- lungen gehalten, und als sich zu einer derselben auch Soldaten einfanden, kam es zu einer gräß- lichen Prügelei, in welcher der Heiland mit den Nägelmalen so wie einige andere den Tod fan- den. Die Sache erregte Aufsehen, und bei nähe- rer Untersuchung ergab sich, daß Courtenay oder Tom im Irrenhause gewesen, von dort aber vor einiger Zeit entlassen worden war, ein Umstand, der im Parlament zu heftigen Streitigkeiten Ver- anlassung gab, auch den Antrag hervorrief, daß man künftig Wahnsinnige nicht eher in Freiheit setzen dürfe, bis man genügende Beweise ihrer Heilung habe. Hätte man daran vorher gedacht, so wäre der blutige Austritt gar nicht vorgefal- len, aber es scheint in England auch Mode zu

sein, daß man den Brunnen erst dann zudeckt, wenn das Kind hineingefallen ist.

Während aller dieser Ereignisse waren die Krönung der Königin so wie die dabei stattfindenden Feierlichkeiten mehr als hundertmal zur Sprache gekommen. Aber wie in allen Dingen, welche der Deffentlichkeit angehören, so bildeten sich auch für diese Angelegenheit verschiedene Partheien, von denen die eine den verschwenderischen Pomp zeigen wollte, die andere dagegen eine übertriebene Sparsamkeit empfahl. Ob die Letzteren dies deshalb für nöthig hielten, weil der Kanzler der Schatzkammer, Hr. Spring-Nice, nicht nur ein Deficit von $2\frac{1}{2}$ Mill. Pfund Sterling für das abgelaufene Finanzjahr in der Staatseinnahme, sondern auch ein muthmaßliches Deficit von 2 bis 500,000 Pfund Sterl. für das beginnende Jahr angegeben hatte, oder ob sie es nur aus Lust zum Widerspruch thaten, mag dahin gestellt bleiben. Genug, es ward darüber viel

gestritten, bis endlich die prachtliebende Parthei die Oberhand behielt.

Kaum war jedoch dies Kapitel abgethan, so ging es an die einzelnen, zum Theil sehr alten Ceremonien, unter denen besonders die Küsse, welche die Pairs nach dem Huldigungskeide dem Könige auf die linke Wange zu geben hatten, als etwas Anstößiges und für die jungfräuliche Königin Verletzendes angesehen wurden. Man rechnete aus, daß Victoria 600 Küsse bekommen mußte, und da unter den Pairs sich sehr junge und alte Herren befanden, und man deshalb annehmen konnte, es würden vielleicht Einige aus reiner Ergebenheit der hohen Gebieterin mehr als einen Kuß ausdrücken: so kam man endlich zu dem Entschlusse, diesen zärtlichen Huldigungsakt einem Einzigen zu überlassen, den anderen aber zu erlauben, sich in der Stille den Mund wischen zu dürfen.

Unterdessen zeigten die großartigsten Rüstungen, daß die Weltstadt London einem hohen Festtage entgegen sehe. Zugleich strömten aus allen Ländern der gebildeten Welt, auch aus sogenannten ungebildeten Erdtheilen, d. h. solchen, wo Eisenbahnen, Gasbeleuchtung und Trottoirs noch nicht eingeführt sind, sehr hohe, ziemlich hohe und hohe Gäste zusammen, um der Krönung für ihr eigenes Geld, oder für das Geld des Staats beizuwohnen, der es für seine Pflicht hielt, einen besonderen Stellvertreter zu schicken. Auch eine Menge Prinzen hatten sich eingefunden, und zwar in keiner andern Absicht, als um ihre Liebenswürdigkeit zu zeigen und wo möglich auf das Herz der jungen Königin einigen Eindruck zu machen. Das Gerücht sagt, an solcherlei Bestrebungen habe es besonders der Herzog von Nemours nicht fehlen lassen, auch hätten mit ihm die Sproßlinge verschiedener deutschen Fürstenhäuser, die freilich weder bei der

Erstürmung von Konstantine zugegen gewesen, noch ihren Leint der brennenden Sonne Afrika's ausgesetzt, gewetteifert und ihre verschiedenen Naturgaben zur Schau getragen. Ob die jungfräuliche Inselkönigin diesen oder jenen mit günstigeren Augen angesehen, darüber sind nur Muthmaßungen, aber keine officiellen Berichte zur öffentlichen Kunde gekommen, daß aber das englische Volk von den Prinzen und den Meisten der anwesenden Gesandten, obgleich diese eine beispiellose Pracht entwickelten, nicht sonderlich Notiz genommen, ist ein geschichtliches Factum, auch weiß man den Grund, warum dieses geschehen ist.

Es gab nämlich unter allen anwesenden erlauchten Herren und Krönungsgesandten einen Mann, der 1769 als der Sohn eines Landmannes in die Welt, später als gemeiner Soldat in das französische Heer getreten war, 1791 Unterlieutenant wurde, 1805 den Marschallstab von Frank-

reich und 1807 den Titel eines Herzogs von Dalmatien erhielt und sonst schlechtweg Soult heißt. Auf diesen Mann, der auch ein Stück von der neuesten Geschichte Europa's auf seinen Schultern trägt, richtete ganz England seine Aufmerksamkeit und noch ehe er die Insel betreten hatte, waren Vorbereitungen getroffen worden, um den alten Helden, wie er es gewohnt war, mit Kanonendonner und kriegerischem Pomp zu empfangen. Er kam ja diesmal als Friedensbote, und es schien billig, für ihn, der den britischen Heeren so manchen heißen Tag bereitet hatte, nun auch einen festlichen anzuordnen. Mit einem Worte, der alte Marschall Soult, der sich seinen Stammbaum selbst gepflanzt hatte, feierte in England einen, vielleicht von ihm selbst nicht geahnten Triumph, und wurde überall, wo er sich sehen ließ, mit einem Beifall begrüßt, der den übrigen erlauchten und hohen Personen um so mißfälliger sein mußte, da sie doch Ehren

und Würden an sich trugen, die sich zum Theil noch aus der Völkerwanderung herschrieben. Daß übrigens während der Krönungsfeierlichkeiten, für deren Ausmalung unsere schlichte Sprache nicht geeignet ist, der politischen Verhältnisse Europa's nicht gedacht wurde, versteht sich von selbst, und obgleich Belgien und Holland, England und Rußland, Spanien und Neapel, Preußen und Bayern auf einem sehr gespannten Fuße lebten: so begegneten sich doch die Abgeordneten aller dieser Staaten mit Höflichkeit oder sie gingen sich aus dem Wege.

Hierzu hatten die Krönungsbotschafter Hollands und Belgiens, so wie die von Preußen und Bayern einen besonderen Grund, und zwar die ersteren wegen der wiederum angeregten 24 Artikel, über welche zu London abermals konferirt und protokollirt werden sollte, und die beiden anderen wegen des kirchlichen Zwiespalts, der in hellen Flammen aufgloedert war, jedoch

vorläufig nur einen Federkrieg hervorgerufen hatte, der in Zeitungen und Flugschriften mit fürchterlicher Erbitterung geführt wurde.

Es dürfte jetzt Zeit sein, dem Krönungspompe in London den Rücken, und das Gesicht den Dingen zuzuwenden, die sich seit dem Anfange des Jahres in Deutschland zugetragen hatten und die uns, weil wir Deutsche sind, eigentlich sehr nahe angehen. Eine Grundfarbe für die Bewegungen der deutschen Welt im Jahre 1838 anzugeben, ist sehr schwer, und wer das nicht glauben will, der sehe nur die Karte von Deutschland an und zähle die Farben zusammen, die er darauf findet. Er wird staunen, und denkt er sich etwa zu helfen und mischt alle diese Farben unter einander, so dürfte das Unmögliche noch unmöglicher werden, denn das Resultat dieser Mischung würde über das Aschgraue hinausgehen. Das Taschenbuch des Rheinischen Postillon macht indessen auch nicht die entferntesten Ansprüche

darauf, seinen Lesern eine allgemeine deutsche Grundfarbe aufzutischen, sondern es will in einfacher Weise das wieder erzählen, was sich ereignet hat. Hierbei wird es aber am besten sein, wenn man die Ereignisse zuerst hervorhebt, die das allgemeine Interesse von Deutschland, sein Wohl und Wehe, mehr oder minder berührten, und deshalb sprechen wir zuerst von Preußen und Hannover.

Der innere Friede der preussischen Rheinprovinzen erhielt, wie wir zu Anfang dieser Blätter angedeutet haben, einen argen Stoß durch die Abführung des Erzbischofs von Köln nach Minden, und trotz der Verheißungen Jehovah's, die er kund werden ließ durch den Mund seiner Knechte: „es solle die sündige Menschheit nicht wiederum durch Wasser vertilgt werden;“ — strömte doch eine solche Fluth wässriger Broschüren über Deutschland daher, daß es kaum dem gelübtesten Schwimmer gelang, sich oben zu

erhalten. Sowohl die Abführung des Erzbischofs selbst, als auch die erste Allokution des Papstes boten hierzu Stoff, dann aber schrieen auf der einen Seite die Kämpfer für Preußen in Bewahrung seiner Macht, auf der anderen die für die verlegte Kirche und ihre Rechte, und zwischen durch ertönte der Jubel der aufgeklärten katholischen Welt und das Wehklagen der Abmüdlinge, welche beide letzte Partheien sich gegenseitig Verrath, Treulosigkeit und andere Frevel vorwarfen.

In Preußen selbst erkannte man nach dem ersten päpstlichen Dokumente, eben jener Allokution, die Nothwendigkeit, mit einer ernsten Schrift, worin die Stellung der katholischen Kirche zur weltlichen Macht auseinandergesetzt, die Verordnungen und Verträge, welche diese Stellung herbeigeführt, genau angegeben werden sollten, aufzutreten, und diesem Entschlusse gemäß erschien jene sogenannte Staatschrift, die

jedoch die ultramontane Parthei, statt sie zum Schweigen zu bringen, nur noch mehr aufregte. Während auf diese Weise die preussische Regierung ihre schwere Artillerie (so hatte man die erwähnte Staatschrift im Voraus getauft) vorfuhr, wurden diejenigen, welche an dem wichtigen Ereignisse ein fortlaufendes Interesse nahmen, durch die Zeitungsartikel auf das ergößlichste belustigt. Fast jeder Tag brachte wenigstens fünfzig Berichte über die versöhnenden Schritte, die von beiden Seiten gethan wurden; und ganz besonders spaßhaft war es, daß der preussische Geschäftsträger in Rom, Hr. Bunsen, bald abgereist war, bald daran noch gar nicht dachte, dann gar nicht zur Audienz gelangen konnte, und wieder plötzlich eine so zuvorkommende Aufnahme gefunden, daß die Beseitigung der „Kölnner Wirren“ nahe bevorstände. Wochen, ja Monate hindurch wurde das Publikum mit solchen Berichten unterhalten, und wer schwach

genug war, namentlich die Hälfte der versöhnenden Schritte für baare Münze zu nehmen, der mußte jeden Augenblick an eine Zusammenkunft der preussischen mit der päpstlichen Regierung denken. Aber leider haben alle diese versöhnenden Schritte auch nicht einen Schritt vorwärts, sondern, wie sich jetzt als traurige Wahrheit herausgestellt hat, mehrere Schritte rückwärts geführt, und dies ist nicht etwa bloß sinnbildlich, sondern in handgreiflicher Wahrheit zu verstehen. Denn von der westlichen Vorderseite des preussischen Staats ist der kirchliche Zwiespalt bis nach der östlichen Rückseite geschritten, d. h. dieselbe Widersetzlichkeit, welche der Erzbischof von Köln dem Staatsoberhaupte gegenüber zeigte, eben diese zeigten auch bald darauf die westphälischen Bischöfe, und ihnen folgten der Erzbischof von Posen mit dem größten Theile seiner Prälaten, nämlich den Bischöfen von Thorn und Kulm und ihrem Anhange.

Es wäre ein überaus ermüdendes, wenig lohnendes Geschäft, wollte man alle die Erklärungen und Noten, alle die Vermuthungen und Ansichten, alle die Lehr- und Grundsätze, welche in diesem heillosen Streite für und wider Preußen, im Sinne der alleinseligmachenden Kirche und gegen ihre finsternen und verfinsternden Satzungen zu Tage gefördert wurden, hier anführen, um so mehr, da sie, bei Lichte besehen, zu nichts, aber auch zu gar nichts geführt haben. Seit den Zeiten Samuels bis auf diese Stunde, sagt ein großer Dichter, hat es der weltlichen Macht wenig genutzt, sich mit der Kirche in Streit einzulassen, und in der That, die Wahrheit dieses Ausspruchs scheinen auch die Ereignisse unserer Tage zu bestätigen, und doch gab es zu Samuels Zeiten keine Dampfschiffe und keine Eisenbahnen, kein Asphaltpflaster und keine Runkelrübenzuckerfabriken, vielmehr tanzten die Könige zur selbigen Zeit, d. h. die Könige der Juden, um ihre

Ehrfurcht und Freude zu bezeugen, vor der Bundeslade her, wie denn geschrieben steht: Und David tanzte mit aller Macht vor dem Herrn und war begürtet mit einem leinenen Leibrock.

Die weltliche Macht hat in dieser Sache zum Theil auf ihr gutes Recht, zum Theil auf die Riesenschritte gerechnet, welche gerade in unserer Zeit der menschliche Geist in allen Zweigen des Wissens und der Industrie gemacht, und hätte die weltliche Macht, oder im engeren Sinne Preußen, diese Riesenschritte ungehindert für sich in die Schranken treten lassen, die ganze Sache wäre vielleicht, wenn auch nicht bereits abgethan, doch auf dem Wege, ihre Endschafft zu erreichen. Indesß dies ist leider nicht geschehen, und ob es geschehen wird, darüber sind Gelehrte und Ungelehrte noch nicht einig. Und doch dürfte gerade jetzt der günstigste Augenblick dazu sein.

Wohin aber verirren wir uns, wir wollen weder Rathschläge angehen, noch berechnen, wie

sich etwa die Dinge in der nächsten Zukunft gestalten könnten, wir wollen nur erzählen, was sich im Laufe des verflossenen Jahres zugetragen hat. Dies haben wir bis jetzt, kleine Abwege abgerechnet, gethan, sind bis zu den Kölner und Posener Wirren gekommen, und wollen sie, um nicht wieder mit dieser Sache in Berührung zu kommen, für immer abthun.

In aller Kürze zusammengedrängt, stellt sich die Sache etwa so heraus: der Erzbischof von Köln sitzt noch immer in Minden, hat lange Zeit hartnäckig geschwiegen und dann erst an den König von Preußen geschrieben und nicht um Gnade gesleht, sondern Gerechtigkeit gefordert. Für seine Wiedereinsetzung haben sich mehrere niederrheinische Gemeinden bittweise an den König gewendet, doch, so viel man weiß, ist hierauf bis jetzt keine Antwort erfolgt. Dagegen haben sich viele Schaafse der hirtlosen Heerde, sowohl in den Rheinprovinzen wie im Münsterschen, be-

deutend verirrt, d. h. sie haben ihren Unmuth, vielleicht auch ihre Erbitterung (dies geschah in recht auffallend roher Manier zuerst in Paderborn) auf diese und jene Weise ausgelassen, die Ruhe gestört, zu Bewegungen Veranlassung gegeben, auch hin und wieder arge Widerseßlichkeit gezeigt. Im Münsterschen, dem eigentlichen Feldlager der ultramontanen Adelsparthei, fand der zweite Sohn des Königs, der Prinz Wilhelm, eine überaus kalte Aufnahme, und in Köln trugen sich in den letzten Tagen des Oktobers Ereignisse zu, die, wie man ganz gewiß weiß, durch den fanatischen Pastor Beckers mittel- und unmittelbar herbeigeführt wurden. Ob der bald darauf stattgehabte, hinterlistige, ja meuchelmörderische Angriff auf eine einzelne Schwache bei Köln mit den vorgegangenen Ereignissen im Zusammenhange steht, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Es mag vielleicht ein Akt gemeiner Rachlust gewesen sein, hat aber

die Folge gehabt, daß das dienstthuende Militär von jetzt an mit scharfen Patronen versehen ist. Bald nach diesem Vorfalle zu Köln wurden zu Koblenz mehrere Kanonen vernagelt, ein Ereigniß, das manchen auf die Idee gebracht hat, als herrsche unter dem unruhigen Volke eine Erbitterung gegen das Militär. Ob dem so sei, mag dahin gestellt bleiben, gewiß ist es aber, daß in allen den Orten der Rheinprovinzen und des Münsterlandes, wo die Geistlichkeit einen überwiegenden Einfluß hat, eben nicht die friedlichsten Gesinnungen herrschen; und daß diese von den belgischen Jesuiten unterhalten werden, daran darf man um so weniger zweifeln, da ja selbst deutsche Blätter, und hier nennen wir besonders die Neue Würzburger Zeitung und die in München erscheinenden politischen Blätter, es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Samen des Unfriedens und der Zwietracht mit vollen Händen auszustreuen. Wenn das aber von einer deutschen

Regierung, die noch dazu dem preussischen Regentenhaufe eng verwandt ist, geduldet wird, welche Rücksichten sollten die fanatischen Jesuiten Belgiens gegen Preußen zu nehmen haben, da ja bekannt genug ist, daß sie in ihrem eigenen Lande mit wildem Grimme gegen die freisinnige katholische Parthei wüthen? Aus diesem Allen den Schluß zu ziehen, daß in Folge der kirchlichen Händel in den preussischen Rheinlanden mindestens eine große Verstimmung herrscht, dürfte weder schwer sein noch voreilig erscheinen.

Eine solche Folge hat das Auflehnen des Erzbischofs Dumin von Posen und Gnesen, obgleich dasselbe in vieler Beziehung weit energischer war, nicht gehabt, vielmehr ist sie großentheils auf den Adel des Großherzogthums Posen beschränkt geblieben, der seit dem Augenblicke, wo ein gerichtliches Verfahren gegen den Erzbischof eingeleitet worden ist, keine Gelegenheit versäumt hat, demselben seine Hochachtung und Ehrfurcht zu beweisen.

sen. Es geschah dies in früheren Zeiten niemals, oder von so Wenigen, daß es im Allgemeinen unbeachtet blieb, so daß man mit Recht glauben darf, jene Beweise der Aufmerksamkeit, die der Adel jetzt dem Kirchenfürsten zollt, fließen weit mehr aus einer Abneigung gegen die Regierung als aus wirklicher Hochachtung vor dem Prälaten. Derselbe verweigert übrigens bis jetzt, den weltlichen Richter als befugt anzuerkennen, sich in kirchliche Angelegenheiten zu mischen, und wird ohne Zweifel darin beharren, da die Lobsprüche, welche ihm der heilige Vater in seiner zweiten, im September gehaltenen Allocution ertheilt hat, ihn hierzu noch mehr ermuntern müssen. Anfangs glaubte man, der Posener Prälat sei besonders durch Gewissenskrupel, wie sie hin und wieder alten Herren eigen sein mögen, dazu veranlaßt worden, den Hirtenbrief, in welchem er auf das strengste die Einsegnung gemischter Ehen verbot, zu erlassen, und würde, sollte der

Eine oder der Andere davon keine Notiz nehmen, dies mit Stillschweigen übergehen: allein hierin hat man sich gewaltig geirrt. Denn als neulich ein Priester jenem Hirtenbrieife zu wider handelte und ein gemischtes Brautpaar traute, ohne sich die Erziehung der künftigen Nachkommenschaft im katholischen Glauben verbürgen zu lassen, strafte er diesen damit, daß er ihm befahl, gedachten Hirtenbrieif an acht hintereinander folgenden Sonntagen von der Kanzel herab vorzulesen. Dies sieht einer offenen Widersetzlichkeit so ähnlich, wie ein Ei dem anderen, und daß die Regierung es dafür ansehen wird, unterliegt um so weniger einem Zweifel, da man oftmals weit geringfügigere Dinge dafür angesehen hat.

Mit dem Erzbischofe Hand in Hand gehen die Bischöfe von Kulm und Thorn, und ihr Benehmen in kirchlichen Dingen machte um so größeres Aufsehen, da man noch kurz vorher ihre Duldsamkeit, ihre Achtung vor dem weltlichen Gesetz,

ihre Liebe zum Frieden und zur Eintracht bis in den Himmel erhoben hatte. Auf dies Lob scheinen aber die Herren nicht viel gegeben zu haben, denn ihr Verfahren war und ist um kein Haar besser als das des Herrn von Dumin.

Nach Verlauf eines Jahres ist demnach der kirchliche Zwiespalt vom Niedergange bis zum Aufgange der preussischen Staaten geschritten, hat manches Band zerrissen, das für die Dauer dieses und des jenseitigen Lebens geknüpft werden sollte, und hat auch in anderen Staaten Nachahmung gefunden, wiewohl man hier, namentlich in Württemberg, weit einfachere Maßregeln dagegen ergriff und ergreift, d. h. theils den widerspenstigen Prälaten keinen Gehalt giebt, theils ihre etwanigen Erklärungen unbeachtet läßt. Ferner haben die kirchlichen Händel den Bruch zwischen Preußen und Rom fast unheilbar gemacht, und erst, nachdem dies Alles geschehen, denkt man an eine Radikalkur, und zu diesem Ende

haben sich die Oberpräsidenten verschiedener Provinzen nach Berlin begeben, um dort mit den Ministern die Mittel zu berathen, welche zur gänzlichen Beseitigung dieser „Wirren“ am geeignetsten scheinen. Gleichzeitig ist nach Rom noch ein letzter Vorschlag gegangen, dessen Annahme oder Zurückweisung wahrscheinlich den Weg bestimmen soll, den man künftig einzuschlagen gedenkt. Wir wollen wünschen, daß es kein Dornenpfad ist.

Während solchergestalt in den, von der Hauptstadt der preussischen Monarchie entfernteren Provinzen allerlei Uebel gleich Pilzen emporschossen, überließen sich die lebenslustigen Berliner (denn auf Lebenslust und Witz machen sie selbst die meisten Ansprüche) dem Treiben, wie es Zeit und Verhältnisse mit sich bringen. So lange die strenge Kälte anhielt, fuhr man besonders Schlitten; dann sprach man über die erwartete Ankunft des türkischen Gesandten, schimpfte auf

die Frechheit der Spigbuben, unterhielt sich heimlich und offen über die hannoverschen Vorgänge, schüttelte den Kopf über den Athanasius von Görres, der freilich sehr bald verboten ward, und belustigte sich über das Austausch sogenannter Mäßigkeitsschriften, die dem übermäßigen Branntweinsgenusse steuern sollten und deshalb wahrscheinlich bei den Eckenstehern keine große Aufnahme finden würden. Dabei gab es denn auch Stoff zu manchen ernsten, ja sogar traurigen Betrachtungen wegen der steigenden Noth der ärmeren Bewohner der Hauptstadt, und wegen der Klagen, die von Ostpreußen her über die fürchterliche strenge Gränzsperrre von Seiten Rußlands nach Berlin drängen. Man konnte dieß System Rußlands um so weniger begreifen, da es doch mit Preußen in so vertrautem Verhältnisse stand, der Kaiser Bürger von Berlin geworden war, dem Magistrate 5000 Dukaten zu einer Stiftung geschickt hatte, und, wie aus lan-

gen Zeitungsartikeln hervorging, mit seiner Familie abermals in Berlin auf Besuch eintreffen würde.

Hierbei sei übrigens bemerkt, daß die Reise der russischen Herrscherfamilie vom Anfang des Jahrs an für alle Hauptblätter Deutschlands täglicher Stoff war. Fast jeden Tag gab man eine andere Reiseroute und eben so oft eine andere Veranlassung zu dieser Reise an, bis man sich endlich darauf fesselte, der russische Thronfolger werde sich eine Gemahlin suchen. Kaum hatte man diesen Grund zur Reise aufgefunden, der einigen Zeitungen von hochgestellten und mithin wohlunterrichteten Männern mitgetheilt worden war, so ging das Rathen an, aus welchem Fürstenhause der Thronfolger sich eine Braut wählen würde. Auch über dies Kapitel ward lang und breit gesprochen, bis endlich in diesem oder jenem Salon eine sichere, verbürgte Quelle entsprang, aus welcher dann die wichtige Nach-

richt floß, der künftige Thronerbe werde eine mecklenburgische Prinzessin heimführen, und zwar sollte dieß noch im Laufe des Sommers geschehen. Indes der Sommer ist gekommen und ist vergangen, aber aus der Brautwerbung und Vermählung des Thronfolgers ist nichts geworden.

Dasselbe Schicksal haben auch viele anderen, aus guten Quellen geflossenen Weissagungen gehabt, auf die wir nach dieser Abschweifung, die eigentlich nur dazu dienen sollte, den Werth sogenannter Nachrichten von hochgestellten und wohlunterrichteten Männern schätzen zu lernen, zurückkommen.

Aus dem zu schließen, was über Berlin gesagt wurde, war also in dieser Hauptstadt viel Stoff zu allerlei Hoffnungen vorhanden, und siehe, auch Schriftsteller und Spekulanten gingen dabei nicht leer aus. Was die ersten betrifft, so glaubten diese, der angeregte kirchliche Streit müßte nothwendig ein milderes Censurgesetz herbeiführen.

Gott mag wissen, welcher von den Berliner Schriftstellern zuerst auf diese Idee verfiel und sie in leisen, ja man kann sagen in ziemlich unsicheren Schattenrissen der deutschen Welt mittheilte. Genug diese Idee tauchte plötzlich auf und flog, als kaum der Puppe entschlüpfter Schmetterling, in süddeutsche Blätter, bis wohin ihm dann natürlich die Flügel schon etwas gewachsen waren, so daß er sie sehr breit machte. Er flog von einem Blatte in das andere, und wirklich war man über sein Erscheinen so überrascht, daß man ganz vergaß, zu prüfen, zu welcher Gattung dieser Schmetterling gehöre.

Mit dieser Untersuchung beschäftigte man sich zuerst in Berlin selbst, und da ergab es sich denn, daß er von der gewöhnlichsten Art war und eine Raupe zur Mutter gehabt hatte, wie man sie überall in großer Menge vorfindet. Nach dieser Entdeckung hätte man also die angeregte Idee gänzlich aufgeben sollen, indeß dies geschah

nicht, denn man ging dem Frühlinge entgegen, und in nördlichen Ländern, wo der Frühling eben nicht zu den Alltagserscheinungen gehört, knüpft man an diesen lachenden Jüngling fröhliche Ausichten für die Zukunft. Warum man dieß gerade im Frühlinge 1838 in Berlin that, nimmt um so mehr Wunder, da etwa um dieselbe Zeit in verschiedenen deutschen Blättern (wenn wir nicht irren, zuerst im Frankfurter Journal) der Brief veröffentlicht wurde, welchen der Herr von Kochow, preussischer Minister des Innern und der Polizei, an den Kaufmann J. van Niesen in Elbing gerichtet hatte, und zwar als Antwort in Betreff der Adresse an die sieben Göttinger Professoren. Dieser Brief lautete wörtlich so:

„Ich gebe Ihnen auf die Eingabe vom 30. v. Mts., mit welcher Sie mir die, von mehreren Bürgern Elbing's unterzeichnete Adresse an den Hofrath und Professor Abrecht überreicht

haben, hierdurch zu erkennen, daß mich dieselbe mit unwilligem Befremden erfüllt hat. — Wenn ich annehmen will, daß es nur Gewissenszweifel gewesen, welche den Professor Albrecht bewogen haben, die ihm angefohrene Eideserklärung für unstatthaft zu halten, so bin ich doch so weit entfernt, die in der Erklärung des Albrecht und seiner Göttinger Amtsgenossen ausgesprochene Beurtheilung des Verfahrens Sr. Maj. des Königs von Hannover dadurch gerechtfertigt oder auch nur entschuldigt zu finden, daß ich solche vielmehr für eine eben so unbesonnene als tadelnswerthe und nach dießseitigen Landesgesetzen selbst strafbare Anmaßung halte. Die Unterzeichner der Adresse laden daher mit Recht denselben Vorwurf auf sich, indem sie jene Erklärung billigen und loben, und dadurch die Gründe derselben zu den ihrigen machen. — Es ziemt dem Unterthanen, seinem Könige und Landesherrn schuldigen Gehorsam zu leisten und sich bei Befol-

gung der an ihn ergehenden Befehle mit der Verantwortlichkeit zu beruhigen, welche die von Gott eingesetzte Obrigkeit übernimmt, und es ziemt ihm nicht, die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen, und sich in dunkelhaftem Uebermuth ein öffentliches Urtheil über die Rechtmäßigkeit desselben anzumaßen. — Deshalb muß ich es eine recht bedauerliche Verirrung nennen, wenn die Unterzeichner der Adresse in dem Benehmen der Göttinger Professoren eine Vertheidigung der gesetzmäßigen Ordnung, einen Widerstand gegen die Willkühr zu erkennen geglaubt haben, während sie darin ein unziemendes Auflehnen, ein vermessenés Unternehmen hätten wahrnehmen sollen. — Eines noch beklagenswertheren Irrthums haben Sie sich aber schuldig gemacht, wenn Sie wäñnen, daß solche Gesinnungen und Ansichten von allen guten Bürgern und loyalen Preußen getheilt würden; dies ist —

Gottlob! — so wenig der Fall, daß ich überzeugt sein darf, selbst die große Mehrzahl werde Ihre Schritte ernstlich mißbilligen und beklagen, daß durch den Irrthum der unberufenen Urheber der Adresse die gute und patriotische Gesinnung der Stadt Elbing verdächtigt worden ist. — Ich überlasse Ihnen, diese meine Eröffnung den Unterzeichnern der Adresse bekannt zu machen. Berlin, den 15. Januar 1838. Der Minister des Innern u. s. w. (gez.) von Rochow.“

Wie gesagt, nach der Veröffentlichung dieses Briefes an ein milderes Pressgesetz zu denken, war unter allen Umständen eine der abgeschmacktesten Ideen, wenn gleich bald darauf hin und wieder bemerkt wurde, in höheren Kreisen habe dieser Brief keine Billigung gefunden. Indes abgesehen davon, trug auch die Tagesliteratur, namentlich aber die preussische Staatszeitung, einen Charakter an sich, der die Hoffnung auf eine freiere Presse in das Reich der Träume

verwies. In der Staatszeitung fand man Alles, nur keine Besprechung der zunächst liegenden Angelegenheiten, ja die Zeitung selbst wanderte von einem Redakteur zum anderen, oder umgekehrt, sie blieb an Ort und Stelle, aber ihre Redakteure wechselten so oft, daß man schon daraus den Schluß ziehen konnte, es sei immer noch unentschieden, welcher Geist in der Zukunft dies Organ beleben solle. In diesem Zustande des Zweifels befindet sich dieses Blatt bis diesen Augenblick, doch steht zu hoffen, daß sie mit dem Beginne des nächsten Jahres ihren halbofficiellen Charakter verlieren und in dieser Beziehung der „Preussischen Landeszeitung,“ welche eben mit dem kommenden Jahre ins Leben treten soll, weichen und dann vielleicht in Privathände gelangen wird. Merkwürdig bleibt es hierbei, daß Preußen mit mehr als deutscher Langmuth die Schmähungen und Angriffe der bayerischen Zeitungen ertrug und seiner eigenen Presse keine Wiedervergeltung

erlaubte. Erst gegen Ende des Jahres soll es, wie man sagt, gestattet worden sein, in den Antworten auf bayerische Artikel sich freier bewegen zu dürfen.

Nicht so schlecht wie den Schriftstellern erging es den Spekulanten mit ihren Hoffnungen, und zwar den Eisenbahn-Spekulanten. Nach jahrelangem Berathen war man nämlich zu dem Entschlusse gekommen, daß intelligente Preußen dürfe in den Eisenbahnen, die in der Industrie unser Jahrhundert eben so verewigen werden wie der Name Napoleons es in der Taktik verewigt hat, nicht zurückbleiben. Man nahm auch zuerst große Anläufe und wollte ganz Preußen, d. h. den größeren östlichen Theil der Monarchie mit einem Bahnenetz überziehen, allein man stieß bei diesem Unternehmen auf Hindernisse, ohne die Erdarbeiten begonnen zu haben. Diese Hindernisse gingen von der Post aus, die, obgleich die preußische Post eine Ehre in die möglichst schnellste

Beförderung der Reisenden setzt, doch deshalb von den Eisenbahnen nichts wissen wollte, weil sie eine Beeinträchtigung ihres Regals mit Recht befürchtete. Demnach kamen die weitaussehenden Pläne auf ganz kleine zurück, und man begnügte sich zuvörderst mit einer Eisenbahn zwischen Berlin und Potsdam, um einen Versuch im Kleinen zu machen.

Niemand wird uns zumuthen, ein Bild von der Langsamkeit zu entwerfen, mit welcher diese Unternehmung betrieben wurde, und wenn es irgend möglich wäre, daß, was einmal geschehen ist, aus dem Gedächtniß der Mitwelt zu vertilgen, damit der Nachwelt der Stoff, der gerechteste Stoff zur grellsten und giftigsten Ver-spottung genommen werde: so müßte Jeder, der nicht ein besonderes Vergnügen darin findet, den kommenden Geschlechtern lächerlich zu erscheinen, von ganzem Herzen wünschen, daß der Eisenbahnskandal dieses Jahres, mit einem Mühlstein

darau, in das Meer der Vergessenheit gesenkt würde, und zwar an der Stelle, wo es am tiefsten ist. Das mag sehr hart klingen, aber es soll auch hart klingen, denn mit dem, was eben gesagt ward, ist das Jämmerliche der Sache noch gar nicht erschöpft. Wir würden über diese Angelegenheit, obgleich sie unter den sogenannten Lebensfragen der civilisirten Welt die erste Stelle einnimmt, geschwiegen, sie wenigstens in solcher Weise nicht besprochen haben, hätte man in Deutschland mit diesem Riesenunternehmen den ersten Anfang gemacht, wären nicht Musterbilder in England und Belgien (der nordamerikanischen gar nicht zu gedenken) vorhanden, und gäbe es nicht in Deutschland selbst einige kleinere und einen großen Staat, in denen man mit Glück und Erfolg den Eisenbahnenbau betrieben hat und noch betreibt. Eben weil so nahe Beispiele vorliegen, ist die Langsamkeit der meisten anderen deutschen Staaten nicht zu entschuldigen, und

am allerwenigsten zu entschuldigen ist es, wenn kleinliche Rücksichten, Privatinteressen, Ränke aller Art, Habsucht, Neid und der schmutzigste Egoismus dabei im Spiele sind. Daß es mit den bloßen Worten: „Kommt, wir wollen eine Eisenbahn bauen!“ — nicht abgethan ist, daß vielmehr ein solches Unternehmen reiflicher Ueberlegung und vor allen Dingen der Leitung erfahrener Männer bedarf, versteht sich von selbst; aber jahrelanges Berathen, Zeitungs- und sonstige Berichte, die oft länger sind als die projektirte Bahn, Aktienschwindeleien und ermüdende, oft mit großen Kosten verknüpfte Versammlungen, die bisher größtentheils ausgegangen sind wie das Schießen bei Hornberg, diese Dinge und Uebel sind dazu nicht nöthig. Sie, aber nicht die Erdarbeiten, sind die einzigen und wahren Hindernisse, was sich recht deutlich dadurch herausstellt, daß gerade in den Staaten, wo man, statt viel zu schreiben und lange zu berathen,

rüstig ans Werk ging, und nicht ausposaunte, was man vollbringen wollte, sondern es ernst und ruhig vollbrachte, die Eisenbahnen am glücklichsten gediehen sind und zu den überraschendsten Resultaten geführt haben.

So viel im Allgemeinen über dieses Thema, auf das wir bei der Erwähnung anderer Staaten noch einmal, in schlimmer und guter Weise, zurückkommen müssen. Um nun von der Bahn von Berlin nach Potsdam zu reden, so wandelte man bei dieser den angedeuteten Weg, d. h. man kam nicht von der Stelle, erzählte täglich in den öffentlichen Blättern, wie einträglich das Unternehmen sein würde, wenn es erst in vollem Gange wäre, berichtete, wie weit die Arbeiten vorgeschritten, oder daß sie durch dieses oder jenes unvorhergesehene Hinderniß gestört worden (und dies trat wirklich einigemal durch Regen und Ueberschwemmungen ein), und solchergestalt wußte man jeder Zeit andere Entschuldigungsgründe.

Dem Publikum war aber damit keineswegs ge-
dient, es murrte, und siehe, da griff man zu
anderen Mitteln: man zeigte nämlich den Unge-
duldigen die Lokomotive, um ihnen einen Vor-
geschmack von der künftigen, schnellen Beförderung
nach Potsdam zu verschaffen. Solcher Genuß
kostete aber, wie alle Genüsse in Berlin, Geld,
und die Direktion der Eisenbahn schlug, um
sprichwörtlich zu reden, zwei Fliegen mit einer
Klappe, sie beruhigte die Gemüther und hatte
noch eine ansehnliche Einnahme.

Endlich wurde die Hälfte der Bahn fertig,
und nun prüften die Unternehmer die Sache eine
Zeit lang, ehe das Publikum an dieser Prüfung
Theil nehmen konnte. Die civilisirten und in-
telligenten Berliner kamen bei dieser Prüfung
am schlechtesten weg, denn da die vollendete
Hälfte der Bahn von Potsdam bis zur nächsten
Station, dem Dorfe Zehlendorf, sich erstreckte:
so mußten die Berliner erst vier Poststunden zu

Wagen machen, ehe sie einige zwanzig Minuten auf der neuen Eisenbahn fahren konnten. Indes war der Andrang doch so groß, daß die Direktion sich mit Vollendung der ganzen Bahn beeilte. Dies Ziel hat man jetzt erreicht, und, wie aus öffentlichen Berichten hervorgeht, ist man im Allgemeinen mit dem Resultate zufrieden.

Diese Zufriedenheit äußert sich jedoch nur bei den Mitgliedern des Vorstandes, keineswegs aber im Publikum. Dies wurde seit dem kurzen Bestehen der Bahn durch die Grobheit der Beamten, durch die Fehler, welche sich die Maschinenmeister zu Schulden kommen ließen, und durch einige, zum Glück nicht bedeutende Unfälle einzelner Personen bereits so eingeschüchtert, daß, wie man hört, der Andrang schon jetzt sehr abnimmt und statt der Theilnahme sich eine unverkennbare Lauheit zeigt. Hierzu kommen freilich noch andere Gründe als die schon angegebenen, nämlich einmal die traurige Erfahrung, daß man

statt 38 oder 40 Minuten, innerhalb welcher sonst der Weg zwischen Berlin und Potsdam zurückgelegt ward, jetzt zwei Stunden und darüber nöthig hat, und dann, daß das jetzt erschienene Eisenbahngesetz zwar die Anlage neuer Eisenbahnen durch neue Gesellschaften gestattet, diese aber im Wesentlichen so von der Post abhängig macht, und dem Gutdünken der Regierung so unterordnet, daß sich schwerlich viele Liebhaber zu neuen Bahnanlagen finden werden.

Schon die einzige Bestimmung des §. 42 des neuen Gesetzes:

„Dem Staate bleibt vorbehalten, das Eigenthum der Bahn mit allem Zubehör gegen vollständige Entschädigung anzukaufen.“ —

legt dem Unternehmungsgeiste gewaltige Hemmschuhe an, wiewohl gleich hinterher bestimmt wird, daß diese Abtretung erst nach Verlauf von dreißig Jahren, von dem Zeitpunkte der Transporteröffnung an, gefordert werden kann. Dadurch

scheint man die Lust zu neuen Bahnanlagen begünstigen zu wollen, aber es scheint nur so; denn die Anlage einer Eisenbahn erfordert ein Drittel eines Menschenalters, ehe man zu einem ordentlichen Resultate gelangen kann, und wenn nun ein Familienvater denkt, er habe den Seinigen eine sichere Einnahme durch thätigen Antheil an einem so großartigen Unternehmen gesichert, so kann nach Verlauf von zwanzig und weniger Jahren diese gesicherte Einnahme oder der ungleich größere Gewinn aus einem, verhältnißmäßig kleineren Kapitale aufhören, und zwar auf Grund eines bestehenden Gesetzes.

Von dem langen Gesetze, das, beiläufig gesagt, aus 49 Paragraphen besteht, haben wir hier nur einen Punkt herausgehoben, in der Ueberzeugung, daß dieser eine Punkt hinreichen dürfte, um sich einen ohngefähren Begriff von dem Geiste des ganzen Gesetzes zu machen. Es ist, man mag es mit noch so günstigen Augen anse-

hen, durchaus nicht darauf berechnet, diesem, für die eigentlichen Volksinteressen so bedeutungsvollen Industriezweige die Hand zu bieten, und deshalb dürfte an ein Eisenbahnetz über den östlichen Theil der preussischen Monarchie nicht zu denken sein. Die jetzt bestehende Bahn zwischen Berlin und Potsdam kann, sobald nicht eine Vereinigung der ansehnlichsten Provinzialstädte mit der Hauptstadt eintritt, für nichts anderes als eine Spielerei im Großen angesehen werden; auch scheint man sie an Ort und Stelle für nichts anderes zu halten, denn sonst würde man ernstlich darauf bedacht gewesen sein, Böcke zu vermeiden, die eine an sich würdevolle Sache zur Lächerlichkeit herabziehen.

Die bisher über Preußen mitgetheilten Nachrichten bezogen sich auf die kirchlichen Verhältnisse, auf die Hoffnungen leichtgläubiger Schriftsteller in Betreff eines mildereren Pressgesetzes und auf die Aussichten, welche sich der Spekulations-

geist für die Zukunft von den Eisenbahnen machte. Nimmt man an, daß in diesen, ihrer Natur nach so verschiedenen Angelegenheiten manche Wünsche austauchten, so läßt sich jetzt am Schlusse des Jahres das Resultat dahin angeben, daß keiner dieser Wünsche erfüllt wurde. Von einem Preßgesetze ist nicht mehr die Rede; wie es mit den Eisenbahnen steht, haben wir gesehen, und in Bezug auf die kirchliche Sache ist jetzt, um die Mitte des Decembers noch nichts entschieden. Unangenehm mußte es übrigens berühren, daß, während man mit Rom in Zwiespalt gerathen war, namentlich in Schlessien die Alt-Lutheraner oder Separatisten ihr Wesen trieben, und dies war nicht etwa deshalb verdrießlich, als ob diese Sekte jemals der Staatsgewalt hätte gefährlich werden können, sondern vielmehr des Stoffes halber, der durch Verfolgung dieser Leute von Seiten der Behörde den Anhängern der römischen Kirche gegeben wurde, um die Duld-

samkeit der preussischen Regierung anzugreifen. Jene Separatisten, friedfertige, arbeitsame Menschen, sind nach Australien ausgewandert, und haben dadurch, daß sie sich lieber einem ganz unsicheren Schicksale preisgaben als den ihren Ansichten widersprechenden Gesetzen sich fügten, den Beweis geliefert, wie schwer, ja wie unmöglich es ist, gegen eine festgewurzelte Meinung mit äußerer Gewalt anzukämpfen.

In die Gespräche und Betrachtungen über alle diese Ereignisse traten inzwischen auch glänzende Erscheinungen, und etwa um die Mitte des Jahres hatte Berlin ein seltenes Schauspiel. Die erste Scene desselben begann mit der Ankunft der russischen Herrscherfamilie, und nach und nach strömten der Residenzstadt Preußens so viele regierende Häupter, Fürsten, Diplomaten und andere hochgestellte Personen zu, daß es allgemein hieß, es finde dort ein Fürstenkongreß statt, um die wichtigen politischen Fragen

Europa's zu besprechen und den schwankenden Zustand der Dinge zu befestigen. Diese Gerüchte wurden dann wieder durch andere verdrängt, man sprach von engen Familienverbindungen, und dazu war Grund genug vorhanden, denn es fehlte nicht an erlauchten Damen, die zur Zeit noch unvermählt waren. Indes alle, theils aus guter Quelle geflossenen, theils noch der Bestätigung bedürftigen Nachrichten lösten sich in Nichts auf, ja man schrieb sogar aus Berlin, in den höchsten Sirkeln werde durchaus nicht von Politik gesprochen; man beschränke sich vielmehr auf Familienfestlichkeiten und wolle die Heiterkeit derselben nicht mit Sorgen trüben. Der Nachsatz dieses Bericht's giebt ihm eine gewisse Bedeutung, denn es ist darin ausgesprochen, daß politische Unterhaltungen Sorgen hervorrufen, Beweis genug, daß der Stand der Verhältnisse eben kein erfreulicher war.

Was nun die Festlichkeiten anbetrißt, womit sich die hohen Gäste unterhielten und durch welche sie unterhalten wurden, so bedarf es eben keines großen Scharfsinns, um diese zu errathen. Militärische Schauspiele aller Art wechselten, und die Festung Spandau, deren Erstürmung vor 25 Jahren den Russen und Preußen viel Blut gekostet haben würde, wäre sie nicht von den Franzosen übergeben worden, wurde diesmal ohne Blutvergießen erstürmt, weil die Bertheidiger derselben angewiesen waren, sie erstürmen zu lassen. Bei diesen militärischen Schauspielen, Manövern, Paraden u. s. w. spielten zum Theil auch die höchsten Herrschaften eine Rolle, und dies thaten auch Se. Majestät der König von Hannover, aber ohne sich von den zahlreich versammelten Zuschauern des Beifalls zu erfreuen, mit welchem der Kaiser von Rußland zu wiederholten Malen begrüßt wurde. Ob die Berliner dies in der Zerstreuung vergaßen, oder ob sie dazu

besondere Gründe hatten, weiß man nicht; es ist dies auch ganz gleichgültig; genug, es ist geschehen, wenigstens haben es verschiedene Zeitungen berichtet. Für die letzteren war diese Fürsterversammlung überhaupt eine ergiebige Erndte, und als sie sich ihrem Ende nahte und sich die hohen Herrschaften nach allen Himmelsgegenden wieder zerstreuten: da las man manchen seltenen Zug von diesem oder jenem gekrönten Haupte, zahlreiche Geschenke, Handlungen der Wohlthätigkeit und Ordensvertheilungen, bei welchen besonders auch die Berliner Polizei von Seiten des russischen Kaisers bedacht worden war.

Nach der Abreise der hohen Häupter schien Berlin wie verödet, und diejenigen, denen Beruf oder Mangel an Geldmitteln es verboten, eine sogenannte Badereise zu machen, würden, bei lebhafter Erinnerung des so schnell entschundenen Glanzes, vor langer Weile gestorben sein, hätten sie nicht in den öffentlichen Blättern die

herrlichste Unterhaltung gefunden. Zuerst die Reise des russischen Kaisers und seiner Gemahlin, dann die des Großfürsten Thronfolgers, die Beschreibung der Anstalten und die Vorbereitungen zu ihrem Empfange, die endlosen Babelisten, und dann die großen Vorrichtungen, welche zur Krönung des österreichischen Kaisers zum König der Lombardei gemacht wurden. So unterhielten sich die genügsamen Leute in der Hauptstadt und in den Provinzen, hörten von Zeit zu Zeit einige Stoßseufzer aus Köln und Posen, oder wirkliche Klagen aus Ostpreußen, bis sich endlich der Sommer seinem Ende nahte, wo theils die Militärfeste bei Magdeburg, theils die Ankunft der russischen Herrscherfamilie in Potsdam wieder neues Leben hervorriefen. Diesmal waren auch die beiden russischen Großfürstinnen ihren erlauchten Eltern entgegengerieft; sie trafen sich in Potsdam, und da der Kronprinz von Bayern auch dort anlangte, und, wohl zu merken, der

russische Kaiser längere Zeit in Bayern gewesen war und sich dort besonders über die Artillerie sehr belobigend ausgesprochen hatte; so verkündigte man als lautere Wahrheit: der Kronprinz von Bayern würde sich mit einer der russischen Großfürstinnen verloben. Daß dieß unbedingt geschehen müsse, darauf hätte damals Jedermann einen körperlichen Eid abgelegt, jetzt aber weiß die ganze Welt, daß es nicht geschehen ist. Man sieht daraus, daß es gut ist, die Zeit abzuwarten, und ihr nicht mit seinem Urtheile vorzugreifen. Uebrigens dauerten diesmal die Festlichkeiten nicht lange, die russische Herrscherfamilie reifte ab; es trat die alte Ruhe wieder ein, und man wandte sich nun mit allem Ernste besonders den kirchlichen Dingen zu.

Während sich die preussische Regierung hiermit fast ausschließlich beschäftigte und noch beschäftigt, hat sie noch außerdem zwei Schritte gethan, die in der deutschen Welt mit allgemeinem Beifalle

aufgenommen worden sind. Zuerst hat der König durch eine besondere Kabinettsordre das Gesetz aufgehoben, welches bisher der studirenden Jugend Preußens den Besuch fremder Universitäten untersagte, und dann hat das preussische Cabinet in Verbindung mit dem österreichischen, eine ernste Note an den König von Hannover ergehen lassen, worin dieser an seine Pflicht als Mitglied des deutschen Bundes und zugleich daran erinnert worden ist, seinen Unterthanen keine Veranlassung zur Unzufriedenheit zu geben.

Dieser, in jeder Beziehung wichtige Akt führt uns auf die Verhältnisse Hannovers, die, wie wir bereits am Anfange dieser Blätter gesehen haben, eben nicht sehr beneidenswerth waren und eine düstere Zukunft erwarten ließen. Die Absendung der sieben Göttinger Professoren (Dahlmann, Abrecht, Ewald, Weber, Gervinus und Jakob und Wilhelm Grimm) und die Verweisung einiger derselben aus dem Königreiche hatte

Göttingen in tiefe Trauer versetzt, die nicht etwa eine vorübergehende war, sondern sich aller Gemüther so dauernd bemächtigte, daß selbst, zum größten Leidwesen der tanzlustigen Damen, die sonst üblichen Weihnachtsbälle großentheils unterblieben oder doch höchst sparsam stattfanden.

Indeß Göttingen war nicht allein mit Trauern-
den und Wehklagenden angefüllt, nein im ganzen
Lande herrschte eine drückende Stimmung, die
sich auch der Beamten- und Militärwelt mit-
theilte, als die Regierung mit neuen Gesetzen,
besonders mit einer sogenannten Kleiderordnung
hervortrat. Diese Kleiderordnung setzte nicht nur
eine bestimmte Uniform für die Civildienerschaft
und Ritterschaft fest, sondern sie bestimmte auch,
daß sich jeder diese, genau vorgeschriebene Klei-
dung bis zum 15. Februar für sein Geld ange-
schafft haben sollte. Der letzte Punkt war für
Viele ein Stein des Anstoßes, ja ein fast
unüberwindliches Hinderniß für den, der bereits

bei seinem Schneider gut angeschrieben stand und im Voraus überzeugt war, er würde den Hartherzigen zu keinem neuen Kredit bewegen. Und doch war er genöthigt, Schulden zu machen, er mußte in diesen saueren Apfel beißen, und konnte sich vielleicht nur mit dem Gedanken trösten, daß eben diese Schulden mit der Erfüllung seiner Dienstpflicht im engsten Zusammenhange ständen.

Für die Militärpersonen lag der Grund zur Unzufriedenheit theils auch in der Kleidung, denn die rothen Uniformen, für die hannöversche Armee eine große geschichtliche Erinnerung, sollten dem solideren, preussischen Dunkelblau weichen, mehr aber noch in der grausamen Verfügung, daß den Offizieren in Zukunft nur ein 14tägiger Urlaub gestattet sein sollte. Wer ihn auf längere Zeit ausgedehnt haben wollte, dem stand der Verlust seines Solbes auf ein halbes Jahr bevor, und wem es gar einfiel, um einen Urlaub auf sechs Wochen zu bitten, der sollte zwar nicht vergeb-

lich gebeten haben, aber ein ganzes Jahr hindurch keinen Groschen Sold erhalten. Wie niederschlagend diese Bestimmung für die Offiziere sein mußte, bedarf eben nicht ausführlicherer Erörterung, denn der Sold eines Offiziers ist so knapp zugemessen, daß man eher einen weißen Raben als einen Lieutenant finden wird, der im Stande ist, bei seinem kärglichen Gehalte noch zu sparen. Wer nicht von den Eltern oder Angehörigen Zuschuß und nicht, wie das bisher in Hannover üblich war, die Aussicht hatte, als Beurlaubter jährlich eine Zeit hindurch im elterlichen Hause zu leben, der mußte Schulden machen. Uebrigens kann ein Lieutenant in dieselbe Verlegenheit kommen, in welche zufällig die hannoversche Civildienerschaft gekommen war, d. h. Ehre und Dienstpflicht können ihn zum Schuldenmachen zwingen, wobei wir nur an die Diners oder Abschiedsmähler oder Bälle erinnern, die einem verdienstvollen Obristen oder General

einmal Ehre halber gegeben werden müssen, dann aber auch, um das große Verdienst anzuerkennen, daß er für Gott, König und Vaterland gefochten habe. Solche erhabene und zweckmäßige Schmausereien darf nicht gut ein Offizier veräumen, und wenn ihm die Mittel dazu fehlen, so muß er sich Ehre halber bemühen, sie herbeizuschaffen.

So war also durch erlassene Gesetze und Verordnungen die Civil- und Militärwelt Hannovers nicht in der besten Laune, diejenigen ausgenommen, welche so viel Geld und so ausgezeichnete loyale Gesinnungen besaßen, daß jene äußere Moral mit dieser inneren nicht in Widerspruch kam. Damit nun denen, die etwa gegen diese Gesetze unterthänige Vorstellungen einreichen würden, hierzu wenig oder gar keine Zeit gelassen werde, so folgte ein Gesetz dem anderen, und sämtliche trugen den Charakter an sich, die guten alten Tage der Adels Herrschaft, der Jöypfe

und Rohrstöcke, der Leibeigenschaft, und wie die Dinge und Institute alle heißen, die dem Mittelalter und dem vorigen Jahrhundert solchen eigenen Reiz verliehen, wieder einzuführen. Es sollte ganz besonders das alte Unterthänigkeitsverhältniß und mit diesem die Rechte des Adels, als der Stütze des Thrones, wieder hergestellt werden, und in Bezug auf das Erstere erschien denn auch alsbald eine Verordnung, in welcher die bisherigen Staatsdiener in Königliche Diener umgetauft wurden, mit der Erklärung, daß Staatsdiener und Königliche Diener ein und dasselbe seien. Auf den Namen kommt im Allgemeinen nicht viel an, daß er aber im vorliegenden Falle eine tiefere Bedeutung hatte, ging daraus hervor, daß dieselbe Verordnung zugleich auch alle königlichen Diener des, auf das aufgehobene Staatsgrundgesetz geleisteten Eides entband. Eine solche Verordnung erinnerte recht lebhaft an den Ablasshandel, nur daß hier für

die Eidesentbindung kein Geld, sondern blinder Gehorsam für das verlangt wurde, was etwa nach jener Eidesentbindung noch Alles gefordert werden sollte.

Während solchergestalt durch diese und ähnliche Gesetze das Kabinet deutlich offenbarte, was es eigentlich bezwecke, ward rastlos an dem Entwurfe zu der neuen Verfassung gearbeitet, mit deren Berathung die Stände beauftragt werden sollten. Man kehrte sich während dieser Arbeit an vielerlei Ausbrüchen des Unwillens sehr wenig, und das Volk selbst blieb eigentlich in den Schranken, weil man immer noch der Meinung war, die Stände würden kräftig gegen alle diese Akte der Willkühr einschreiten. Endlich erschien am 7. Januar die königliche Verfügung, welche die Stände von 1819 einberief. Als Eröffnungstermin ward der 20. Februar angesetzt. Mit dieser Ständeeinberufung gab das Kabinet das Signal zu der lauterer Aeußerung der Volks-

meinung, die sich jedoch schon vorher laut genug durch die Weigerung, die Huldigungsreversale zu unterschreiben, ausgesprochen hatte.

Es begann nun bei den Wahlen sich ein eigener Geist zu regen. War eine Wahl irgendwo zu Stande gekommen, oder stand sie auf dem Punkte, zu Stande zu kommen: so erhob sich ein energischer Mann, legte dagegen Protestation ein und erklärte den Wahlakt für null und nichtig. Man berief sich hierbei, und zwar mit gutem Rechte, daß nur nach der Verfassung von 1833 gewählt werden könne, da diese aber aufgehoben sei, so könne eben kein Wahlakt vollzogen werden. Solches geschah in vielen Städten, und oben an vor allen Korporationen stand Ösnabrück, dessen Gemeinderath sich des Rathes eines tüchtigen, vielerfahrenen Mannes, des berühmten Stüve erfreute. Protestationen folgten auf Protestationen, und obgleich die Regierung in einigen Städten ihren Willen durchsetzte, und

diese namentlich mit der Drohung zwang, ihnen die stehende Garnison zu entziehen, mehreren auch wirklich die Garnisonen entzog: so waren diese Zwangsmaßregeln doch nicht hinreichend, um den Geist der Unzufriedenheit auch nur einigermaßen zu unterdrücken.

Unter solchen Austritten und Umtrieben rückte der 20. Februar heran und es erfolgte zwar von Seiten des Königs eine pomphafte Eröffnung der Stände zu Hannover, aber die eigentliche Ständerversammlung selbst sah in Bezug auf die Zahl der versammelten Mitglieder sehr kläglich aus. Nicht so verhielt es sich mit der Stadt Hannover selbst, denn nach derselben waren noch vor der Eröffnung der Kammern zahlreiche Streitkräfte zusammengezogen worden, so daß Viele glaubten, man wolle die ankommenden Deputirten mit vollständiger Janitscharen-Musik begrüßen.

Hätte man wirklich diese Absicht gehabt, so würden die Begrüßungsanfaren oder sonstige Musikstücke kein Ende genommen haben, denn die Deputirten zogen sehr sparsam ein, weil sich viele Städte direkt weigerten, überhaupt einen Abgeordneten zu schicken. Von denjenigen jedoch, die wirklich angekommen waren, mußte alsbald wieder ein Theil die Stadt, oder wenigstens die Ständerversammlung verlassen, denn da sie theils aus eigenem Willen den Entschluß gefaßt hatten, gegen die Aufhebung der Verfassung von 1833 zu protestiren, theils hierzu von denen, welche sie zur Vertretung ihrer Willensmeinung und ihres Rechtes abgesandt, besonders beauftragt waren.

Auf diese Weise hatte das Ständehaus lange Zeit hindurch die größte Aehnlichkeit mit einem Bienenkorbe; Deputirten kamen und zogen davon, denn es geschah, daß einige Wahlen zu wiederholten Malen verworfen oder kassirt, anderen

Gewählten aber der Urlaub von ihren Dienstgeschäften verweigert wurde, was dann nicht ganz wie eine Wahlverwerfung ausfiel, aber doch eine war. Als man endlich in solcher Zahl beisammen war, um gesellig an sich selbst die Frage richten zu können: „Was wollen wir — und wer sind wir denn eigentlich?“ — da ging der wahre Skandal erst an. Dem Willen des Königs zufolge sollten sie, als Abgeordnete des Volks, die neue Verfassung beraten, indeß sie sahen ein, daß sie keine Volksvertreter seien, denn diese konnten nur nach der, von allen anerkannte Verfassung von 1833 gewählt werden. Da sie sich nun nicht für Deputirte hielten, so sprachen sie sich auch das Recht ab, irgend einen Gegenstand, am allerwenigsten eine Verfassung zu beraten.

Dieses Hin- und Herreden dauerte einige Wochen, da wurde dem Kabinette die Zeit lang, und es erschien ein königliches Schreiben, welches

diesem schwankenden Zustande ein Ende machen sollte. In diesem Schreiben hieß es ganz kurz: „daß die, den Unterthanen vortheilhaften Grundsätze der neuen Verfassung auch dann zur Anwendung gebracht werden sollen, wenn die Allgemeine Ständeversammlung sie nicht annehme.“ — Jetzt fielen denjenigen, die bisher Schuppen auf den Augen gehabt hatten, diese plötzlich herab, sie sahen die ganze Ständeversammlung für ein Marionettenspiel an, und ohne Zweifel hätte gleich nach dem erwähnten königlichen Schreiben die Mehrzahl von ihnen den Ständesaal und nach diesem die Residenzstadt Hannover verlassen, wäre nicht glücklicher Weise, nach langen vergeblichen Anstrengungen, der Deputirte der Stadt Göttingen, der wackere Hugo eingetroffen. Auf den ersten Blick erkannte er die Lage der Dinge, brachte es aber durch kräftige Worte dahin, daß sämtliche Mitglieder, mit Ausnahme von zweien, erklärten: sie wären, streng genommen, zwar

keine Stände, aber als Landesdeputirte hätten sie das Recht, das zu berathen, was zum Besten des Volks diene.

Man glaubte auch, nach dieser freisinnigen Erklärung würde eine energische Thätigkeit der Stände eintreten, allein die das glaubten, bedachten nicht, wie schwer es selbst einem energischen Manne wird, seine Meinung zur allgemein gültigen zu erheben. Wir wollen hiermit nicht gesagt haben, daß jene wackeren Männer der hannoverschen Kammer, welche mit Kraft und Entschlossenheit, ohne alle Furcht, ja ohne auch nur im mindesten an sich und ihre Privatverhältnisse zu denken, für das Recht fochten und immer nur die Wiederherstellung der vernichteten Verfassung im Auge hatten, ihre kostbare Zeit mit unnützer Streitigkeit hingebracht, nein, sie fanden Widerstand an den Freunden des Cabinets und an denen, die aus zu weit getriebener Aengstlichkeit keinen Entschluß fassen können, auch

wenn sie sich im Rechte befinden. Dies offenbarte sich übrigens sehr deutlich bei der Berathung der Antwortadresse, die unter den obwaltenden Umständen nicht anders als „lebern“ ausfallen konnte. Sie war ohne Kraft und Saft, wie eine Spitalsuppe, und durfte höchstens als Beweis dienen, daß man es auch in Hannover aus dem Grunde verstehe, mit vielen Worten Nichts zu sagen. In der ersten Kammer, obgleich dort viele Freunde des alten Feudalismus saßen, fand sich auch kein bestimmter Wille, und fast lächerlich schien es, als die dort sitzenden Herren sich ernstlich bemühten, eine Erklärung zu geben. Sie wollten, wenigstens Einige von ihnen, das, was durch den Willen des Königs geschehen war, nicht verwerfen, aber sie wollten es auch nicht direkt gut heißen. Das war in der That eine arge Verlegenheit, aber die Hoch- und Hochwohlgeborenen wußten sich zu helfen; sie nahmen zum Zartgefühl ihre Zu-

sucht und erklärten: „Wenn es Sr. Majestät, dem Könige, zugemuthet werden könnte, das, was Allerhöchstdieselben einmal auszusprechen geruhten, zurückzunehmen, so würden sie ohne Weiteres einige Einsprüche gegen die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes erheben.“ Das war in der That eine sehr delikate Erklärung, und diejenigen Mitglieder der ersten Kammer, welche dieselbe eine auf Schrauben gestellte nannten, bekundeten damit, daß sie von sogenannten geschraubten Erklärungen äußerst mangelhafte Begriffe hatten.

Während solchergestalt von den Ständen nichts geschehen war, auch nichts geschehen konnte, hatten sich in den beiden ersten konstitutionellen Staaten des südlichen Deutschland, in Württemberg und Baden, wo gerade außerordentliche Landtage, hier der Eisenbahn, dort eines Strafgesetzes wegen, zusammengerufen worden waren, kräftige Stimmen für die Wiederherstellung der

vernichteten Verfassung Hannovers erhoben, und besonders war es in der badischen Kammer der freisinnige und beredte Deputirte von Ixstein, der in einfachen und kräftigen Worten daran mahnte, daß die Vorgänge in Hannover nicht Hannover allein, nein daß sie das gesammte konstitutionnelle Deutschland angingen, und daß, wolle man nicht den Vorwurf strafwürdiger Gleichgültigkeit gegen die heiligsten Interessen auf sich laden, es Pflicht sei, auf gesetzlichem Wege bei der hohen deutschen Bundesversammlung dahin zu wirken, daß sie einschreite und den früheren Rechtszustand in Hannover wiederherstelle.

Solche Worte waren freilich einigen Ohren nicht angenehm zu vernehmen, indeß die Mehrzahl des deutschen Volks begrüßte sie um so mehr mit Jubel, da sie nichts weiter als Gerechtigkeit forderten, und denen, die da wähten, es sei der Gemeingeist unter den Deutschen hinübergeschlummert, die Ueberzeugung gaben, es fehle nicht an

Männern, welche, die hohe Würde der Gesetzlichkeit anerkennend, für sie und durch sie geschirmt in die Schranken treten würden. Ganz besonders aber richtete die Art und Weise, wie man sich überall, wo nicht absolute Hindernisse obwalteten, der hannoverschen Sache annahm, die muthlosen Gemüther in Hannover selbst auf, und man hoffte, der Bundestag werde sich zu Gunsten des Staatsgrundgesetzes aussprechen.

Es dauerte auch nicht lange, so waren im Königreiche Hannover verschiedene Gerüchte dieser Art in Umlauf, die, wie natürlich, bis in die höheren und höchsten Kreise drangen und hier nicht mit sonderlichem Gefallen aufgenommen wurden. So hieß es unter anderm: „man habe sich von Seiten eines mächtigen süddeutschen Hofes dahin ausgesprochen, daß die Bundesversammlung, einmal mit der Sache befaßt, sich nicht dem staatsgrundgesetzlichen Rechtszustande zuwider aussprechen könne.“ — Mit an-

deren Worten und nicht in diplomatische Baumwolle gewickelt, hieß das ungefähr so viel als: sollte man sich von Seiten des Bundestages mit der hannoverschen Sache beschäftigen, so könne man unmöglich den Grundsätzen des anerkannten deutschen Staatsrechts entgegen handeln, sondern man müsse den König von Hannover als Mitglied des deutschen Bundes auffordern, seiner Pflicht nachzukommen und sich dem angenommenen Gesetz zu fügen. —

In den höchsten Kreisen zu Hannover erkannte man auch sehr gut, daß solche Gerüchte noch ansteckender seien als die Cholera, und deshalb hatte man nichts Eiligeres zu thun als der Polizei den Befehl zu geben, den Urheber des vorhin erwähnten Gerüchts, „daß ein mächtiger süddeutscher Hof u. s. w.“ — auszuspiiren und selbigem, wenn man seiner habhaft werde, eine stille Wohnung anzuweisen. Einer deutschen Polizeibehörde einen solchen Befehl zu geben, ist an

sich schon sonderbar, aber noch sonderbarer ist es, wenn man glaubt, daß sie ihn wirklich ausführen könnte. Es giebt zwar recht kluge und pffiffige Leute unter den Polizeibeamten, und in Deutschland giebt es auch einige Staaten, wo eben diese Beamten Gelegenheit erhalten, ihre Naturgaben oder erlernten Künste auf erlaubte und unerlaubte Weise auszubilden und zu erweitern: aber so weit haben es die Herren, Gott sei Dank! — noch nicht gebracht, daß auch die Gedanken in des Herzens verborgensten Tiefen von ihnen erspäht würden. Sie sind zoll- und polizeifrei, und das war damals und ist auch noch in Hannover der Fall, und aus diesem Grunde blieben die polizeilichen Bemühungen vergebens und der Urheber jenes Gerüchts ward nicht entdeckt.

Inzwischen war man endlich in der zweiten Kammer auf das Thema gekommen, worüber vor allen Dingen berathen werden sollte, nämlich

auf die neue Verfassung, die sehr viel anmuthige Paragraphen enthielt und lang genug war, um ein Königreich und die darin wohnenden Unterthanen oder Staatsbürger glücklich zu machen. Indes gerade bei dieser Berathung stieß man wieder auf dasselbe Hinderniß, welches sich schon bei einigen oder fast allen Wahlen gezeigt hatte. Man hielt sich nämlich nicht für befugt oder kompetent, über die Verfassung zu berathen, denn dazu, meinte man, seien nur wirkliche, nach einem bestehenden Staatsgrundgesetze gewählte Abgeordneten befähigt, diese seien sie aber nicht, und folglich stehe es auch nicht in ihrer Macht, den ihnen vorgelegten Verfassungsentwurf zu prüfen. Hierüber ward heftig gestritten, bis man auf den Gedanken kam, diese ganze Frage auf sich beruhen zu lassen.

Sedoch fehlte viel, daß alle Abgeordneten diese Ansicht theilten, im Gegentheil, einige eiferten sehr heftig dagegen, und unter diesen besonders

Hugo und Honstedt, die auch, als sie sahen, daß ihre Ansichten nicht die Mehrheit der Stimmen erhielten, den Ständesaal verließen und sofort von Hannover abreisten. Die zweite Kammer gerieth darüber in einige Verlegenheit, wenn sie überhaupt noch in Verlegenheit gerathen konnte, und um doch etwas zu thun, richtete sie an das Kabinet ein Schreiben, das war nicht kalt und nicht warm, nicht süß und nicht bitter, sondern mehr ein räthselhaftes Ding, in welchem mit Umschweifen erklärt ward: man hoffe, diejenigen Korporationen, welche noch keine Deputirten gewählt (und deren gab es noch eine ziemliche Anzahl), würden bald zur Wahl schreiten; diejenigen aber, deren Wahlen höheren Orts kassirt worden waren, würden sich zu neuem bequemen. Ohne Zweifel wollte man mit diesem Schreiben nur andeuten, man könne jetzt über die Verfassung nicht berathen, da die Zahl der Deputirten noch lange nicht vollständig sei. Viel-

leicht hatte man auch die Absicht, auf diese Weise eine Vertagung der Stände vorzubereiten. Dem sei nun wie ihm wolle, genug die erste Kammer, welcher dies Schreiben mitgetheilt wurde, billigte es, obgleich der Staatsminister von Schele Alles aufbot, um es zu verhindern.

In der ersten Kammer waren übrigens auch Gesinnungen rege geworden, die man hier zu finden gar nicht vermuthet hatte. Zuerst wollte sie durchaus von dem neuen Staatsgrundgesetz nicht eher etwas wissen, als bis die Aduaten des regierenden Hauses ihre Zustimmung dazu gegeben; dann aber sprach sie ganz offen ihre Bewunderung über die Willkühr aus, daß der König, ohne einmal die Stände zu fragen, einen Steuererlaß*

* Dies war gleich nach der Bekanntmachung des Patents vom 1. Nov. geschehen, und sollte vielleicht nur dazu dienen, dem Volke einen Vorgeschnack von der milden Herrschaft zu geben, die es zu erwarten habe. Der ganze Steuererlaß betrug etwa 100,000 Thlr.

verfügt habe. Ueber dergleichen Reden war Niemand mehr erstaunt als der Kabinetminister von Schele, und als er vergebens darauf wartete, daß sich für das Recht des Thrones unter den Ständes- und sonstigen Herren eine Majorität erheben würde, suchte er allen Widerstand mit einem Schlage zu vernichten und erklärte: „Wenn die Stände hartnäckig bei ihren verkehrten Ansichten beharrten, so würde der König auch ohne Stände regieren können.“ Mit großer Seelenruhe vernahmten die meisten Mitglieder der ersten Kammer diese Worte, und nur acht hoch- und hochwohlgeborene Herren stimmten der Meinung des Kabinetministers bei, wodurch sie zugleich zu erkennen gaben, daß sie selbst keine Meinung hatten.

Man sieht aus dem Gefagten, daß das Kabinet in sofern einen schlimmen Stand hatte, als es überall gegen eine Opposition kämpfen mußte. Vergebens wurde der zweiten Kammer zu wieder-

holten Malen erklärt, daß sie den Zweck ihrer Zusammenberufung ganz aus dem Auge verloren habe. Derselbe sei keineswegs der, die neue Verfassung zu berathen, sondern der, sie anzunehmen. Die Stände, unter denen sich während dieser Streitigkeiten noch der Göttinger Deputirte Hugo befand, meinten dagegen: vernünftige Männer dürften, wollten sie sich nicht zu vernunftlosen Geschöpfen herabwürdigen, nicht Alles annehmen, was ihnen vorgelegt würde, sondern sie müßten vorher prüfen und berathen. — Der Kanzeleibirektor und nachmalige Kabinetstath Feist, ein Mann, der viel Kenntnisse, aber wenig Geistesgegenwart besitzen soll, konnte nicht gut gegen diese Ansicht der Stände etwas einwenden, um aber seiner Pflicht als königlicher Diener nachzukommen, suchte er die Hartnäckigen durch historische Erinnerungen zu bewegen und sich zu dem Göttinger Deputirten Hugo, einem der eifrigsten Vertheidiger des Staats-

grundgesetzes, wendend, sagte er diesem: „er müsse sich um so mehr über seine Widersetzlichkeit gegen den Willen des Königs wundern, da er für eine Stadt spreche, für welche das Haus der Guelfen seit jeher so viel gethan.“ Indes dem dienstfertigen Herrn Leist bekam diese historische Remiscenz sehr übel, denn ehe noch Hugo hierauf etwas erwiedern konnte, nahm der wackere Deputirte Dr. Christiani das Wort, zog ein gedrucktes Blatt aus der Tasche und bat um die Erlaubniß, der Versammlung einen Artikel aus dem Westphälischen Moniteur vom Jahre 1810 vorlesen zu dürfen. Man horchte mit größter Spannung, und Christiani las folgenden, aus Göttingen geschriebenen Bericht: „Heute, wo sich die Universität und die Stadt der Anwesenheit Sr. Majestät des Königs (Hieronymus von Westphalen) erfreute, hatte der Staatsrath Leist, als Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts, die Ehre, Allerhöchstselben

das Korps der hiesigen Professoren vorzustellen, bei welcher Gelegenheit er an Se. Majestät eine Rede richtete, die mit nachfolgenden Worten begann: „„Er. Majestät haben in den wenigen Jahren Ihrer Regierung mehr für Göttingen gethan, als das Haus der Guelfen unter langjährigen Regierungen verschiedener Könige.““ — Diese Worte las der Dr. Christiani dem Herrn Leist vor, und während von allen Seiten her ein schallendes Gelächter erfolgte, standen der Herr Kanzleirath wie ange-donnert, sprachen keine Sylbe und verließen den Saal. —

Auf diese Weise ist der erwähnte Vorfall in öffentlichen Blättern berichtet, aber auch gleich hinterher für erdichtet ausgegeben worden, jedoch geschah das Letztere in so oberflächlicher Manier, daß der Widerruf weit eher für eine Bestätigung gelten konnte. Wie die Sache sich zugetragen, kann als gleichgültig angesehen werden; gewiß ist, daß der

Westphälische Moniteur jenen Artikel enthält, der, ohne daß er nach 28 Jahren noch einmal gelesen wird, zur Genüge beweist, wie es Herr Leist versteht, Zeit und Umstände zum Leisten seiner politischen Ansichten zu machen.

Unterdessen hatte man aber die traurige Erfahrung gemacht, daß die seit sieben Wochen versammelten Stände noch nichts berathen hatten. Sie selbst sahen dieß ein, und mochten in der Stille darauf hinarbeiten, die Verfassung einer Kommission zu überweisen und sich dann zu vertagen. Hierauf wollte sich jedoch das Cabinet nicht einlassen, und ein königliches Schreiben, worin unverhohlen das Mißfallen Sr. Majestät über den schlechten Fortgang der ständischen Berathungen ausgedrückt war, gestattete ihnen zur Erholung einige Osterferien. Die Herren eilten von dannen, um die Passionszeit, die sie bereits durchgemacht hatten, im Kreise der Itri-

gen noch einmal, aber auf eine erhebendere Weise zu feiern.

Die Osterferien der hannoverschen Deputirtenkammer bilden in der Geschichte Hannovers aus dem Jahre 1838 einen höchst wichtigen Abschnitt. Was bis zu dem Eintritt derselben in der Kammer geschehen war, konnte, wenn man es überhaupt für etwas ansehen wollte, in der That wenig Hoffnung bieten, daß die aufgehobene Verfassung wieder hergestellt werden würde. Diejenigen, welche mit ganzer Seele dem Staatsgrundgesetz von 1833 anhängen, brachten es trotz aller Mühe nicht dahin, eine überwiegende Opposition für ihre Ansicht anzuwerben, und da immer noch von vielen Städten die Deputirten fehlten, oder die Gewählten von der Regierung nicht anerkannt worden waren, so war auf eine Mehrzahl opponirender Mitglieder kaum zu rechnen. Noch geringer aber erschien die Hoffnung, daß der deutsche Bund schon jetzt ein entscheiden-

des Wort sprechen würde. Die hannoversche Zeitung jedoch, ein Blatt, in jeder Beziehung so trostlos und öde wie die lüneburger Haide, schickte in Betreff des deutschen Bundes nicht dieser Ansicht zu sein, vielmehr eine Einmischung zu befürchten, und deshalb kam sie oder ihr Redakteur oder Einer ihrer hochgeborenen Mitarbeiter, auf die kühne Idee, den Einwirkungen von Frankfurt aus einen Niegel vorzuschieben. Sie erklärte daher mit vieler Salbung: „hier und da tauchten Meinungen auf, die zu dem bedauerlichen Glauben führten, als würde sich der deutsche Bund in die Angelegenheiten Hannovers mischen. Daran sei aber gar nicht zu denken, denn der deutsche Bund sei ein Fremder, dem es nicht zustehe, einzugreifen in die inneren Verhältnisse der hannoverschen Familie.“

Wie es möglich war, diese Ansicht durch die hannoversche Censur zu bringen, durch die Censur eines deutschen Bundesstaates, der zu Frankfurt seinen

Repräsentanten hat, dort an allen, das gemeinsame Wohl Deutschlands betreffenden Fragen Theil zu nimmt, wie dies möglich war, erscheint uns ein Räthsel. Wäre irgend ein begründeter Tadel über den deutschen Bund ausgesprochen und durch die Presse der Oeffentlichkeit übergeben worden, wir würden uns darüber nicht verwundert, sondern die Freimüthigkeit bewundert haben, aber eine so offenbare Lüge, ein so direktes Ablängnen eines längst bestehenden, allgemein anerkannten Rechts setzte die deutsche Welt und deren Zeitungen in großes Erstaunen, und konnte zu der Vermuthung führen, Hannover wolle sich isoliren und in Deutschland einen Wirkungskreis für sich einnehmen. Es scheint auch fast, als habe der Verfasser jenes wunderbaren Artikels sich dergleichen eingebildet oder wenigstens die Zollvereinigung zwischen Hannover, Braunschweig und Oldenburg, in welche auch recht bald das Fürstenthum Lippe-Bückeburg zum größten Ver-

drusse seiner Einwohner aufgenommen wurde, als den Anfang zu solcher Isolirung angesehen. In-
deß aus diesem Traume ward der Herr oder die hannöversche Zeitung sehr bald ausgerüttelt, und zwar nicht etwa durch andere deutsche Staaten, sondern durch eine muthvolle, dem Rechte und Gesetze gehorsame Korporation Hannovers selbst.

Zu Osnaabrück nämlich kam man zu dem Entschlusse, sich, da man wahrscheinlich in Hannover selbst nicht zu seinem Rechte gelangen würde, mit einer Petition an den deutschen Bund zu wenden. Und siehe, es blieb nicht nur bei diesem Entschlusse, sondern die Männer von Osnaabrück, gut berathen durch den besonnenen und in den Rechten des Landes wohlerfahrenen Stüve, führten diesen Entschluß auch aus, und gaben auf diese Weise ein Beispiel, dem noch eine ziemliche Anzahl anderer Korporationen folgte.

Es ist dieser Schritt von um so größerer Bedeutung, da sich auch gleich darauf unter den, freilich hierhin und dorthin zerstreuten Deputirten der Wunsch regte, sich über die Maßregeln, welche man ferner zu nehmen habe, zu berathen. Dies geschah, und so konnte man hoffen, es werde sich nach den Osterferien eine stärkere Opposition in der Kammer gegen die Regierung erheben. Allein so schnell, wie man dies gehofft hatte, trat es nicht ein; die Mitglieder kehrten nur äußerst sparsam zurück, doch wuchs nach und nach die Opposition zu einer bedeutenden Macht an. Korporationen, die vorher sich zu keiner Wahl entschließen konnten, sandten jetzt Deputirten, und unter diesen Korporationen zeichnete sich besonders der osnabrücker Bauernstand aus. Er wählte den ehrenwerthen Buddenburg zum Abgeordneten und erklärte dabei: „Wir Wahlmänner des Bauernstandes von Osnabrück wählen unseren Deputirten nur deshalb, damit die

jetzige Ständeversammlung vollständiger und die Opposition gegen die Aufhebung der Verfassung stärker werde. Zu solcher Opposition bevollmächtigen wir unseren Deputirten, und damit alle Welt erfahre, wie offen wir zu Werke gehen, so wird unser Deputirter diese unsere Willensmeinung bei seinem Eintritt in die Ständeversammlung auf geziemende Weise kund thun." — Auf solche Weise verfuhr der Bauernstand von Dönnabrück, und daß er so muthig aufgetreten ist in der Zeit der Noth, das gereicht ihm zur Ehre und weist ihm einen würdigen Platz an in der Geschichte des Jahres 1838.

Um diese Zeit trug es sich zu, daß der König große Vorbereitungen zu seiner Reise nach Berlin machte. Man stellte darüber mancherlei Betrachtungen an, wollte auch aus den Voranstalten auf eine längere Dauer dieser Reise schließen. Jedoch hierin irrte man sich, denn von allen in Berlin anwesenden gekrönten Häuptern reifte der

König von Hannover am frühesten ab, und da es in öffentlichen Blättern laut geworden war: „Se. Majestät habe in Berlin für seine Ansichten nicht den gewünschten Anklang gefunden;“ — so wollte man, und wahrscheinlich nicht mit Unrecht, die schnelle Abreise hiermit in Verbindung bringen.

Die Deputirtenkammer war unterdessen zwar nicht unthätig gewesen, doch eben so wenig zu einem gemeinsamen Entschlusse gekommen. Einmal wollte man sich für inkompetent zur Berathung der neuen Verfassung erklären, dann wollte man eine Petition an den Bundestag richten. Der letztere Weg schien derjenige, der am schnellsten zum Ziele führen könne, aber man verhehlte sich auch nicht, daß eben hierzu die allgemeine Zustimmung der Stände nöthig sein müsse. Es sollte und mußte die Beschwerde an den Bundestag eine Beschwerde des Landes sein, welchen Charakter sie ohnmöglich haben konnte, sobald sie

nur von einem Theile der Deputirten ausging. Dennoch stellte sich trotz dieser Unentschiedenheit heraus, daß die Kammer allmählig selbstständiger werde. Mit höchstem Mißfallen bemerkte dies das Kabinet und griff sofort zu dem Mittel, das ihm zu Gebote stand: „es vertagte die Kammern bis auf Weiteres.“ Dies geschah am 27. Juni, nachdem den Tag vorher, den 26. Juni, die neue Verfassung berathen und mit 35 Stimmen gegen 22 verworfen worden war.

Daß die Vertagung bis auf Weiteres kein Ende nehmen würde (denn bis diesen Augenblick hat sie noch kein Ende genommen), ahnte man damals nicht, und weil man dies nicht ahnte, so traf man von Seiten derjenigen Ständemitglieder, welche am entschiedensten die Wiederherstellung des Staatsgrundgesetzes verfochten hatten, Vorkehrungen, um bei Wiedereinberufung der Kammern einen Rückhalt zu haben. Dieser Ansicht gemäß traten 28 Deputirten zu-

sammen und beschloffen eine Petition an den Bundestag. Es vergingen Monate, ehe von dieser höchsten Instanz in allen deutschen Staatsangelegenheiten eine Antwort erfolgte, ja man wußte Anfangs nicht, ob sich der Bundestag überhaupt mit der Sache befassen würde. Hierüber gelangte man jedoch bald zur Gewißheit, allein die Antwort, welche auf die Beschwerdeschrift gegeben wurde, entsprach den Erwartungen der Beschwerdeführenden nicht. „Einzelne Korporationen (hieß es) seien nicht ermächtigt, sich mit Beschwerden über ihre Regierung an den deutschen Bund zu wenden.“ — Hierin liegt der Grundsatz ausgesprochen, daß der deutsche Bund als Vertreter aller deutschen Angelegenheit, eben nur dann einem verletzten Rechtszustande zu Hülfe kommt, wenn hierüber von dem gesammten Volke Klage geführt wird.

Trotz dieser abschlägigen Antwort des deutschen Bundes soll zwar, und namentlich ist davon

in Hannover selbst viel gesprochen worden, eine Aufforderung von demselben an den König von Hannover zur Wiederherstellung der Verfassung ergangen sein, jedoch ist diese Aufforderung nicht öffentlich bekannt geworden. Einige Wahrscheinlichkeit hierfür dürfte darin liegen, daß die Kabinete von Berlin und Wien, wie schon oben bei Preußen einmal erwähnt wurde, energische Noten an das hannöversche Cabinet erlassen haben; wenn man indeß bedenkt, daß den Juristenfakultäten Preußens von Seiten des Ministeriums untersagt worden ist, sich mit einer Begutachtung der hannöverschen Steuerverweigerungsfrage zu beschäftigen: so läßt sich kaum glauben, daß von Seiten Preußens ernstliche Schritte zu Gunsten der Verfassung von 1833 geschehen werden. Dennoch heißt es, das Cabinet würde nichts gegen den Willen des Volks durchsetzen, und freilich hat zu diesem Glauben der Provinzial-Landtag von Bremen und Verden

eine höchst bemerkenswerthe Veranlassung gegeben. Derselbe hat sich mit einer Vorstellung an den König gewandt und ihn um Wiederherstellung des früheren Rechtszustandes gebeten, eine Bitte, die größtentheils von Rittergutsbesitzern ausgegangen ist, aber dennoch gewiß nicht sonderliche Aufnahme gefunden hat.

Damit es aber unserer Zeit nicht an Beispielen fehle, wie der Wille des Menschen auf der einen Seite gezügelt wird durch die Achtung vor Recht und Gesetz, auf der anderen aber aufhört, ein edler Wille zu sein, und zwar deshalb, weil er sich erniedrigt zur Heuchelei, und aus reiner Gewinnsucht entweder die schon erkannte Wahrheit läugnet oder der Wahrheit überhaupt den Rücken wendet; — wir sagen, damit es an solchen Beispielen nicht fehle, siehe, um deswillen erhoben sich in der Stadt Hildesheim sieben Männer, die dachten bei sich und sprachen: „Und dieweil in den Tagen der Trübsal in der

Stadt Göttingen sieben Weise aufstanden, die allta gelehrt an der hohen Schule, darum auch wollen wir uns, sieben an der Zahl, in Hildesheim erheben und aller Welt ein Zeugniß geben, daß wir einen Willen haben und handeln können nach dem Gelüste unseres Herzens."

Diese sieben Männer, die so dachten, heißen Busch, Gehrcke, Hage, Henke, Kasten, Kersten und Kittnagel. Sie machten sich auf den Weg nach Hannover und überreichten daselbst am 11. des Monats December dem Könige eine, von 600 Bürgern Hildesheim's unterzeichnete Schrift, in welcher sie erklärten, „daß sie die, von einem Theile des Magistrats, der Bürgervorsteher und Wahlmänner gethanen Schritte bei der hohen Bundesversammlung zur Aufrechthaltung des Staatsgrundgesetzes weder gebilligt, noch ihre Zustimmung dazu gegeben, sondern daß sie ohne ihr Wissen und Willen allein von jenen geschehen sei.“ — Diese Erklärung ward mit Jubel

aufgenommen, doch derselbe gestört durch die Nachricht, jene 600 Unterschriften seien erkauft worden und zwar das Hundert für 15 Thaler, was, nach Adam Riese, für die Unterschrift 3 gr. 7½ pf. beträgt. Man muß gestehen, einen solideren Preis giebt es kaum, jedoch dient er auch zum Beweise, daß Leute, die für 3 gr. 7½ pf. zu erkaufen sind, weder moralischen Werth noch irgend eine Ansicht haben, und deshalb dürfte es wohl anzunehmen sein, daß dem Beispiele jener hildesheimer Drei-Groschenmänner Keiner folgen werde.

Was nun die übrigen Verhältnisse des Königreichs anbetrifft, so sind diese nur nach dem Willen des Cabinets gemodelt worden. Alles, was geschah, hatte einzig den Zweck, veraltete Zustände wieder einzuführen und ein System zu schaffen, das der Alleinherrschaft nicht hinderlich ist. Hierbei hat man einen Weg eingeschlagen, der, wie geschichtliche Erfahrung beweist, zum

Ziele führen kann. Man will sich nämlich des höheren Adels, der in Hannover von der neuesten Geschichte nicht viel zu wissen scheint, versichern und ihn so eng wie möglich an den Thron fesseln. Zu diesem Ende sind denn auch die Landdrosteistellen nicht nur wieder eingeführt, sondern dieselben auch von den Bürgerlichen gereinigt, ohne dadurch an sich vom Schmutze befreit zu sein. Diese Purifikation der höheren Beamtenwelt hat man mit einer so eisernen Konsequenz betrieben, daß weder Alter, noch Verdienst im Stande waren, den Willen der Regierung zu ändern. Die rechtlichsten, fähigsten und in der Achtung des Volks am höchsten stehenden Männer haben auf diese Weise den Sprößlingen alter Stammbäume weichen müssen, und daher darf man sich nicht wundern, wenn in kurzer Zeit die höheren Kreise Hannovers einem Garten gleichen, der voll von verdorrten und vertrockneten Bäumen weit eher das Bild einer trostlosen

Debe als einer blühenden Flur bietet. Wie können die Sproßlinge alter Stämme, mit alten Säften und alten Wurzeln in einer Erde, die der Geist des neunzehnten Jahrhunderts mit dem Dünger des Fortschreitens geschwängert hat, noch grün werden oder wohl gar Früchte tragen?! Was sie auch immer hervorbringen mögen, es wird nach dem alten Adam schmecken und ungenießbar sein für uns, süntemal geschrieben steht: „Lasset uns abthun den alten Menschen und einen neuen anziehen; und werfet fort den alten Sauerteig, denn er ist zu nichts nütze.“

Aber in Hannover denkt man in gewissen Kreisen an diese Wahrheiten nicht, und wie sehr man sich festgebissen hat in die heillose Idee, den alten Kastengeist wieder herzurufen, dafür giebt ein Bericht der Dorfzeitung vortreffliches Zeugniß. In demselben heißt es: „dem Schenk-wirthe C. P. Artler auf dem vormals Bachhausfischen Landwesen vor dem Gehlenthorn zu Celle

ist die Koncession ertheilt worden, Kaffee und sonstige Getränke für die höheren Stände auszuschenken, wogegen ihm die Bewirthung von Personen aus den geringeren Ständen ausdrücklich untersagt ist.“ Wir enthalten uns über diesen, von der wahrheitsliebenden Dorfzeitung mitgetheilten Artikel aller und jeder Randglosse, erlauben uns aber die Bemerkung, daß in einem Lande, wo solche Koncessionen ertheilt werden, in den höchsten Kreisen Ideen herrschen können, wie sie ein französisches Blatt dem Staatsoberhaupte in den Mund legt. Diesem Blatte zufolge soll nämlich der König von Hannover an zwei große Höfe, die an ihn wegen der Verfassungsangelegenheit geschrieben, den Bescheid erlassen haben: „es sei sein Grundsatz, der Senche des Liberalismus kräftigen Widerstand zu leisten, und darum habe er auch die Konstitution von 1833 aufgehoben. Ueberdies sei er keinem Men-

schen für seine Handlungen verantwortlich, sobald er mit Gott und seinem Gewissen im Reinen sei.“

Einen solchen Bescheid läßt ein französisches Blatt den König von Hannover zwei großen Höfen geben, und obgleich wir davon weit entfernt sind, uns für das Vorhandensein eines solchen Briefes zu verbergen, so geht doch aus dem, bisher befolgten Verfahren des Königs hervor, daß diese, wenn nicht noch grellere Ansichten ihm durchaus nicht fremd sind.

Was unter solchen Umständen die Hannoveraner zu hoffen haben, wenn nicht der deutsche Bund sich des verletzten Rechts annimmt, läßt sich, auch ohne prophetische Gabe, voraussagen; und wer etwa glauben sollte, es könnte vielleicht, ohne alle weitere Einmischung, doch wohl ein Abweichen der bisher angewandten Grundsätze stattfinden, der weiß vielleicht nicht, daß man, um zum Zwecke zu kommen, jedes Mittel er-

greift, selbst wenn dasselbe zum Bruche mit einem mächtigen Nachbar führen könnte.

Will man für diese Behauptung Beweise haben, so beobachte man nur flüchtig das Treiben der Katholiken im Ssnabrückchen. Dort, wo in allen Klassen ein so entschiedener Wille vorherrscht, wo man der Verfassung von 1833 mit unwandelbarer Liebe zugethan ist, läßt man die katholische Geistlichkeit, die freilich mit der Aufhebung des Staatsgrundgesetzes vollkommen einverstanden ist, treiben, was sie will, in der Hoffnung, zwischen Katholiken und Protestanten eine Spannung hervorzurufen, die es dann der Regierung leichter machen würde, über die Widerspenstigen den Sieg davon zu tragen. An das nahe liegende Münsterland, wo Tausende von gläubigen Seelen den Erzbischof von Köln für einen Märtyrer halten und ihn schon jetzt wie einen Heiligen verehren, scheint man nicht zu denken. Oder beschäftigt die angeregte Steren-

verweigerungsfrage das Cabinet so, daß es die billigen Rücksichten gegen Preußen im Drange der Arbeiten außer Acht läßt? Wohl möglich; denn in der That, die Steuerverweigerung scheint kein Spaß, sondern bitterer Ernst zu sein, und dabei befinden sich die Leute im guten Rechte, weil verfassungsmäßig nur die, von den Ständen bewilligten Steuern bezahlt werden sollen. Der Termin für die Steuern ist aber nicht nur schon längst abgelaufen, sondern auch die verfassungsmäßig verlängerte Steuerbezahlungsfrist, die dann eintritt, sobald beim Ablaufe des ersten Termins die Stände nicht versammelt sind, erlischt mit dem ersten Tage des kommenden Jahres, und da keine Stände vorhanden sind, auch nicht zusammengerufen werden: so hält man es von Seiten des Volks für ganz gesetzmäßig, die Steuern zu verweigern. Zeigt nun das Volk in dieser Sache dieselbe Konsequenz, wie bisher die Regierung in Verfolgung ihres Systems, so dürfte

es, um einmal einen shakespeare'schen Ausdruck zu brauchen, lustig hergehen. Die Regierung scheint übrigens schon Anstalten zu treffen, um mit Gewalt die Steuern einzutreiben, und jetzt, nach der Mitte des December, gehen bereits Gerüchte, daß im Osnabrück'schen Verhaftungen vorgenommen und Untersuchungen eingeleitet worden sind. Das wäre freilich sehr schlimm und ließe voraussetzen, daß Hannover das Jahr 1838 eben so traurig beschließen dürfte wie es dasselbe angefangen.

Hiermit könnten wir eigentlich die hannöverschen Sachen für abgethan erachten, indeß wollen wir noch einige Dinge anführen, die in dem Vorhergehenden nicht gut eine Stelle finden konnten. Zuerst erwähnen wir des traurigen Zustandes der Universität zu Göttingen. Dieselbe verlor nach dem Abgange der sieben Professoren, wie dies schon bemerkt ward, eine nicht unbedeutende Zahl Studenten. Man hoffte jedoch,

daß dieser Verlust nach der Besetzung der erledigten Professuren und Lehrerstellen sich wieder ausgleichen würde, allein man täuschte sich. Einmal wollten, wohin man sich auch wandte, die Versprechungen keine neuen Lehrer herbeilocken, und dann fing man an, die Hülfquellen der Universität, namentlich die für die Bibliothek, so arg zu beschneiden, daß sich die Direktion der letzteren genöthigt sah, in einer Vorstellung an das Kuratorium der Universität um Wiederherstellung der entzogenen Fonds dringend zu bitten, ohne daß jedoch diese Bitte auch nur theilweise erfüllt worden wäre. Dabei ist der Mangel an tüchtigen Lehrern so fühlbar geworden, daß die wichtigsten Lehrgegenstände aus dem Verzeichnisse der Vorlesungen wegfallen mußten. Mit dem Mangel an Lehrern nahm aber auch das Verschwinden der Zuhörer zu, und als die Wintervorlesungen von 18³⁸/₃₉ begannen, stellte sich das traurige Ergebniß heraus, daß die Universität

seit dem Abgange der Sieben 253 Studenten eingebüßt, die Stadt aber einen Schaden von etwa 80,000 Thalern hatte, der um so empfindlicher sein mußte, da er die unbemittelte Bürgerklasse traf.

Daß dieser, in der That ansehnliche Verlust auf die Gesinnung derer, die ihn erlitten, bedeutend einwirkte, bedarf nicht noch specieller Ausführung. Er ward, wie man leicht ermessen kann, die Quelle politischer Partheiung, und zwar in der Art, daß diejenigen, welche ihre Stuben nicht vermiethet hatten, sich für die Konstitution, d. h. für das Staatsgrundgesetz 1833, die aber, denen die Wohnungen nicht leer standen, sich für die Anordnungen des Kabinetts erklärten. Solches geschah schon im Anfange des verflossenen Sommers, wie mag nicht jetzt erst die Partheiung gestiegen sein, da jetzt in Göttingen, nach der Angabe glaubwürdiger Berichte, über 400 Stuben unbewohnt sind, da keine Woche

vergeht, in welcher nicht Konkurse öffentlich angezeigt werden; da überall nur über Geldnoth geklagt, die Armuth mit jedem Tage gräßlicher wird. Bedarf es noch größerer Beweise, um behaupten zu können, daß die Verletzung des öffentlichen Rechts störend in alle Verhältnisse eingreift?!

Dennoch ist von Seiten des Kabinetts nur wenig geschehen, um diesem Uebel abzuhelpfen, wiewohl es an mancherlei Gesetzen und Verordnungen nicht gefehlt hat. So erschien eine Verordnung und ward durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht, in welcher Weise die Geburtstage des Königs und der Königin gefeiert werden sollten, auch wurde den Posten, von deren eben nicht großer Schnelligkeit sich der König auf seinen Reisen selbst überzeugte, streng anbefohlen, in Zukunft, sobald Se. Majestät der König reise, die Meile, also 2 Stunden, auf Chausseén in 30 Minuten, auf beschwerlicheren

Begen aber in 40 Minuten, zu fahren, widrigenfalls die Postmeister der betreffenden Stationen dafür bestraft werden sollten.

Es ist hier nur dieser beiden Gesetze Erwähnung geschehen, um zu zeigen, welchen Geist die Verordnungen und Verfügungen, die übrigens so zahllos sind wie der Sand am Meer, athmen. Gesetze und Verfügungen dagegen, welche der Noth und dem Elend, die doch von oben herab gleichsam hervorgerufen waren, steuern sollten, sind uns nicht zu Ohren gekommen, obwohl der König auf seinen Reisen Gelegenheit hatte, sich von den bedauerlichen Zuständen durch eigene Anschauung zu überzeugen.

Ueber diese mehrmaligen Reisen Sr. Majestät, sowie über die glänzenden Feierlichkeiten zum Empfange des Großfürsten Thronfolgers sprechen wir nicht, da die „Hannoversche Zeitung“ diese Begebenheiten auf eine so pomphafte Weise ausgemalt hat, daß wir mit unserer schlichten Dar-

stellung doch weit hinter diesem amtlichen Organe zurückbleiben würden. Eben so wenig vermögen wir ein genügendes Urtheil über die genannte Zeitung zu geben, obgleich uns der Vorwurf, daß wir auf sie aus Brodneid eifersüchtig wären, nicht gemacht werden kann. Vielleicht läßt sich daraus, daß ihre Abonnenten sich mit Riesenschritten vermindern, am besten ein Schluß auf ihren Charakter machen, wenn nicht, was indeß die Redaktion der hannöverschen Zeitung wohl glauben mag, die Bildung an sich im Hannöverschen so im Abnehmen ist, daß man an den wohldurchdachten Artikeln des Blattes keinen Geschmack mehr findet. Das kann man übrigens der hannöverschen Zeitung nachsagen, daß sie sich in diesem Jahre, wie überhaupt seit der Thronbesteigung des Königs Ernst August, nicht mit freisinnigen Ideen befaßt hat, entweder aus innerer oder aufgedrungener Abneigung gegen diesen Stoff, oder aus Furcht, derselbe möchte

auf dem Lösspapier, dessen sie sich bedient, gleich durch und durch zu sehen sein.

Mit diesem Stoßseufzer scheiden wir von Hannover, überlassen es dem Leser, sich bei dem und über das, was wir mitgetheilt, das Seinige zu denken, und wenden uns dem benachbarten Kurhessen zu, wo übrigens, wie man glaubt, in den höheren Kreisen das hannoversche Regierungsverfahren sehr große Verehrer haben soll. Von Kurhessen läßt sich in der That wenig berichten, wiewohl dieser Staat vor allen konstitutionellen Staaten Deutschlands dadurch ausgezeichnet ist, daß er nur eine Kammer besitzt und also weit weniger mit dem Sprichworte zu kämpfen hat: „Viele Köche verderben den Brei.“ —

Indeß trotz dieses Ein-Kammer-Systems hat doch die kurfürstliche, oder gegenwärtig kurprinzliche Regierung mit dieser einen Kammer, oder umgekehrt diese eine Kammer viel mit der kur-

prinzlichen Regierung zu kämpfen, und zwar wegen einer Erbschaftsangelegenheit, die sich nunmehr über vier Jahre hinschleppt und bis diesen Augenblick noch nicht ausgeglichen ist. Dieser Erbschaftsstreit betrifft die Einkünfte aus den Besitzungen des erloschenen Hauses Hessen-Rothenburg, welche das regierende Haus, als zum Hausfideikommiß gehörig, in Anspruch nimmt, während die Stände behaupten, daß diese Einkünfte dem Lande zu gute kommen müssen. Darüber wird gestritten und dies ist die sogenannte rothenburger Angelegenheit, mit der, wie in der Regel bei Geldgeschäften, man nicht zum Ziele gelangen kann.

Die vorlezte Ständeversammlung hatte den ernstestn Willen, die rothenburger Frage zu Ende zu bringen und damit das gespannte Verhältniß zwischen der Regierung und der Kammer auf einmal zu beseitigen. Dieser Entschluß von Seiten der Stände und dann die Ansichten der Re-

gierung, die diesem Entschlusse immer in den Weg traten, waren die Ursache, daß sich der Landtag ungewöhnlich ausdehnte, tüchtig Diäten gezahlt werden mußten und doch nichts zu Stande kam. Zwar ward zwischen den Abgeordneten des kurfürstlichen Hauses und den Mitgliedern des ständischen Ausschusses eine Konferenz gehalten, aber wie so viele Konferenzen, so war auch diese vergebens, und mag vielleicht noch die Spannung vermehrt haben. Sehr rühmlich war es, daß nach dieser fruchtlosen Verhandlung ein hessischer Patriot seinen Gefühlen in dem Frankfurter Journal und zwar in einem Korrespondenzartikel von der Fulda Luft machte.

Dieser gefühlvolle, sentimentale Vaterlandsfreund verglich jene fruchtlose Konferenz mit der Zusammenkunft zweier Liebenden, die sich vor gegenseitiger Zuneigung gar nicht zu lassen wissen, aber so dumm oder so ängstlich sind, daß sie sich ihre Liebe nicht gestehen wollen. Eine

Mittelsperson muß erst den Pfad bahnen, auf welchem sich dann die Herzen mit stürmischer Gluth entgegen kommen und ein Bündniß für die Ewigkeit schließen. Für solche Mittelsperson sah sich nun jener Korrespondent an und machte Vorschläge zu einer Annäherung, die er auf eine komische Weise einleitete. Er appellirte nämlich an die Liebe der Hessen zu ihrem angestammten Fürstenhause und sagte dann: sie möchten in dieser Liebe weder den Badnern noch Bayern nachstehen, sondern wie diese handeln, und wenn sie das thäten; so würde sich in Kurhessen das schönste Band der Eintracht um Fürst und Volk schlingen.

Nachdem der Fuldaer Korrespondent auf diese Weise die Herzen gerührt hatte, rückte er mit seinen Vorschlägen für die Liebenden, d. h. für Konferenzmitglieder, an und erklärte ihnen: sie möchten von den 60,000 Thalern jährlicher Einkünfte aus den rothenburgischen Domänen 40,000

Thaler zur Erhöhung der Civilliste verwenden, die anderen 20,000 Thaler aber der Frau Gräfin von Schaumburg geben, die dadurch, im Fall ihr erlauchter Gemahl stürbe, zu einem ansehnlichen Wittventhum käme. Beseitigte man den Streit auf diese Weise, so würden die Wünsche aller edlen Vaterlandsfreunde erfüllt werden.

Es gehört sehr wenig Verstand dazu, um einzusehen, daß sich der Fuldaer Korrespondent niemals ärger blamiren konnte als mit diesem Vorschlage, ja es erschien besagter Vorschlag so lächerlich, daß man es nicht einmal der Mühe werth hielt, etwas darauf zu erwiedern.

Um allerwenigsten nahmen die Stände auf diesen Vorschlag Rücksicht, sie blieben vielmehr bei der Behauptung, die Einkünfte aus den rothenburger Domänen seien Staatsgut und müßten dem Finanzminister verrechnet werden. Uebermals nahm nun die Regierung eine Revision der ganzen Sache vor, gewiß aber nicht in der Absicht,

um dadurch eine andere Meinung über den Handel an sich, sondern um Zeit zu gewinnen, während welcher es vielleicht möglich schien, die Stände auf andere Ideen zu bringen. Das Bessere gelang nicht, und so gab denn auch die Revision ein Resultat, das man schon kannte, nämlich: das kurfürstliche Haus könne seine Ansichten über die rothenburger Domänen nicht ändern; sie seien Eigenthum des Hauses und dürften demselben nicht entfremdet werden.

Hiergegen protestirten die Stände, erfuhren aber sogleich das Schicksal alles Irdischen. Sie wurden am 10. März aufgelöst und mußten sich gestehen, daß ihre lang dauernden Sitzungen zu Nichts geführt hatten. Man meinte allgemein, eine Einberufung der Stände würde erst nach Verlauf von 6 Monaten eintreten, allein in höheren Kreisen mochte geglaubt werden, daß die Wähler es sich doch auch angelegen sein lassen würden, durch Wahlen, wie man sie höheren

Orts wünschte, eben diesem höheren Orte sich dienstwillig zu erweisen. Um deswillen ward, da der Unwille der Regierung mit den Ständen noch neu war, schon zum 18. April ein neuer Landtag einberufen, auf dem sich jedoch, wie aus den Wahlen zur Genüge hervorging, derselbe entschiedene Geist des Widerspruchs kund geben würde.

Für diesen neuen Landtag gab es übrigens außer der rothenburger Knackmandel noch eine andere Nuß für die Herren Deputirten zu knacken, und zwar eine sehr harte Nuß, denn es handelte sich dabei um Geld. Es war nämlich den Standesherrn der kurhessischen Kammer sowie den Prinzen des Hauses das Erscheinen auf den Landtagen längst lästig gewesen, theils weil sie dadurch in ihren Jagd- oder sonstigen Vergnügungen gestört wurden, theils weil es ihnen zu viel Geld kostete. Da sie aber doch nicht ganz ohne Kenntniß über die zu verhan-

delnden Angelegenheiten bleiben konnten, auch ihre Rechte vertreten haben wollten: so stellten sie, besonders auf Anrathen des vormaligen Ministers Hassenpflug, Stellvertreter, wozu diese nunmehrige Excellenz außer Dienst, d. h. außer kurhessischem Dienst, Militär- und Civilbeamte nahm, die keine Diäten, sondern nur Urlaub von ihren Dienstgeschäften erhielten und sich ein wahres Vergnügen daraus machten, gleich gereizten Kampfhähnen mit und ohne Sporen für das Interesse der Regierung aufzutreten. Bei diesen Bestrebungen zeigten Einige einen solchen Eifer, daß es von der Excellenz Hassenpflug höchst unbillig gewesen wäre, hätte dieser Eifer nicht noch andere als wörtliche Anerkennung gefunden. Es sollten auch Geldbelohnungen gespendet werden, und deshalb trat Hr. Hassenpflug mit der Anforderung auf, jenen Stellvertretern der Prinzen und Standesherrn eben so

gut Diäten zu geben wie den vom Lande gewählten Deputirten.

Hatte der Hr. Minister nicht an die Verfassung gedacht oder waren ihm einige Paragraphen derselben entfallen, oder glaubte er, die Stände würden sich nicht so genau um das Staatsgrundgesetz bekümmern, genug er stellte jenen Antrag, mußte aber nicht nur mit demselben mit langer Nase abziehen, sondern ihm wurde zugleich das Verfassungswidrige desselben vorgehalten und er auf den §. 88. der Verfassungsurkunde verwiesen, in welchem ganz deutlich zu lesen war: „Die Mitglieder der Ständeversammlung, mit Ausnahme der Prinzen des Kurhauses sowie der Standesherrn, erhalten angemessene Reise- und Tagegelder.“

In angeführter Weise hatte bereits dieser Diätenantrag unter dem Minister Hassenpflug, der seit längerer Zeit dem undankbaren Hessen den Rücken gekehrt, eine heftige und zugleich gesetz-

liche Opposition gefunden und war beseitigt worden. Dennoch holte ihn jetzt die Regierung wieder hervor, entweder um zu prüfen, wie viel sie den Ständen wohl bieten dürfe, oder um zu sehen, ob die Paragraphen der Verfassung stärker seien als ihr Wille. So brach denn gegen die Stände ein doppelter Sturm los, nämlich die rothenburger Angelegenheit und die Diätengeschichte, welche Letztere sehr eifrig von denen verfochten wurde, die nach errungenem Siege gefüllte Beutel als Beute davon zu tragen mit Gewißheit hofften. Indes in der kurhessischen Kammer giebt es achtungswerthe Leute, vor denen man ehrerbietig den Hut abziehen muß, und diese ließen sich weder durch Gewehrfeuer noch durch großes Geschütz aus der Fassung bringen, sondern wiesen den Diätensturm so entschieden ab, daß die Freude derer, die schon die Tage- und Reisegelder in der Tasche zu haben glaubten, in Traurigkeit verwandelt wurde.

Man erklärte hierbei sehr bestimmt: Die Ständeherrn sollten die Kammer selbst besuchen, wenn sie das aber nicht wollten, so könnten sie es freilich bleiben lassen, aber die Forderung, daß Land solle sie in ihrer Bequemlichkeit unterstützen, stände ihnen nicht zu. Wer auf den Landtag einen Bevollmächtigten schicke, müsse denselben auch bezahlen.

So wie die Regierung nun auf dieser Seite nicht zum Ziele gelangen konnte, eben so ging es auf der anderen mit der rothenburger Geschichte. Die Stände blieben auch hier bei ihrer Ansicht, ohne ein Haar breit davon abzuweichen, und um endlich die langweilige Sache aus dem Kopfe zu haben, faßten sie den Entschluß, den deutschen Bund um Hülfe anzusprechen. Kaum war dies aber, trotz der Protestation des Landtagskommissarius geschehen, so traf sie dasselbe Schicksal, dem bereits die hannoverschen Stände erlegen waren: sie wurden bis auf „Weiteres“

vertagt. Bis auf diese Stunde dauert bereits die Vertagung, und es scheint, als geschähe dies von Seiten der kurhessischen Regierung nur aus Sympathie für Hannover. Wie diese Zustände enden werden, mag Gott wissen, so viel aber stellt sich als traurige Wahrheit heraus, daß in beiden Staaten von oben herab mit eiserner Konsequenz dahin gestrebt wird, dem konstitutionellen Prinzip den Todesstoß zu geben.

Was sich sonst im Laufe des Jahres in Kurhessen ereignet hat, ist nicht von großer Bedeutung. Denn daß Viele vom kurhessischen Adel durch die Verordnung in Schrecken gesetzt wurden, ihre Adelschaft und ihr Bon nachzuweisen, ist eine ganz gleichgültige Sache. Sonst ging Alles in alter Weise, auch zogen gegen Ende des Mai eine ziemliche Anzahl Landleute nach Amerika, und schifften sich gerade an derselben Stelle ein, wo einst viele edlen Söhne Hessens, an England um schönes Gold verkauft, die

Heimath verließen, um sie nie wieder zu sehen. Ob Nahrungslosigkeit, oder Unzufriedenheit mit sich selbst, ob Wanderlust oder noch ganz andere Gründe sie dazu getrieben, wer vermag dies gründlich zu entscheiden? Wir halten dafür, daß wenn Leute in großer Anzahl ihren väterlichen Boden verlassen und ins ungewisse Weite hinausziehen, in der Regel Veranlassungen dazu vorhanden sind, die mehr von oben als von unten (unter unten verstehen wir den Boden selbst) herkommen, und daß mag auch wohl bei den Auswanderungen aus Kurhessen zum Theil der Fall sein.

Außer diesen Dingen wurden verschiedene gesellschaftliche Kreise in Kurhessen noch durch zwei andere Ereignisse oder Erscheinungen auf verschiedene Weise bewegt; einmal nämlich durch den vormaligen Minister Hassenpflug, und dann durch die hochgespannte oder gesteigerte Erwartung auf den Besuch des Großfürsten Thronfolger, dem man in den höchsten Kreisen um so bestimmter

entgegen sah, da ja bereits Hannover dieser großen Ehre theilhaftig geworden war.

In Bezug auf den Herrn Hassenpflug gerieth man nämlich in einige Besorgniß, als dieser Herr sich plötzlich in Kassel blicken ließ. Es trat dies ungefähr um diese Zeit ein, als nach der zweiten Einberufung der Stände die Diäten für die Stellvertreter der Prinzen und Standesherrn so hartnäckig gefordert und eben so hartnäckig abgeschlagen wurden. Um so mehr mußte nun das Auftreten des Mannes, der hierin schon einmal eben nicht mit großem Glücke manöverirt hatte, befremden, und zwar deshalb, da man allgemein glaubte, er würde im Preussischen eine Stellung erhalten. Um etwanige Besorgnisse noch zu vergrößern, erhob sich denn noch ein dienstfertiger Geist in Kassel und schrieb der hannoverschen Zeitung folgenden sauberen Artikel: „Hr. Hassenpflug stände dem kurhessischen Ministerium nicht so fern, wie man glaube, und wenn

sich gewisse Leute für ihn verwenden wollten, würde er demselben, d. h. dem Ministerium, sehr nahe stehen; nur müsse Hr. Hassenpflug persönlich keine guten Worte geben." — Hieran ward dann die etwas wunderbare Bemerkung geknüpft: „Es lasse sich jedoch voraussagen, daß dieser seltsame, in manchen Beziehungen auch seltene Mann nicht ohne Zukunft sein werde, zumal wenn man auf die obwaltenden politischen Verhältnisse blicke, die solcher Kräfte bedürfen.“ — Der Berichterstatter der hannoverschen Zeitung aus Kassel, der gewiß dem Herrn Hassenpflug überaus nahe steht, wollte ohne Zweifel die Hessen in's Bodßhorn jagen, indeß die Leute sind nicht so ängstlich. Sie wunderten sich freilich über solche Reden, aber dabei blieb es auch; und die Zukunft hat gezeigt, daß sie daran klug gethan. Hr. Hassenpflug ist dem kurhessischen Lande entrückt und im fernern Fürstenthume Sigmaringen in Staatsdienste getreten, von wo aus gewiß recht bald fröhliche Zeitungen

über seine segensreiche Wirksamkeit die deutsche Welt erfreuen werden.

Wie sich nun die Besorgnisse wegen der Erscheinung des „seltsamen, und in manchen Beziehungen auch seltenen Mannes“ grundlos erwiesen, so war die Erwartung und Spannung auf den Besuch des Großfürsten Thronfolgers auch eine grundlose, denn der Erlauchte kam nicht, wiewohl er von Hannover aus nach dem Süden reiste und also die hessischen Lande oder vielmehr deren Hauptstadt beglücken konnte. Welche Gründe hierzu vorhanden sein mochten, ist auch selbst von hochstehenden und wohlunterrichteten Männern nicht erforscht worden, und die Gründe, die man etwa dafür auffinden könnte, sind zu einfach, als daß man glauben dürfte, solche erhabenen Personen werden sich mit solchen simplen Gründen einlassen. Genug, der Großfürst Thronfolger kam nicht, und doch hatte man zu Kassel das Militär in aller Eile mit russischem Exercitium bekannt

gemacht, auch ward Tag und Nacht russische Musik eingeübt, so daß Fremde, die zufällig bei Kassel vorbeireiseten, denken konnten, es sei dort plötzlich eine Kosacken-Kolonie gegründet worden. Dies Alles, wie gesagt, geschah, um den künftigen Selbstherrscher aller Rußen würdig zu empfangen, aber er kam nicht, und wie sich dies herausstellte als unumstößliche Wahrheit: da hörten die russischen Uebungen in Kassel auf und sind nicht wieder angefangen bis auf diese Stunde. Seit dieser Zeit ist in Kurhessen Alles in alter Weise gegangen, man sieht und hört nichts Erhebliches weder in schlimmer noch guter Bedeutung, und es scheint, als gehe man darauf aus, den Schiller'schen Spruch wahr zu machen, daß das der beste Staat sei, von dem man nicht spreche. Wir sagen, man scheint darauf auszugehen, denn bis jetzt ist man noch sehr weit davon entfernt, woraus der Schluß folgt, daß

über Kurhessen immer noch viel gesprochen wird. Wir aber wollen nunmehr davon schweigen.

Nach Kurhessen können wir unmöglich eine andere Richtung nehmen als nach dem Großherzogthum Hessen, einem konstitutionellen Staate Deutschlands, dessen Regierung die konstitutionellen Grundsätze des Herrschers und seines Hauses nicht ganz zu theilen scheint. Warum dies der Fall ist, wollen wir hier nicht weitläufig untersuchen, und es möge die Andeutung genügen, daß größtentheils die an der Spitze des Staats stehenden Männer daran schuld sind. Wir sagen größtentheils, und das soll heißen, nicht alle trifft dieser Vorwurf.

Zwei Dinge sind es besonders, die in diesem Jahre in Darmstadt, dem Mittelpunkte des Staates, betrieben worden sind, nämlich die Untersuchung gegen die politischen Gefangenen und die Eisenbahn-Angelegenheiten. Was den ersteren dieser Punkte betrifft, so ist dieser der traurigste

Stoff, über den man in unseren intelligenten und civilisirten Zeiten nur sprechen kann, traurig wegen der Unglücklichen, welche dabei näher oder entfernter betheiligt sind, traurig und schauerhaft wegen der Art und Weise, wie man mit diesen Unglücklichen umgegangen ist, noch mit ihnen umgeht und künftig mit ihnen umgehen wird.

Was man darüber nur irgend erfahren hat, und das ist leider (oder wenn man will, glücklicher Weise) nicht viel, kann eben keine besondere Neigung zu den Untersuchungsrichtern erwecken, und namentlich soll Einer derselben in seiner Strenge so weit gegangen sein, daß ihm angedeutet worden, er möge bedenken, daß man in Deutschland und nicht in Spanien sei, und daß man nicht wünsche, die Maximen der spanischen Inquisition wiederum in Anwendung gebracht zu sehen. Ob dies in dem Verfahren des Untersuchungsrichters einige Aenderungen hervor-

gebracht haben mag, wissen wir nicht. Die Untersuchungen sind zum Verdrusse des Richters, der nun keine Diäten mehr bezieht, beendet, also ist es gut, man wirft über die Sache einen Schleier.

Was nun die Resultate der großen politischen Untersuchungssache betrifft (denn so wird sie selbst in Hessen genannt) so sind von dem Provincialhofgericht der Provinz Oberhessen noch vor Schluß des Jahres eine Menge Urtheile gefällt worden, die, ob gerecht oder ungerecht, zur Genüge beweisen, daß die Mailänder Amnestie in Darmstadt eben keinen sonderlichen Anklang gefunden hat. Wie darf man aber auch darauf rechnen, daß ein solcher Akt da so schnell Anklang finden soll, wo der dirigirende Minister es nicht einmal ansehnlichen Bürgern der Residenzstadt erlaubte, dem Kaiser von Oestreich zu seinem Namenstage für jenen Akt der Gnade, durch eine Serenade vor dem Hôtel seines Gesandten,

ihre dankerfüllte Ehrfurcht zu beweisen? Dennoch giebt es noch jetzt gutmüthige, leichtgläubige Seelen, welche die Hoffnung auf eine Amnestie nicht aufgeben wollen; man lasse sie hoffen, es wäre grausam, ihre Träume zu zerstören, wiewohl ihr Erwachen zulezt noch trostloser sein wird als das der Aktionäre der Taunuseisenbahn, als sie gewisse Dinge in Erfahrung brachten.

Halt, Rheinischer Postillon, jetzt kommt ein Hauptthema des Großherzogthums Hessen: Taunuseisenbahn, Mainzer Eisenbahnvorstand, Staatsrath Knapp (vor der Welt in den Ruhestand versetzt, in der Stille aber äußerst thätig), 18,000 Gulden, und noch andere Kleinigkeiten. O, dies sind Stoffe, darüber ließen sich dicke Bücher schreiben, und doch wären dies nur ABC-Fibeln in Vergleich mit den Folianten, die man anfüllen müßte, wollte man diesen unerhörten Skandal, wie er es verdient, aufzeichnen für die Nachwelt.

Es hat sich im Laufe dieses Jahres Manches ereignet, was eben nicht viel Tröstliches für die deutschen Verhältnisse bietet, aber eine Schmach, wie sie die Taunuseisenbahn auf den industriellen Geist Deutschlands gebracht, ist noch nicht erhört worden. Jedoch glücklich können wir uns preisen, daß diese Schmach nur auf ein kleines Terrain beschränkt ist, auf die Taunuseisenbahn, und etwa noch auf die von München nach Augsburg oder von Augsburg nach München; denn, beiläufig gesagt, ist bei der zuletzt genannten Bahn lange und hartnäckig darüber gestritten worden, ob sie München=Augsburger oder Augsburg=Münchner heißen sollte, ein Streit, dessen es freilich nur noch bedurfte, um den Jammer vollständig zu machen.

Die Lust zu Eisenbahn=Unternehmungen erwachte in der Residenzstadt Darmstadt schon vor einigen Jahren, allein sie wurde denen, welche sich zu diesem Zwecke gesellschaftlich vereinigt hat-

ten, verleidet, theils durch endlose Chikanen aus gewissen Kreisen her, theils durch die Bildung einer Eisenbahn-Gesellschaft zu Mainz, die von hier aus die Verbindung auf dem rechten Mainufer mit Frankfurt zu Stande bringen wollte. Die in Darmstadt bestehende Gesellschaft hatte das linke Mainufer gewählt und zwar aus keinem anderen Grunde, als um die Bahn so viel wie möglich auf hessen-darmstädtischem Gebiete zu behalten. Daß zwei Bahnen nach einer und derselben Richtung nicht bestehen konnten, sah man ein, und es begann nun ein Streit um Links und Rechts, in dem die rechte Seite, also die Mainzer Gesellschaft den Sieg davon trug; doch sollte ein Theil der Aktien dieser Bahn nach Darmstadt abgegeben, d. h. die dort früher bestandene, nunmehr vernichtete Gesellschaft sollte Theil haben an den unermesslichen Vortheilen, an dem Agio, den Dividenden u. s. w., welche die projektirte Eisenbahn, die nunmehr in der

Industriegeschichte des Jahrs 1838 so berücktigte Taunuseisenbahn, bieten würde.

Alle Welt weiß, daß statt des Agio's, welches in den Beutel der Aktionäre fließen sollte, aus den Augen derselben unaufhörlich Thränen geflossen sind, noch fließen und auch künftig fließen werden. Denn einmal schleicht der Bau dieser Bahn vorwärts, wie eine Schnecke, und wäre er nur so vorgeschritten, so hätte man doch endlich das Ziel erreicht, allein auch schneckenartig ist dieser Bau nicht vorgeschritten, und zwar aus ganz natürlichen Gründen. Man hat nämlich den Bau auf hebräische Weise angefangen, d. h. nicht daran gedacht, daß wenn man etwas bauen will, wozu Grund und Boden gehört, man auch diesen zuvor erwerben muß, und ist der Besitz desselben gesichert, dann erst die anderen Anstalten trifft. Auf diese Weise würden Leute handeln, die es ernstlich mit einer wichtigen Sache meinen, und daran denken, daß nicht ihr In-

teresse allein im Spiele ist, sondern vor allen Dingen das Interesse derer, die ihr Vertrauen in ein Unternehmen setzen, an dessen Spitze Männer stehen, denen man zumuthet, daß sie dem übernommenen Berufe vollkommen gewachsen sind. Wie haben es aber die Herren, aus denen der Vorstand der Taunuseisenbahn besteht, gemacht? Sie haben Schienen auf Schienen und sonstige Dinge bestellt und gekauft, lange Konferenzen über die Erdarbeiten gehalten, Geld und Zeit vergeudet, und dann erst daran gedacht, daß zu den Schienen auch das Terrain einer Bahn gehöre. Als man nun endlich auf diese Idee kam, da zeigten sich in der Erwerbung des Grund und Bodens die höchsten Schwierigkeiten, und die Erdarbeiten, welche zu wiederholten Malen unterbleiben mußten, weil man den Arbeitern Abzüge von ihrem dürstigen Taglohn machte, stießen nun Schritt vor Schritt auf Hindernisse, d. h. auf Grund und Boden, der noch nicht erworben

war und für dessen Abtretung seiner Güte wegen die Eigenthümer enorme Preise forderten. Die Gesichter, welche die Aktionärs schnitten, kann man sich vorstellen, aber es half ihnen nichts; sie mochten brummen oder murren, schimpfen oder schreien, sie mußten zahlen und das Geld wanderte nach Frankfurt, wo man hübsche Geschäfte mit den bedeutenden Kapitalien machte und die armen Aktieninhaber sich halb zu Tode ärgern ließ. Ja, es ging noch weiter; man gewährte sogar den Theilhabern nicht einmal das, ihnen doch vollkommen zustehende Recht, sich einigen Ueberblick über den Stand der Dinge zu verschaffen; man verweigerte ihnen alle Rechnungsablage und hielt sie auf diese oder jene Weise zum Besten. Daß nun solche Schwindereien nicht eben günstig auf die Aktien wirken konnten, das begreift sich leicht; aber plötzlich erfuhr man noch ganz andere Dinge, Dinge, die denen schauerlich klangen, welche bei der Lau-

nuseisenbahn-Spekulation recht tief in der Tinte saßen.

Es verlautete nämlich, eine Summe von 18,000 Gulden sei für die Dienste eines großherzoglichen Staatsbeamten als Geschenk nach Darmstadt gewandert. Dies Gerücht wiederholte sich ein-, zwei- und dreimal und zwar so, daß es immer deutlicher wurde. Schon hörte man an verschiedenen Orten die Versicherung, die Sache sei mehr als Gerücht, sie sei volle Wahrheit, auch bemerkte man, daß einigen Herren in der wackeren Stadt Mainz, wo rechtliche und freisinnige und dabei zugleich mäßige Männer nicht zu den Seltenheiten gehören, sehr stark die Manschetten wackelten, obgleich sie keine trugen. Und siehe, die Sache wurde noch ärger, und immer leuchtender trat die Wahrheit hervor, und ihr Strahl traf das Haupt eines Mannes, der war gewaltig in Darmstadt und saß im Staatsrathe und hieß Knapp, und heißt noch so bis

auf diese Stunde. Und besagtem Staatsrathe Knapp seien, also meldeten öffentliche Blätter und auch der Rheinische Postillon, von dem Vorstande der Taunusseisenbahn zu Mainz dafür, daß er sich thätig des Vortheils der Gesellschaft angenommen, 18,000 Gulden als Geschenk angeboten und von ihm nicht zurückgewiesen worden. Und dessen hatte der Vorstand auch kein Hehl, sondern er bewies, es seien diese 18,000 Gulden ein Ueberschuß des Agio und stände ihm darüber volle Verfügung zu, eine Erklärung, worüber mehrere Aktionäre ganz bedeutend den Kopf schüttelten.

Und über ein Kleines, so waren alle Ortshaf- ten im Lande Hessen diesseits und jenseits des Rheins voll von dieser Kunde, und man begriff nicht, wie ein Staatsdiener, der in dieser Sache Bericht abgestattet (was man auf deutsch „referiren“ nennt), es hatte wagen können, ein Geschenk anzunehmen, das doch, ohne sich gerade

eines Irrthums schuldig zu machen, sehr leicht für eine Bestechung angesehen werden durfte.

Es trug aber diese ganze Geschichte in der That einen solchen Charakter an sich, denn erwähnter Staatsrath Knapp hatte den Wunsch des Mainzer Eisenbahnvorstandes, die Bahn auf das rechte Mainufer zu verlegen, lebhaft unterstützt und dadurch, streng genommen, die Bahn aus dem Hessischen hinausgebracht, während durch Verlegung der Bahn auf das linke Mainufer dieselbe fast ausschließlich auf hessischem Gebiet geblieben wäre. Man erkannte dies auch in Darmstadt mit wahrer Entrüstung an, und als der ganze Vorfall im Fränkischen Merkur erzählt worden, nämlich: „daß Hr. Staatsrath Knapp von dem Eisenbahnvorstande 18,000 Gulden für seinen beispiellosen Dienstleister angeboten worden, besagter Herr sich dieserhalb an den Staatsminister Freiherrn von du Rhil gewendet, dieser dem Großherzog die Sache vorgestellt und dann Hr.

Knapp geantwortet habe, er überlasse es ganz seinem Gefühl, das angebotene Geschenk zu verweigern oder anzunehmen, letzteres aber angenommen und also wirklich empfangen habe;“ — da traten mehrere Kollegen des Herrn Staatsrath Knapp zusammen, machten dem Staatsminister Vorstellungen, wobei Einer dieser Herren sogar erklärt haben soll, unter solchen Umständen könne er nicht ferner mit Hrn. Knapp zusammen dienen. — Was hier mitgetheilt ist, stand zum Theil wörtlich in öffentlichen Blättern, und dagegen erhob sich kein Widerruf, Beweis genug, daß man die reine, volle Wahrheit gesagt hatte.

Auch ward die Wahrheit dadurch bestätigt, daß Hr. Knapp mit seinem vollen Gehalte in den Ruhestand versetzt wurde, und daß später, als die hessischen Stände zusammentraten, der Abgeordnete Grode wegen dieser Angelegenheit einen Antrag vor die Kammer brachte, worin er die

Regierung um Aufklärung über diese Sache bat. Der Antrag ist dem betreffenden Ausschusse zur Prüfung überwiesen worden, bis jetzt aber noch kein Resultat, d. h. noch keine Antwort der Staatsregierung erfolgt. Indesß diese Antwort mag ausfallen wie sie will, so wird sich nicht ablängnen lassen, daß gerade bei der Taunuseisenbahn Ränke gespielt worden sind, wie sie nur der schmutzigste Eigennuß eingeben kann. Wir enthalten uns aller weiteren Besprechung der Sache, nur so viel möge noch angedeutet werden, daß die Ungerechtigkeiten, welche auf diesem Unternehmen lasten, niemals ausgesöhnt werden können, auch wenn man jetzt rastlos daran arbeitete, durch Thätigkeit, Eifer und Rechtlichkeit die heillosen Verirrungen des verflossenen Jahres vergessen zu machen.

Ohne lange Umstände und Vorbereitungen zu machen und ohne lange Berathungen, Besprechungen und Beschreibungen des neuen Stände-

hauses in Darmstadt, sind wir auf die Stände selbst gekommen, die in den letzten Wochen des Jahres einberufen wurden und in deren ersten Sitzungen einmal die Knapp'sche Achtzehntausend-Gulden-Geschichte, dann aber auch die „Hannoversche Sache“ zur Sprache ward. In der ersten Angelegenheit trat, wie schon bemerkt, der Abgeordnete Grode auf, in der anderen, bei weitem wichtigeren, der Dr. Glaubrecht von Mainz, ein wackerer Mann, der trotz der Demagogenjägeri, trotz anderer eben nicht erfreulichen Dinge, die in Darmstadt nicht nur oft, sondern sehr häufig vorkommen, dennoch ohne Furcht, aber mit Muth und Besonnenheit sich der Hannoveraner annahm und seinen Antrag dahin richtete: die Staatsregierung möge bei dem hohen Bundestage eifrig dahin wirken, daß Hannover wiederum zu seinem Rechte gelange. — Man war überrascht über diese Sprache in der hessischen Kammer, und noch überraschter darüber, daß nicht

die Mehrzahl der Abgeordneten den Antrag verwarf, sondern ihn dem betreffenden Ausschusse überwies. — Dieser Ausschuss (ein Wort, das uns immer mit Widerwillen erfüllt) setzte sich in Thätigkeit, erkannte auch die Zulässigkeit des Antrags, brachte jedoch, ehe er darüber Bericht abstattete, ein Schreiben des Staatsministers zu Thil zur Kenntniß der Kammer, in welchem, im Auftrage des Großherzogs, den Ständen mitgetheilt wurde: „da der Gegenstand des Antrages durchaus nicht die Interessen des Großherzogthums berühre, so könne er auch nicht als zur Wirksamkeit der Stände gehörig betrachtet werden; und deshalb sei zu bedauern, wenn die verehrliche zweite Kammer der Stände besagtem Antrage irgend eine willfährige Folge geben wollte: da Se. Königliche Hoheit der Großherzog, eine ständische Einwirkung auf Ihre Abstimmungen bei

dem deutschen Bunde, welcher Art solche auch sei, mit Ihren Rechten und Pflichten als Landesherr und Bundesglied nicht zu vereinigen wissen, und daher auch nie dulden können und werden.“

Mit anderen Worten hieß dieser Bescheid: Verehrliche zweite Kammer des Großherzogthums Hessen, bekümmere dich nicht um Dinge, die außerhalb Hessen vorgehen, denn die Staatsregierung wird sich darauf doch nicht einlassen, wenn du auch darum bittest, und zwar einmal, weil hinter solcher Bitte immer eine Art Forderung steckt, die den freien Willen der Staatsregierung lähmt, und dann, weil diese oder die allerhöchste Person des regierenden Herrn sich auf keine Weise von ihren Unterthanen bestimmen lassen kann, dieses oder jenes zu thun oder nicht zu thun. — In Folge dieser Mittheilung von Seiten des Staatsministers brachte denn auch der berichtende Ausschuß einen vermittel-

den Vorschlag an, der lautete: „die verehrliche Kammer möge sich zwar mit der Ansicht des Ausschusses über die Zuständigkeit der Stände einverstanden erklären, jedoch auf die beantragte Bitte in dem festen Vertrauen nicht eingehen, daß die Staatsregierung ohnehin nicht unterlassen werde, durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel bei dem deutschen Bunde auf möglichst baldige Wiederherstellung des gestörten Rechtszustandes im Königreich Hannover fortwährend hinzuwirken.“

Dieser vermittelnde Vorschlag, der, man mag ihn ansehen wie man will, auch nicht die Idee einer Vermittelung enthält, schien die Sache beendigen zu wollen, indeß dieß schien nur so. Der freisinnige Dr. Glaubrecht beruhigte sich dabei nicht, und um wenigstens an seinem Theile von der hessischen Kammer der Abgeordneten den Vorwurf abzuwälzen, als habe sie in dieser hochwichtigen Angelegenheit die Stimme eines Pre-

digers in der Wüste hören lassen, sprach er in offener Sitzung vor einem zahlreich versammelten Publikum noch einmal über Hannover, erörterte klar und einfach das Recht der Stände, sich mit einer, das konstitutionnelle Leben Deutschlands angehende Sache einzulassen und tabelte, daß der Staatsminister du Rhu in seinem Schreiben die persönlichen Wünsche des Großherzogs, ohne daß dazu ein nothwendiger oder konstitutioneller Anlaß vorgelegen habe, in die Sache hineingezogen habe, worauf er auf seinen früheren Antrag zurückkam, nämlich die Staatsregierung zu bitten, sich zur Wiederherstellung der hannoverschen Verfassung bei dem hohen Bundestage auf das kräftigste zu verwenden. Wenige Tage darauf, d. h. am 17. December, kam dieser Antrag noch einmal zur Abstimmung, und siehe, mit 21 Stimmen gegen 20 ward für denselben, also für eine Adresse an die großherzogliche Staatsregierung entschieden.

So verdankt es denn die Abgeordnetenkammer des Großherzogthums Hessen einem freisinnigen Manne, daß sie, trotz dem Ankämpfen der Staatsregierung, in der hannöverschen Angelegenheit nicht zurückgeblieben ist hinter den hochherzigen Anstrengungen anderer deutschen Ständekammern, und dafür erlauben wir uns dem Dr. Glaubrecht ein Lebehoch zu bringen, aus der tiefsten Tiefe des Herzens, und knüpfen daran den Wunsch, daß er die Freude erleben möge, das, wofür er so kräftig gesprochen, erfüllt zu sehen.

Hiermit verlassen wir das Großherzogthum Hessen, erfreut, daß seine Stände anders handeln als der Vorstand der Taunuseisenbahn, und wenden uns dem Königreiche Bayern zu, einem Lande, das mit dem Beginnen des Jahrs 1838 vier neue Kleider anzog, nämlich ein bayerisches, schwäbisches, fränkisches und ein pfälzerisches. Wem dies nicht ganz klar sein sollte, der möge wissen oder vielmehr sich erinnern, daß Bayern seit dem

Jahre 1838 die alte, an geschichtlichen Erinnerungen reiche Eintheilung in Bayern, Schwaben, Franken und die Pfalz wieder hergestellt hat, eine Eintheilung, die gewiß in mancher Beziehung mehr Geldaufwand erforderte als einst die Verordnung: Bayern nicht mehr mit einem *S*, sondern mit einem *Y* zu schreiben, ein Buchstabe des Alphabets, der zwar kein deutscher ist, aber vielleicht nur deshalb gewählt wurde, um wenigstens in dem Worte Bayern auch etwas Griechisches zu haben.

Ueber Bayern zu sprechen, ist, wenn man ausführlich reden will, sehr gefährlich, und in gedrängter Kürze sehr schwer. Hüllt man das, was man darüber sagen kann, in Baumwolle, so denken Einige, man hat die Absicht, ihnen die Ohren zuzustopfen, Andere meinen (und wirklich haben sie nicht Unrecht), solche in Wolle gewickelten Redensarten machten keinen Lärm, und wenn man mit ihnen um sich wüfse, so fühle

der, den man zufällig getroffen, gar nicht einmal den Wurf und nehme deshalb auch keine Notiz davon. Schon aus diesem Grunde geräth man in arge Verlegenheit, und doch giebt es noch weit gewichtigere Gründe, unter denen freilich das polizeiliche Verbot an sich das unbedeutendste ist. Am besten ist es daher, man erzählt, was sich zugetragen hat ohne alle Bemerkungen und überläßt es dem Leser, sich die Noten und Randglossen selber zu machen.

Die Ereignisse, welche im Laufe des Jahres 1838 die bayerische Welt bewegten, haben sich, mit einiger Ausnahme, kaum über die Gränzen des Königreichs erstreckt. Die darüber hinausgingen, waren indeß sehr kriegerischer oder aufgeregter Natur, aber nicht von Kanonendonner begleitet, wiewohl die bayerische Artillerie in dem Kaiser von Rußland einen hohen und so gewichtigen Lobredner gefunden hat, daß sie sich wohl hätte versucht fühlen können, außer dem Zusla-

ger bei Augsburg, noch anderswo Proben ihrer Fertigkeit und Nichtigkeit abzulegen. Jedoch das geschah nicht, wohl aber warf die Glaubens-Artillerie, den großen Genie-General Görres an ihrer Spitze, Brandraketen heiligen Zorns in die sündige Welt, besonders nach dem gottlosen Preußen, das so vermessen war, sich von den Dienern der Kirche nicht auf der Nase spielen zu lassen, auch nicht leiden wollte, daß Priester des alleinseligmachenden Glaubens gemischten Brautpaaren den kirchlichen Segen verweigerten. Dergleichen Anmaßungen Preußens brachten den gläubigen Görres, der einst selber ein Saulus gewesen und in rother Jakobinermütze die Kinder des Lichts verfolgt, in wilde Entrüstung und er beschwor den alten Kirchenvater Athanasius aus dem Grabe herauf, legte ihm deutsche Worte in den Mund und gebot ihm, aller Welt zu verkündigen, daß „zweischlächtige Bastarde“ (also beliebte es ihm, die Nachkommenschaft gemischter

Ehen zu nennen) nie Theil haben könnten an der Seelen Seligkeit, und daß aus ihnen ein Geschlecht hervorgehen werde, das Verderben und Drangsal über die Erde bringen, die Kirche untergraben, mit einem Worte „Thron und Altar“ umkehren würde. Und dabei eiferte Athanasius mit namenlosem Grimme gegen die Aufklärung und gegen Alles, was die neue Zeit geschaffen, und zeigte in salbungreichen Worten den Weg, der allein zum wahren Heile führen könne. Und siehe, dieses Ziel liegt nicht in Deutschland, sondern ultra montes, was auf deutsch heißt, weit über die Berge, die Alpen hinaus, in dem blühenden italischen Garten, in Rom, in der ernstesten, uralten Stadt, wo in den Hallen des Quirinals der Hort der Christenheit thront, ein würdiger Greis, der heilige Vater. Er ist es, wie Athanasius lehrt, in dem die Einheit der Kirche sich darstellt, und da er das A und das D ist, der Anfang und das Ende, also gehen

auch nur von ihm die ewigen Wahrheiten aus, und wer gegen diese sich aufzulehnen, sie in Zweifel zu ziehen wagt (und dies thun die aufgeklärten Männer), der ist verloren und hat keinen Theil an der unvergänglichen Herrlichkeit.

In dieser oder vielmehr in ähnlicher Weise ließ Görres den Athanasius eifern, und er fand viele Anhänger nicht nur in Bayern, sondern auch im Münsterlande und in den Gauen des preussischen Rheinlandes. Jedoch ward dem Athanasius der Weg vertreten; er ward verboten, auch erhoben sich von allen Seiten Gegner gegen ihn, sache und geistreiche, geschickte und ungeschickte, berufene und unberufene. Und so wurde ein Krieg eröffnet, dessen Flammen noch immer verzehrend emporlodern, ohne daß ihnen Einhalt gethan worden wäre von dem Broschüren-Wolkenbruch, aus dem seit dem Auftreten des Athanasius unaufhörlich Wassermassen auf Deutschland

herabstürzen. Nur wenige dieser Flugschriften haben einen bleibenden Werth, und wenn man den Satz auch gelten lassen kann: daß durch öffentliches Besprechen einer Sache die Wahrheit derselben herausgestellt wird; — so ist es doch auch nicht zu verkennen, daß man nicht selten, ehe man zu der reinen Wahrheit gelangt, einen sehr schmerzigen Weg zu machen hat.

Mit dem Athanasius von Görres kämpften und kämpfen noch zu gleichem Zwecke mehrere bayerischen Blätter, namentlich die „Neue Würzburger“ und die „Münchener politische Zeitung,“ welche, trotz aller Beschwerden Preußens, ihre Angriffe unter bayerischer Censur fortsetzen, während den Blättern anderer Staaten nicht gestattet wird, sich über Bayern in ähnlicher Weise auszusprechen. Warum man diese Rücksicht gegen Bayern nimmt, dazu liegt gar kein Grund vor, und will man sich auf das Sprichwort stützen: „der Klügste giebt nach,“ — so mag das im

Privatleben ein sehr lobenswerther Grundsatz sein, aber im öffentlichen, politischen Leben, wo es sich darum handelt, die Rechte des Vaterlandes, des Volks, der bestehenden Gesetze durch das freie Wort zu vertreten, sollten dergleichen Rücksichten, auch wenn sie aus der Quelle der Friedensliebe fließen, durchaus wegfallen. Kann nicht hier und da Einer, können nicht Mehrere im Volke durch die nachsichtige Censur auf dieser, und durch eine scharfe auf jener Seite, zu der Idee verleitet werden, daß da nicht Nachsicht, nicht Partheilichkeit, sondern ein gutes Recht verwalte? — Es ist nicht unser Zweck, hier lange Tiraden herzuleiern über dergleichen Erscheinungen, aber wir wünschen, daß man diese wichtige Angelegenheit in Erwägung ziehen, und soll einmal eine Censur bestehen, dieselbe auf allgemeine, jedem zugängliche Gesetze gründen möge. Man würde damit den Censoren und Schriftstellern einen gleich wesentlichen Dienst lei-

sten und beide, die sich oft, dieser durch seine geistige Richtung, jener durch seine Amtspflicht schroff gegenüber stehen, in freundliche Annäherung bringen. Möge unser bescheidenes Wort, wenn es überhaupt sein Leben behält, nicht verhallen!

Dies im Allgemeinen über den Kampf der bayerischen Blätter für das sogenannte ultramontane System. Mit diesen Blättern ging man auch von oben herab Hand in Hand, und wie durch Hervorholung der drei alten Namen Franken, Schwaben und Pfalz sattsam das Bestreben hervortrat, sich immer mehr und mehr dem Alten, einer glücklich überstandenen Vergangenheit anzuschließen, eben so geschah es in kirchlicher Beziehung. Hieran war freilich schon in den jüngst verflossenen Jahren unablässig gearbeitet worden, aber dies Jahr setzte diesen Bemühungen in so fern die Krone auf, als man nun auch mit einer Reihe Gesetzen anrückte, die

einen ehernen Damm um die Gesellschaft ziehen und sie einengen sollten in die Grundsätze, die man als die einzig wahren und richtigen erkannt hatte.

So wurden Verordnungen erlassen, wie sich das Militär während des Gottesdienstes benehmen sollte; ferner ein Verbot des Besuchs der Wirthshäuser und Tanzböden von Seiten der Jugend; ferner ein Gesetz, daß Jünglinge und Jungfrauen bis zum 18. Jahre jeden Sonntag nach dem Schulunterrichte auch die christliche Lehre besuchen sollten u. s. w. Eine andere Verordnung bestimmte und verlangte, jeder solle, nach bestimmten Musterblättern, sich der Erlernung einer schönen Handschrift befleißigen, ein an sich heilsames Gebot, wenn es nur in anderer Form erschienen wäre; dann ward bestimmt, daß, zur Verhütung der Prügeleien unter den jüngeren Leuten auf dem Lande, die Anflister solcher Unordnungen auch Prügel erhalten sollten; wie-

derum ward festgesetzt, wie Unteroffiziere und Gemeinen vor den Civilbehörden zu erscheinen hätten, und daß die letzteren die Unteroffiziere Sie, die Gemeinen Er anreden sollten. Zur Abwechslung erschien dann auch eine Verordnung, welche den Kirchenverwaltungen die Betreibung des Seidenbauwes empfohl, oder das Verbot des Verkaufs geheimer Mittel (worunter namentlich die Frankfurter Pillen begriffen wurden) enthielt, oder den Magistratspersonen die Erhaltung alter Denkmäler zur Pflicht machte und dergleichen mehr. Wie gesagt, es herrschte in den erlassenen Gesetzen und Verordnungen die größte Mannigfaltigkeit, und sie boten in der That ein lebendiges Bild von der Vielseitigkeit der Verwaltung. Zugleich fand auch, in Folge der Umtausche der einzelnen Gebiete des Königreichs, eine Veränderung in der Administration und Justizverwaltung Statt, und nun begannen wahre Beamtenwanderungen, wobei sich unend-

ich viel Gefühle der Achtung, Rührung, Liebe und des Vertrauens Lust machten, die bis dahin geschwiegen. Wurde nämlich ein Staatsbeamter aus einer Stadt in die andere versetzt, so gaben die Bürger oder vielmehr Unterthanen (denn das Wort Staatsbürger ist abgeschafft) dem scheidenden Beamten ein Mittagsmahl oder ein Nachtessen, während dessen viel über das Vaterland, über die neue Einrichtung und die, welche noch zu erwarten seien, gesprochen und dann so viel Gesandheiten ausgebracht wurden, daß die Krankheiten gar nicht mehr den Muth hatten, sich in Bayern zu zeigen. Ehe nun dieser mit Speise und Trank, Dankbarkeit und Rührung gestärkte Beamte wirklich fortging, wurde ihm noch eine Nachtmusik mit Fackelzug gebracht, und am anderen Morgen gab man ihm das Geleite. Solche Aufzüge, durch welche der gesegliche und gesunde Sinn des Volks recht offenbar wurde, nahmen einige Zeit hindurch gar kein Ende, denn in

gleicher Weise wie man dem abgehenden Beamten die Scheidestunde erleichtert hatte, so suchte man dem ankommenden durch einen pomphaften Empfang im Voraus Lust und Liebe für seinen neuen Wirkungskreis einzulößen. Und viele Beamten sollen auch bei dieser Gelegenheit wirkliche Freudensprünge gemacht haben, worüber man sich indeß um so weniger wundern darf, da, laut Münchener Berichten, Niemand fleißiger die Turnanstalten besuchte als die Beamten.

Mit dieser Beamtenwanderung traten dann auch in dem letzten Viertel des Jahres große Reformen im Schul- und Universitätswesen hervor. In betreff der Schulreformen ging man von der humanen Ansicht aus, den Herren Lehrern, die sich ja überdies mit der widersprenglichen Jugend zu quälen hatten, das Leben so bequem wie möglich zu machen, und zu diesem Ende wurden für alle Fächer des Unterrichts die Bücher bestimmt, nach welchen gelehrt werden

folgte. Ob hierbei an die Lehrer die geheime Weisung ergangen sein mag, sich bei Benutzung dieses oder jenes Lehrbuchs eigener Bemerkungen und Erweiterungen dessen, was in den vorgeschriebenen Büchern stand, zu enthalten, wissen wir nicht, und wenn wir dies hier als Vermuthung aufstellen: so ist es bloß geschehen, um eben eine Vermuthung, die mit den, in Bayern herrschenden Maximen ganz gut im Einklange stehen könnte, auszusprechen.

Um nun die Gewisheit zu haben (denn einen anderen Grund können wir uns möglicher Weise nicht denken), daß auch die empfohlenen oder befohlenen Bücher angeschafft würden, schritt man zu einem Mandat, das ohnstreitig dem beliebten Monopol-System des Vicekönigs von Aegypten entlehnt war. Man errichtete einen Central-Schulbücher-Verlag und verordnete, daß alle Lehrinstitute des Reichs von hier aus die Schulbücher beziehen müßten. Die Sache ward

so eingeleitet, daß sie Vielen recht plausibel scheinen konnte. Man sagte nämlich, es sollten von dem genannten Central-Schulbücher-Verlags-Büreau alle in Bayern eingeführten Bücher in großen Parthieen gegen baare Zahlung angekauft und den Schulinstituten für den möglichst billigen Preis überlassen werden; auch würde man Sorge tragen, daß passende Lehrbücher verfaßt, gedruckt und ebenfalls so billig wie möglich an die Schulen geliefert würden.

Auf den ersten Blick sah diese Anstalt höchst wohlthätig aus, allein die Buchhändler Bayerns fanden doch sehr bald, daß man auf ihren Ruin ausgehe und wandten sich deshalb an den König mit einer ernstlichen Beschwerde um Beeinträchtigung ihres Gewerbes. Auch zeigten die Vorsteher vieler Lehranstalten einen sehr gesunden Sinn für Rechtlichkeit und nahmen die, ihnen von dem Central-Schulbücher-Verlag übersandten Bücherballen entweder gar nicht an oder übergaben sie

uneröffnet den betreffenden Behörden. Alle diese ernstesten Demonstrationen gegen den Central-Bücher-Verlag konnten als eben so viel gültige Beweise gegen die Ungefehrlichkeit des Instituts überhaupt angesehen werden, und deshalb erkannte denn auch das Ministerium auf die Beschwerde der Buchhändler, sie möchten sich sämmtlich an die betreffenden Behörden nach München wenden. Daß die Buchhändler hier Recht erhalten, dürfte keinen Augenblick bezweifelt werden, und so stände denn das Bücherhandel-Monopolsystem auf so schlechten Füßen, daß sein naher, gänzlicher Untergang kaum noch bezweifelt werden kann.

Je glücklicher aber auf der einen Seite die Buchhändler waren, um so verderblicher brach das Ungewitter über die Schullehrer in Rheinbayern oder in der Pfalz herein, gegen welche eine Verordnung erlassen ward, die diese Unglücklichen in Verzweiflung bringen mußte, wenn sie sich noch nicht darin befanden. Diese Ver-

ordnung, von allen europäischen Gesezen des Jahres 1838 ohne Zweifel die originellste, verbot den Schullehrern das Tragen der Backen-, Schnur- und Halsbärte, das Tragen besonderer Abzeichen an Kappen, Uhrbändern und dgl.; ferner den Besuch von Kirchweihen, Wirthshäusern, sonstigen Gastmählern und Schmausereien und endlich jede Theilnahme an Jagdvergnügungen. Dies waren die Verbote jenes Gesezes, die Gebote gingen aber dahin, daß sich die Schullehrer, und was zu ihnen gehört, ihrem Stande gemäß, schlicht und einfach kleiden, mit der Jugend an Sonn- und Feiertagen in die freie Natur gehen, diese zur Sittlichkeit anhalten und sich mit ihr über hierauf bezügliche Gegenstände unterhalten sollten.

Wie ein Donnerschlag traf die Schulthyrannen dieses Edikt, und es bedurfte einiger Zeit, ehe sie sich erholen und den Sinn der Verordnung fassen konnten. Die erste Frage war: Was

haben unsere Härte verbrochen? — Dann stellte man über die anderen Punkte, namentlich aber darüber, warum man Kirchweihen und dergleichen nicht mehr besuchen sollte, Betrachtungen an. Das Letztere erkannte man zulezt als eine, aus humanen Grundsätzen hervorgegangene Diätätatsregel, und in der Bartvernichtung wollte man, besonders mit Bezug auf die Halsbärte, eine Finanzspeculation entdecken, die darauf berechnet sei, den Verbrauch der seidenen Halstücher zu steigern, um dadurch der vaterländischen Seidenbau-Industrie auf die Beine zu helfen. Denn daß ein, wöchentlich zwei- oder dreimal geschorener Halsbart für ein Tuch eben kein Vortheil ist, sieht auch der ein, dem sonst Begriffe für dieses oder jenes fehlen, und deshalb muß man sich durchaus nicht wundern, wenn die Schullehrer in Rheinbayern, unter denen es übrigens ganz tüchtige Leute giebt, sehr schnell den eigentlichen Zweck des Gesetzes auffaßten und

sich als gezwungene Patrioten dem heiligen Muß fügten. Und über ein Kleines, und siehe, sie waren bartlos und frei von allem Makel, der ihnen sonst angeklebt, und die Jugend freute sich, daß sich ihre Lehrer verjüngt, und nur hier und da mochte sich ein schon reiferer Bube freuen, daß sein Lehrer, nach dessen Pseife er bisher hatte tanzen müssen, nun auch nach einer höhern Pseife tanzen und dergestalt dem Gesetze unterthan sein mußte, daß er nicht einmal Herr blieb über sein eigenes Haar.

Wer möchte bestreiten, daß nicht diese oder ähnliche Gedanken in manchem Buben rege geworden sind, und gerade hierin liegt das Verderbliche jenes, zur Deffentlichkeit gebrachten Gesetzes. Es hat den Lehrerstand in der Pfalz herabgesetzt, ihn der Verhöhnung und Verspottung Preis gegeben, und ob dies harte Schicksal auch der jämmerlichste Dorfschulmeister verdient,

muß, mit Berücksichtigung des ganzen Standes, auf das entschiedenste verneint werden.

Es bleiben nun noch diejenigen Verordnungen übrig, welche auf die bayerischen Lyceen und Hochschulen Bezug haben. Sie sind in allen Zeitungen so viel besprochen worden, bieten immer noch den aufgeklärteren Geistern des Reichs einen traurigen Stoff, um über die Rückschritte der bayerischen Unterrichtsanstalten wehmüthige Betrachtungen anzustellen, und tragen endlich einen so verwickelten Charakter an sich, daß es den Raum dieser Blätter weit überschreiten würde, sollte hier ausführlich und allgemein verständlich darüber abgehandelt werden. Der Hauptzweck dieser Studienordnung ist dahin gerichtet, den Unterricht der Jugend, sowie überhaupt die ganze Volkserziehung wiederum von der Gewalt der Pfaffen abhängig zu machen, zugleich aber auch die Geister derer, die nach einer höheren wissenschaftlichen Bildung streben, in Fesseln einzuen-

gen, die, wenn sie auch von Einzelnen zerbrochen werden, doch im allgemeinen nicht ohne Wirkung bleiben, und eine geistige Unmündigkeit erzeugen werden. Das möchte es aber hauptsächlich sein, wonach man strebt, wenigstens wird es immer mehr offenbar durch die Ansiedlung und allmälige Verbreitung der Jesuiten, die jetzt sogar eine Erziehungsanstalt auf Subscription gründen, deren Grundkapital von 100,000 Gulden durch lebhafteste Theilnahme in den höheren Kreisen in kurzer Zeit bis auf eine geringe Summe zusammengebracht war.

Wir halten uns nicht für berufen, hierüber abzuurtheilen, wollen nur mittheilen, was geschehen ist, und deshalb darf nicht vergessen werden, daß die königliche Kabinetskasse zur Begründung des Klosters Frauenwörth 36,000 Gulden hergab, daß im Laufe des Jahres manche andere Stiftungen bedacht, der Orden Beatae Mariae virginis a charitate boni pastoris (von der Liebe

des guten Hirten) eingeführt ward und zu Niederviehbach (ein sehr ironischer Name) ein Kloster erhielt zur Aufnahme für gefallene Mädchen, Frauen und Wittwen und zum Schutze der jungen weiblichen Unschuld vor Verführung, daß ferner Sammlungen für die Franziskaner am heiligen Grabe veranstaltet, und noch viele andere Werke frommer Gesinnung ausgeführt wurden; daß aber die Benediktiner, einer der achtungswerthesten und für die Wissenschaften hochverdienten Mönchsorden, welche vor mehreren Jahren von Wien aus nach München gekommen waren, die Residenz wieder verließen und den Staub von ihren Füßen schüttelten. Die Benediktiner befanden sich unwohl in der römisch-jesuitischen Luft, und obgleich sie Alles angewandt hatten, dieselbe zu reinigen: so war ihnen dieser Prozeß doch nicht gelungen, und deshalb flohen sie die, mit Schwefeldünsten geschwängerte Atmosphäre, ein schlagender Beweis, daß die

heller sehende katholische Welt von ultramontanen und jesuitischen Umtrieben nichts wissen will.

Während man jedoch solchergestalt mit sogenannten heiligen Werken beschäftigt war, wurden von verschiedenen Seiten sehr laute Klagen gehört, daß man wichtige Dinge gänzlich vernachlässige. Man tadelte zwar nicht die Bemühungen, den Weg zum Himmel eben zu machen, meinte aber, da man, um zum Himmel zu gelangen, auch auf irdischen Wegen wandeln müsse: so sei es durchaus nicht für sündlich zu halten, wenn man an Verbesserung der Landstraßen, an die Anpflanzung von Bäumen und an die Befriedigung so vieler nothwendigen Bedürfnisse denke. Solche Klagen sind aber, so viel wir wissen, in den Wind verhallt, denn bis Dato haben wir nicht vernommen, daß man sich mit Abstellung derselben eingelassen hätte.

Wir können von Bayern nicht scheiden, ohne noch einige Bemerkungen zu machen, die, so

weit menschliche Berechnungen reichen, einen möglichen Einfluß auf die künftige Politik des Kabinetts haben können. Der Besuche des russischen Kaisers und seiner Gemahlin, so wie des Thronfolgers geschah schon Erwähnung, auch ward berichtet, wie sich an die plötzliche Reise des Kronprinzen von Bayern nach Potsdam, wo sich die kaiserliche Herrscherfamilie von Rußland im Anfange des Herbstes traf, Gerüchte knüpften, als sei es auf eine Familienverbindung zwischen Bayern und Rußland abgesehen. Diese Gerüchte haben sich jedoch als grundlos erwiesen, wie die im Anfange des Jahres, welche nichts anders verkündigten als eine Verbindung des Kronprinzen von Bayern mit der Prinzessin Clementine, der dritten Tochter des Königs der Franzosen. Dagegen hat ein anderes Ereigniß die europäische Welt in Erstaunen gesetzt, nämlich die nunmehr erfolgte Verlobung des Prinzen Maximilian von Leuchtenberg mit der Großfürstin Maria von

Rußland, eine Verbindung, bei welcher auf die Sprache des Herzens mehr gehört worden ist als auf die der Politik. Wir glauben dies um so mehr, da man bei dem Kaiser von Rußland den Selbstherrscher streng von dem Vater scheiden muß; was der Kaiser thut, sind Handlungen politischer Grundsätze, was aber der Gatte und Familienvater vollbringt, hat mit jenen kalten Prinzipien nichts gemein. Dies sind Akte einer zärtlichen Liebe für die Seinen, und es scheint, als habe der Selbstherrscher von Rußland in seinem Hause sich selbst einen Altar errichtet, an den er von Zeit zu Zeit flieht, um von den vollbrachten Pflichten einer sogenannten eisernen Nothwendigkeit auszuruhen. — Daß jedoch auch die Politik jener Verbindung nicht fremd geblieben, ist zum Theil durch öffentliche Blätter ausgesprochen worden, namentlich aber in einem Artikel, den die Schlesische Zeitung aus München unterm 15. December mittheilt. Es wird in

diesem Artikel zuerst davon gesprochen, daß, wie Rußland konsequent darin verfare, in seinem Reiche am allerwenigsten aber bei einem Mitgliede des Herrscherhauses einen Abfall von der griechischen Kirche zu dulden, ebenso Bayern immerdar dem katholischen Glauben treu bleiben und daher der künftige Thronfolger sich eine katholische Prinzessin zur Gemahlin erwählen werde, und weil dem so sei, könne auch von einem gespannten Verhältniß zwischen Rußland und Bayern, als Folge der jetzt stattgehabten Verbindung, nicht die Rede sein.

Nach dieser Einleitung heißt es in jenem Artikel wörtlich so: „Der russische Hof, von mehreren Seiten bedrängt, muß eine Ausdehnung der Allianzen wünschen. Dazu bot nun unser Königshaus die besten Aussichten. Einerseits war das verwandte schwedische Fürstenhaus,* das die

* Die Gemahlin des Kronprinzen Oscar von Schweden, Josephine, ist eine Schwester des Herzogs Maximilian von Leuchtenberg.

Einfahrt in's baltische Meer (den Sund) mitbeherrscht, zu gewinnen, und andererseits ein deutscher Mittelstaat, der durch Verwandtschaftsbande mit Oestreich verknüpft ist und Griechenland seinen Herrscher gab, in das lebendigste Interesse zu ziehen."

So weit wir diese Worte verstehen, deuten sie also darauf hin, daß sich Bayern fortan enger an Rußland anschließen und vielleicht sich allmählig von den Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes zurückziehen werde. Die künftige Politik Bayerns wird zeigen, ob jener Artikel für mehr als leeres Zeitungsgeschwätz zu halten sei.

Wir nähern uns nun dem Mittelpunkte des süddeutschen Lebens, den konstitutionellen Staaten Württemberg und Baden, die in vieler Beziehung eng verschwifert sind und schon durch ihre geographische Lage zum einträchtigen, brüderlichen Zusammenhalten aufgefordert sein dürf-

ten. In Württemberg trat wie in Baden gleich am Anfange des Jahres ein außerordentlicher Landtag zusammen, welche beide dem Namen nach ganz verschiedenartige Interessen zu berathen hatten, doch aber darin übereinstimmend handelten, daß sich in beiden Staaten die Kammern der Abgeordneten der vernichteten Verfassung Hannover's auf das kräftigste annahmen. Welche Wirkungen diese hochherzige Versechtung bis jetzt gehabt hat, läßt sich weder bestimmt angeben, noch sicher vermuthen, doch dürften die Schritte, welche der Bundestag zu Gunsten der Hannoveraner thun wird, im Zusammenhange mit den Verwendungen stehen, an welchen die Bundestagsgesandten der konstitutionellen Staaten es nicht haben fehlen lassen.

Was nun zuerst den württembergischen Landtag betrifft, so beschäftigte sich dieser mit der Berathung eines höchst dringenden Bedürfnisses, mit einem Strafgesetzbuch. Aus der Einleitung, welche

der Geheimerath von Schwab über diesen Gegenstand in der ersten Sitzung am 17. Januar gab, ging die trostlose Wahrheit hervor, daß man sich seit beinahe drei Jahrhunderten (nämlich seit 1551) mit einem Strafgesetzbuche beschäftige, jetzt aber erst dahin gekommen sei, den Ständen einen Entwurf desselben, den Anforderungen der Zeit entsprechend, vorzulegen. Es mochte vielleicht Einigen der Abgeordneten bei dieser Eröffnung einfallen, daß, wenn man so lange Zeit zu einem Entwurfe gebraucht habe, wahrscheinlich auch die Berathung dieses Entwurfs so lange dauern würde. Indesß hierin irrte man sich, denn die Berathung dauerte zuerst weit über 5 Monate wurde dann unterbrochen, aber wieder aufgenommen und auf eine Weise zu Ende gebracht, daß sie, bei Lichte besehen, noch gar kein Ende hat, sondern nur einstweilen schlummert, um einst wieder aufzustehen zu neuer Kraft und neuem Leben. Wie übrigens die Berathung theils von

einzelnen Abgeordneten, theils von den Regierungskommissarien (wobei indeß die wackeren Bemühungen einzelner Ständemitglieder nicht verlegt werden sollen) beurtheilt wurden, mag man aus den Worten des Geheimerath von Schwab schließen, der ganz laut erklärte: „das Strafgesetzbuch sei in 5 Monaten nicht weniger als dreimal durchgepeitscht worden und noch immer sei kein Ende abzusehen.“ In diesen Worten lag für die Deputirten gewissermaßen ein Vorwurf, allein der Abgeordnete Freiherr von Hornstein wies diesen zurück und sagte: „die Kammer habe das Bewußtsein, daß sie die fünf Monate ihres Beisammenseins an ihrem Leben abgefessen habe.“ — Will man nun diese Worte auch für eine Rechtfertigung gegen den oben erwähnten Vorwurf ansehen, so konnte doch auch der Sinn darin liegen, daß man sich fünf Monate hindurch vergeblich abgequält habe. Denn wenn man fünf Monate seines Lebens bei einer Sache absetzt,

so heißt das doch nur auf eine verblünte Weise, man habe fruchtlos Mühe und Arbeit daran gewendet, weil man von seinem Leben, d. h. von seinem geistigen, nicht fünf Monate abgesehen, sobald man in dieser Zeit etwas Heilsames hervorgerufen, geschaffen oder befördert hat.

Auf der anderen Seite war aber auch der Ausspruch des Regierungskommissarius vollkommen der Wahrheit treu, das Strafgesetzbuch war innerhalb fünf Monate im vollen Sinne des Wortes dreimal durchgepeitscht und doch nicht zu Ende gebracht worden. Dies hing nämlich auf folgende Weise zusammen: Zuerst nahm die zweite Kammer den Entwurf des Strafgesetzbuches beim Kragen, sah ihn links und rechts, oben und unten, von vorn und von hinten an, schnitt ihn auf, nahm die Eingeweide heraus und prüfte diese, d. h. die einzelnen Paragraphen mit ihren Neben- und Zusatzartikeln. Dabei gab es lustige und traurige Dinge zu hören, und es herrschte

oftmals in der Kammer eine große Heiterkeit, aber auch oft ließ sich Traurigkeit oder mindestens Verstimmung sehen. Viele Paragraphen erforderten lange Berathungen oder führten stürmische Debatten herbei, bei denen sich die Meinungen, der Scharffinn, das Praktische, das Volksthümliche, das Hinneigen zum Regierungssystem, der furchtlose und gesetzliche Ton der Opposition und alle die Farben kund gaben, die sich in einer Deputirtenkammer vorfinden müssen, soll sie einen wirklichen parlamentarischen Charakter an sich tragen. Auch fehlte es nicht an witzigen und komischen Redensarten und Bestimmungen. So gab in der 34. Sitzung am 3. März der 152. Artikel des Strafgesetzbuchs, der über die Beleidigung der Amts-Ehre handelt, Veranlassung zu Mittheilungen, die der niederen Beamtenwelt eben nicht sehr angenehm sein konnten. Zuerst bemerkte der Abgeordnete von Zeller: „Ein Beamter, der seine Schul-

digkeit thue, der zu unterscheiden wisse, wann er im Amte ist und wann nicht, der werde nicht beleidigt, er dürfe aber keine zu seinen Ohren haben. Man solle die Bürger mit Worten strafen, das wirke mehr als Freiheitsstrafen.“ Hierauf zog der Redner über die Notariats-Assistenten, die man, seiner Ansicht nach, nicht hätte zu den öffentlichen Dienern rechnen müssen, gewaltig her, nannte sie hochmüthige Leute und förmliche Kragbürsten, die man kaum ansehen dürfe, ohne daß sie nicht sofort ihre Amtschre für beleidigt hielten. Dieser Meinung waren auch die Abgeordneten Pfeleiderer und Schott, welcher letztere zur Bekräftigung seiner Aussage erzählte, er habe einen Ober-Amtsrichter gekannt, der als Ober-Amtmann einen Schultheißen mit so harter Stimme angefahren habe, daß dieser vor Schreck in Ohnmacht gefallen sei. Hieran ward noch von demselben Deputirten die Bemerkung geknüpft, daß die Beamten auf eine ganz gewis-

sentlose Weise mit der Zeit der Bürger umgingen und die, vom Amtssitze oft viele Stunden entfernt wohnenden Partheien lumpiger Bagatellen halber vorluden.

Diese Klagen gegen die Beamten mögen Manchem sehr unangenehm in die Ohren klingen, aber man sollte doch endlich zu der Einsicht kommen, daß das Publikum nicht der Beamten wegen da ist, sondern die Beamten des Publikums wegen. In Preußen hat man dies längst erkannt, und im Allgemeinen sind die dortigen Beamten überaus höflich, besonders aber die Postbeamten, die dort, wenn sie sich einmal vergessen, von dem Namen „Nagler“ förmlich elektrisirt und so geschmeidig werden, daß man sie um einen Finger wickeln kann. Die süddeutschen Postbeamten mögen sich dies hinter die Ohren schreiben, denn in der That, sie würden sehr gut thun, wenn sie von Zeit zu Zeit

„Alberti's Komplimentirbuch“ oder „Niggel's Umgang mit Menschen“ studirten.

Wir kehren nach dieser Abweichung in die württembergische Abgeordneten-Kammer zurück, wo sich bei den Strafbestimmungen für Verbrecher einzelne humane Stimmen gegen die Stockprügel erhoben, aber nicht ganz durchdrangen; vielmehr ward bestimmt, man müsse dabei bleiben, doch sollten die Stockschläge wissenschaftlich, d. h. im Beisein oder nach Vorschrift eines Arztes ertheilt werden, der die körperliche Beschaffenheit des zu Bestrafenden zu untersuchen habe. Bei den Verhandlungen über Vereine u. s. w. erhielt das sogenannte hochwichtige Associationsrecht den Todesstoß, und sehr richtig bemerkte Einer der Abgeordneten: man lebe, wie früher in einem goldenen, silbernen und eisernen, nunmehr in einem polizeilichen Zeitalter. Indes alle diese Dinge waren nichts gegen den Sturm, der sich gegen den berühmten und zugleich berühmigten

378. Artikel, in welchem über die Bestrafung „der Wilderer“ verhandelt wurde, erhob. Die Ansicht derjenigen, die als Volksvertreter auch nur das Wohl des Volks im Auge hatten, ging dahin, daß der Landmann, dessen Acker vom Wilde verdorben würde, auch das Recht haben sollte, sich mit Pulver und Blei dagegen zu sichern und das geschossene Wild dem Eigenthümer des Jagdreviers abzuliefern. Dies wollten die Jagdberechtigten nicht dulden, und als endlich mehrere Klauseln eingeschachtelt waren, ließ man sich manches gefallen, und nun gingen die einmal durchgepeitschten Artikel an die Kammer der Standesherrn, die sie ebenfalls durchpeitschten und Abänderungen machten, welche sie der zweiten Kammer wiederum vorlegten, um das ganze Gesetz von dieser zum dritten Male durchpeitschen zu lassen.

Hierauf bezogen sich die Worte des Regierungskommissarius, der also eigentlich ganz recht

hatte. Das Strafgesetzbuch wurde von Herodes zu Pilatus geschickt, aber nicht beendet, und scheiterte fast an dem berüchtigten Wildartifel. Die Standesherrn lehnten sich gegen diesen in einer Weise auf, wie sie kaum stärker hätte sein können, wenn man ihnen selbst mit schwarzem Pulver und bleiernen Pillen gedroht hätte. Aber warum handelte es sich auch? Es handelte sich darum, dem edlen Hochwild, d. h. hochgeborenen und hochwohlgeborenen Hirschen, Rehen, Säuen u. s. w. das bisher unbestrittene Recht zu erhalten, den Acker des Landmannes, seine Hoffnung, oft nur das Einzige, was er hat, ungestraft verwüsten zu können. Aber halt! — ungestraft sollte dies das edle Hochwild nicht thun, sondern der, dem solcher Schaden gestiftet, angerichtet, angethan worden, sollte um Entschädigung klagen dürfen, und diese Entschädigung erhalten, sobald sich die Haltbarkeit seiner Klage nachweisen lasse. Dies war indeß der Punkt,

an dem, einzelne, seltene Fälle ausgenommen, die Beschwerdeklagen entweder von vorneherein scheiterten oder sich später als unbegründet herausstellten. In der Regel fehlte es dem Kläger an Beweisen, und da die Hirsche, Rehe, Säue und dergleichen nicht so human waren und zu dem verklagten Theil oder zum Richter sagten: „Erlauben Sie, wir sind so frei gewesen und haben diesem guten Landmanne sein Saatzfeld vernichtet,“ so wurde der Mann abgewiesen, kehrte mit Grimm heim, nahm eine Flinte, verschaffte sich selbst Recht und hatte dann das Vergnügen, als Frevler, als Verlezer des heiligen, hochadligen Jagdrechts bestraft zu werden.

Diesem Uebelstande also wollte die Kammer der Abgeordneten abstellen, aber, obgleich der 378. Artikel so durchgefänt wurde, daß ihn jeder hätte leicht verdauen können, obgleich man Zusätze aller Art darüber goß, dennoch kam man damit nicht zu Stande, und suchte sich endlich

damit zu helfen, daß man sich, nach dem Muster schon vorhandener Wildschadensgesetze, ein ähnliches zuschneiden wollte, das jedoch auf dem außerordentlichen Landtage nicht mehr zu Stande kommen konnte und folglich auf bessere Zeiten verschoben werden mußte.

Die Urtheile, welche nun² seither über das neue Strafgesetzbuch im Publikum laut geworden sind, tragen eben nicht den Stempel der allgemeinen Zufriedenheit an der Stirn, besonders ist man darüber erbittert, daß man den Hochverrath in ein Schock und noch in ein paar Klassen und Unterabtheilungen getheilt und zergliedert und überhaupt eine so große Zahl revolutionärer Verbrechen aufgeführt hat, daß der Staat, worin diese möglicher Weise begangen würden, ein wahres Verbrecher-Kabinet oder Museum eröffnen könnte. Das ganze Gesetz trägt nur wenige Spuren der Zeit an sich, in der es entworfen und berathen wurde, und wenn es wahr ist, daß

man aus den Gesetzen den Charakter und Werth eines Volks am besten erkennt: so werden die späteren Geschlechter Württemberg's eben nicht viel Veranlassung haben, den moralischen und sittlichen Werth ihrer Vorfahren aus dem zweiten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts zu preisen.

In der That, die Härte, welche in dem Strafgesetzbuch herrscht und die wirklich glauben läßt, Württemberg wimmelte von Hochverräthern, Demagogen und polizeilichen Verbrechern aller Art, stimmt schlecht mit der Milde überein, die man hier gegen das unvernünftige Thier beobachtet wissen will. Wir können zwar diese Milde nur loben und halten uns den Vereinen zur Abstellung der Thierquälerei auf das dankbarste verpflichtet; aber wie es oft Gelehrte giebt, die drei Stunden und noch länger über die unbekanntenen Regionen des inneren Afrika sprechen können, von ihrem eigenen Vaterlande dagegen oft wenig oder gar nichts wissen, sich also um

das Fernliegende mehr bekümmern als um das Nahe: so geht es auch hier. Zuerst hätte man die Menschenquälerei abstellen sollen und sich dann an die Unterdrückung der Thierquälerei machen. Aber, wird man fragen, werden denn die Menschen im Württembergischen gequält? Nun, geschlagen und gemartert werden sie zwar nicht, wie dies in dem hochgerühmten Lande der Freiheit, den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit den unglücklichen Sklaven geschieht, allein wenn sich jeder junge Beamte, der oft noch in Zweifel ist, ob ihm Haare oder Federn um den Mund wachsen werden, erlauben darf, Bürger und Bauer, die doch beide den Grundpfeiler des Staats bilden, nach Belieben vorladen und wieder fortschicken, Stunden lang warten und zuletzt noch mit groben, ja gemeinen Reden ausschimpfen, und den, der sich dies nicht gefallen lassen will, auf diese oder jene Weise bestrafen lassen zu können: so fragen wir hier auf ganz beschei-

dene Weise, ob dies nicht die größte unverantwortlichste Menschenquälerei ist? Wem die heiligen Menschenrechte mehr sind als ein leerer Schall, wer nur einen Augenblick daran denkt, wie unendlich höher die Thätigkeit des geringsten Handarbeiters für das Gesamtwohl anzuschlagen ist als die eines aufgeblasenen, in der Regel ganz unnützen Schreibers, der wird in dem, was wir eben ausgesprochen, nur die Wahrheit, die bitterste Wahrheit erkennen, nicht aber die Absicht, den Beamtenstand im Allgemeinen zu verunglimpfen.

Wir wollen hoffen, daß diesem Krebschaden des südlichen Deutschland abgeholfen werde, denn ehe dies nicht geschieht, ehe nicht dafür gesorgt wird, auch dem Geringsten durch freundliches Entgegenkommen zu dem Bewußtsein seines eigenen Werthes zu führen, kann von einer eigentlichen Bildung des Volks gar nicht die Rede sein. Denn die Bildung besteht durchaus nicht

darin, lesen, schreiben und rechnen zu können, oder in den mittleren und höheren Ständen dies oder jenes gelernt oder studirt zu haben, sondern darin, daß man das, was man in der Schule gelernt hat, in das Leben überträgt, dies mit seinem Leben so verwebt, daß das Eine ohne das Andere nicht bestehen kann; mit einem Worte, die Bildung ist nur die Fertigkeit, im bewegten Leben mit Jedem so umzugehen, daß die erste Folge dieses Umgangs eine gegenseitige Achtung ist.

Eben bemerkt der Rh. Postillon, daß er in den Predigerton gerathen ist; das wollte er nicht, aber er hat für das Volk, für das Wohl desselben gesprochen. Für wen soll er als Postillon anders sprechen? Die höheren und höchsten Kreise liegen ihm fern, und er mag auch nichts mit ihnen zu thun haben. Also wieder zum Volke zurück und zwar zu dem in Württemberg, das man im Allgemeinen für ein fleißiges und im

höchsten Grade betriebsames hält, wie denn dies die vielen Fabriken und Manufakturen aller Art verrathen. Indesß trotz dieser Tugenden sind doch im Jahre 1838 bei ihnen Dinge zum Vorschein gekommen, die man eben dort nicht gesucht hätte. Wir erinnern hier an das Sektenwesen der Wiedertäufer, das immer mehr und mehr um sich greift und bei seinen Anhängern eine außerordentliche, ja eine glühende Begeisterung voraussetzen läßt, da sich, laut öffentlichen Berichten, Jünglinge und Jungfrauen, d. h. an gesonderten Räumen, noch zu Anfang des Decem- ber im Neckar taufen ließen.

Mit dieser religiösen Sekte tauchten auch einige irreligiöse empor, nämlich Schatzgräber, Wahrsager und Geisterbanner, die aber von Seiten der Behörde als Leute angesehen wurden, deren freie Künste der übrigen Gesellschaft nachtheilig werden könnten, auch schon geworden waren, und deshalb wurden sie festgenommen, und ihnen

Gelegenheit gegeben, entweder in stiller Abgeschiedenheit ihre Thorheit zu bereuen oder sich ungestört mit dem Studium ihrer Zauberwissenschaften weiter zu beschäftigen. Die ersten Beweggründe zu diesen wunderbaren Erscheinungen im Württembergischen sind noch nicht zur öffentlichen Kunde gekommen; ob daran eben der Mangel an Bildung und Aufklärung schuld sei, oder ob Einflüsse von außenher eingewirkt haben mögen, mag dahin gestellt bleiben. Vielleicht werden diese Dinge bei dieser oder jener Gelegenheit auf dem nächsten Landtage zur Sprache gebracht, und dann wird man ja hören, was die Herren Volksvertreter zu diesen einzelnen Volksverwirrungen sagen.

Ja so, vom nächsten Landtage, von den deshalb stattgefundenen Wahlen ist noch zu berichten. Diese Wahlen haben die württembergischen Blätter im Allgemeinen sehr beschäftigt, und besonders hat es der in Stuttgart erscheinende

Beobachter nicht daran fehlen lassen, die der Opposition angehörigen Deputirten, die meistens freiwillig zurückgetreten sind oder den Wunsch ausgesprochen haben, nicht wieder gewählt zu werden, zum neuen Eintritte in die Kammer zu bewegen. Auch der „Deutsche Courier“ hat ernste und eindringliche Worte an diese Herren gerichtet, doch hat man nicht vernommen, daß dadurch besonders viel bezweckt worden wäre. Im Gegentheil aus den Klagen, welche über die vielen Censurstriche bei den Artikeln, in denen die Jammerlichkeiten der Wahlen dargestellt wurden, hier und dort erschollen, läßt sich schließen, daß der bevorstehende Landtag Würtembergs den früheren in keiner Weise gleich sein werde. Nur Wenige werden gegen die Regierung im Interesse des Volks ankämpfen, und sollte der 378. Artikel des Strafgesetzbuches noch einmal auf diesem Landtage zur Sprache gebracht werden: so würde er wohl schwerlich heftigen Widerstand finden,

wenn ihn überhaupt das Wildenschadengesetz nicht ganz verdrängt.

Nicht so fruchtlos war die Wirksamkeit des außerordentlichen Landtags im Großherzogthum Baden, dazu zusammen berufen, um die Anlage einer Eisenbahn von Mannheim bis zur Schweizergränze bei Basel zu berathen. Der Minister Winter, einer der verdienstvollsten badischen Staatsmänner, der leider bald nach dem Schlusse des Landtags starb, und allgemein betrauert ward und noch betrauert wird, stellte das ganze Unternehmen als ein mit der Nationallehre eng verbundenes dar und knüpfte hieran die Ansicht, daß eben deshalb der Staat den Bau, wenigstens vor der Hand, übernehmen würde, ohne daß deshalb die Ueberlassung einzelner Zweigbahnen an Privatgesellschaften für die Zukunft nicht gestattet werden sollte. Der Entschluß ward schnell gefaßt, aber nach dem Tode Winters ist die Sache, wenn auch nicht in's Stocken gerathen,

doch so verzögert worden, daß man erst in den letzten Monaten des Jahres die Erdarbeiten für die Strecke von Mannheim bis Heidelberg begonnen hat.

Unterdessen hat es nicht an Gerüchten gefehlt, daß man die Bahn nach dem großartigen Plane, wie ihn Winter in seiner Eröffnungsrede angegeben, nicht ausführen, ja sie höchstens bis Karlsruhe ausdehnen werde. Man wolle sich durch diese Strecken erst überzeugen, ob überhaupt für Baden ein Vortheil daraus erwachse und dergleichen mehr. Wir halten alle diese Reden eben nur für Gerüchte, und sind überzeugt, daß, wenn ein wirklicher Nutzen aus dieser nationalen Unternehmung hervorgehen soll, die Bahn bis zu dem Punkte, den man ursprünglich als Gränzscheide angab, ausgeführt werden müsse.

Die Eisenbahnangelegenheit war es vorzüglich, welche die Aufmerksamkeit der Gesamtbevölke-

ung Badens in diesem Jahre in Anspruch nahm, und nur durch das große landwirthschaftliche Fest zu Karlsruhe wurde dies gemeinsame Interesse momentan in den Hintergrund gedrängt. Dies Fest sollte gleichsam Zeugniß ablegen von den Fortschritten des Ackerbaues und dessen, was dazu gehört, von denen des Gewerbefleißes und jeglicher Industrie. Damit war eine Lotterie verbunden, in der man auch Sachen und Gegenstände gewinnen konnte, die wenigstens, was ihren Namen betrifft, Baden nicht zum Vaterlande hatten. Dahin gehört vor allen Dingen der Champagner, und doch gab es Leute, die hielten ihn für ein Erzeugniß der vaterländischen Industrie. Ob sie sich geirrt, ob es wirklicher oder eslinger Champagner gewesen, kann nur für die von Interesse sein, welche so glücklich waren, dergleichen Fabrikate zu gewinnen; wir wollen nur noch ganz besonders der Rübenzucker-Industrie erwähnen, worin es Baden bereits so weit ge-

bracht hat, daß die, hier angewandte Methode in einigen deutschen Staaten nachgeahmt wird. Nicht gleiche Nachahmung dürfte die badische Pferdezuucht finden; denn an den Rossen, welche gleichsam als Musterbilder auf die Ausstellung kamen, fand sich Vieles auszustellen, jedoch ward der gute Wille erkannt und die Möglichkeit, daß auch in Baden dieser überaus wichtige Zweig der Viehzucht sich vervollkommen werde, nicht in Abrede gestellt. Außer diesem landwirthschaftlichen Fest, das übrigens von Landwirthen aus allen deutschen Staaten besucht wurde, ist im Großherzogthum Baden nichts vorgefallen, das die besondere Aufmerksamkeit Deutschlands auf sich gezogen hätte; denn die momentane Spannung mit Bayern wegen der Wasserbauten im Rhein bei Mannheim haben an sich zu viel Lokales, als daß sie nur von den nächsten Nachbarn hätten bemerkt werden können. Im Allgemeinen widmete man sich einer geräuschlosen Thätigkeit,

und wenn es auch im Sprichworte heißt: „Klappern gehört zum Handwerk;“ — so hat man doch vielfache Beweise, daß ein ruhiges, besonnenes Fortwirken ebenfalls zum Ziele führt.

Wir nahen uns jetzt dem größten deutschen Bundesstaate, dem Kaiserthume Oestreich, über welches wir eben nur das berichten können, was öffentliche Blätter darüber verkündet haben. In Oestreich sind es vor allen Dingen die riesigen Eisenbahn-Unternehmungen, die mit Recht das Staunen, die Bewunderung Deutschlands verdienen. So oft auch Berichte über Oestreich gegeben worden sind, nie hat man in Betreff der Eisenbahnen in die große Posaune gestoßen, sondern erst ist eine bedeutende Strecke vollendet, dann darüber öffentlich gesprochen worden. Diese praktische Manier ist es eben, die wir eben so, wie die bescheidene Thätigkeit der Eisenbahngesellschaft im Königreich Sachsen allen den deutschen Staaten als Muster empfehlen möchten, in

denen man vor lauter Berathungen, Generalversammlungen, Deputationen, und wie die Hemschuhe alle heißen mögen, nicht zur Sache kommt. In Oestreich wird ruhig fortgearbeitet, und wir werden erleben, daß die große Bahn von Wien nach Triest, zu welcher, wenn wir nicht irren, die Locomotive aus einer der Hauptwerkstätten der Vereinigten Staaten von Nordamerika bereits angekommen sind, eher befahren werden wird als die Taunus- oder München-Augsburger Bahn, welche beide, im Vergleich zu jener, doch nur als winzig erscheinen.

Denselben Weg, den Oestreich in seinem industriellen Wirken geht, wandelt es auch in politischer Beziehung, und, um ein schlagendes Beispiel anzuführen, nennen wir hier die Mailänder Amnestie, mit welchem Gnadenakt der Kaiser Ferdinand sein Regiment als gekrönter König des lombardisch-venetianischen Reichs angetreten hat. Niemand ahnte, daß dieser hochher-

zige Schritt geschehen würde, und als ihn die erstaunte europäische Welt vernahm, da ertönte ein lang anhaltender Jubel auf, und überall rief man den Namen Ferdinands und war überzeugt, es sei dieser Akt nicht ein Ergebnis politischer Berechnung, sondern der ungetrübte Ausfluß einer milden, gütigen Gesinnung. Zwar erhoben sich bald Neider, und stellten die Amnestie nur als ein Mittel dar, durch welches sich das östreichische Kaiserhaus im oberen Italien habe populär machen wollen; indeß solche gelbsüchtige Tadler können bald zum Schweigen gebracht werden; denn wenn wir auch annehmen wollen, es sei dies die Absicht des Kaisers gewesen: so segnen wir ihn darum nicht minder, denn wer solche Mittel erwählt, um sich die Liebe des Volks zu erwerben, der muß diese Liebe für etwas Edles halten. Oder glaubt man etwa, man könne mit edlen Mitteln einen unedlen Zweck verbinden wollen? — Schwerlich ließe sich dafür ein haltbarer

Beweis führen, und so sprechen wir denn hier laut die Ueberzeugung aus, daß der Kaiser mit seinem Gnadenworte nur Freude, eine reine ungeheuchelte Freude hat bereiten wollen.

Wie aber ward die Mailänder Amnestie von denen aufgenommen, die doppelte und dreifache Gelegenheit hatten, diesem erhabenen Beispiele zu folgen? Kalt und spurlos ging sie an ihnen vorüber, am wenigsten Anerkennung fand sie aber bei dem Staatsminister des Großherzogthums Hessen, wie dies bereits oben (S. 178) zur Genüge erwähnt worden ist. In keinem deutschen Staate hat die milde Handlung Kaiser Ferdinands bis jetzt Nachahmer gefunden, wohl aber ließt man seit einigen Monaten, wie folgt: „Man sagt (hierbei denke sich der Leser die Hauptstadt irgend eines größeren deutschen Staats, Karlsruhe und Dresden ausgenommen) in höheren Kreisen, daß die Gerüchte von einer demnächst zu erlassenden Amnestie immer mehr

an Wahrscheinlichkeit gewinnen, zumal da bei dem dormaligen Zustande der Angelegenheiten und bei dem täglich erfreulicher sich kundgebenden, gesunden Sinne des Volks die Mißbilligung gegen jene verderblichen Verirrungen immer lauter sich offenbare; jedoch dürfe man sich von oben herab hiermit nicht übereilen, weil dies leicht den Schein haben könne, als wolle man mehr dem gegebenen Beispiele denn einer inneren Neigung folgen, wodurch die wohlthätigen Resultate eines solchen Akts leicht verkümmert, wohl gar getrübt werden könnten.“

Dergleichen, auf Schrauben gestellte Redensarten ließt man, wie gesagt, seit Monaten in den Zeitungen und zwar in Organen der höheren Kreise, denn Volksblätter können solche subtilen Worte nicht benutzen, weil sie theils unverständlich sind, theils so viele Ausgänge und Hinterthüren haben, daß der eigentliche Sinn derselben, auch wenn man ihn zu haben glaubt, unter den

Händen entwischt und nicht wieder aufzufinden ist. Das Uergste bei der Sache ist jedoch die Hoffnung, die man hier und da mit solchen Artikeln in leichtgläubigem Herzen anregt. Mit welcher Sehnsucht mag Mancher, der vielleicht seine Verirrungen dreifach abgebüßt hat, der Erlösungsstunde entgegensehen, an die er gewiß noch nicht dächte, wäre nicht, auf schon erwähnte Weise, ein Hoffnungsstrahl in sein düsteres Leben gefallen. Alle diese Dinge sind der Mailänder-Amnestie nicht vorausgegangen, sie ist plötzlich in's Leben getreten und hat, wie unverfälschte, lautere Berichte verkündigen, deshalb auch auf das segensreichste gewirkt. Die Bewohner des lombardisch-venetianischen Königreichs sprechen mit Liebe von ihrem Herrscher und werden, wenn auch mit einem wehmüthigen Rückblicke auf ihre große Vergangenheit, doch jetzt sich immer mehr und mehr zu dem östreichischen Kaiserhause hingezogen fühlen.

Außer der Mailänder Amnestie verdient noch ein Akt des österreichischen Kabinetts Erwähnung, der, wie jene, plötzlich bekannt wurde, aber in politischen Gesellschaften Deutschlands sehr viel Sensation erregte, weil darin ein Weg der österreichischen Politik offenbar wurde, auf dem man sie gerade nicht anzutreffen glaubte. Dieser Akt ist kein anderer als der Abschluß eines Handelsvertrags mit Großbritannien, der um so bedeutungsvoller erschien, als man bald darauf vernahm, daß durch einen Ferman des Sultans die Verbindung der südlichen Häfen des schwarzen Meeres durch einen Kanal mit der Donau befohlen sei. Hierdurch wurde es klar, daß Oestreich, welches die Pulsader seines Reichs, die Donau, von allen lästigen Hemmungen befreit sehen und sich einen ungestörten Handel nach dem schwarzen Meere erwerben wollte, sich fortan mehr zu England als Rußland hinneigen würde. Handelsverträge sind, wie lange Erfahrung lehrt, ent-

weder die Vorläufer von Waffenallianzen oder sie dienen statt derselben, und hierauf gestützt, jubelten Viele, und jubeln noch, daß man in der Stunde der Gefahr auf Oestreich würde rechnen können.

Indeß noch ist an diese Gefahr nicht zu denken, wiewohl bayerische Politiker Rußland für sehr bedrängt und wichtiger Allianzen bedürftig erklären. Haben diese Ansichten nur einigen haltbaren Grund, so wäre die Reise des russischen Kaisers, sein Besuch bei vielen deutschen Höfen erklärbar. Jedoch das sind nur Vermuthungen, und allein nur diese lassen sich über den Einfluß des nordischen Kolosß auf das westliche Europa aussprechen. Nach dem Süden hin gegen die gebeugte, tief erschütterte Pforte spielt Rußland die Rolle eines Vormunds, und scheint, um gleichsam die muhamedanische Welt in sich zerreißen zu wollen, den alten Vicekönig von Aegypten in steten Unabhängigkeits-Träumereien zu erhalten,

um sich seiner, sobald die Stunde schlägt, als eines Werkzeugs gegen den Großherrs zu bedienen. Rußlands Einfluß bei der Pforte sowie in der Moldau und Wallachei ist überwiegend, und obwohl England denselben um ein Bedeutendes geschwächt hatte, wofür wenigstens die enge Verbindung zwischen der englischen und türkischen Flotte sprechen durfte: so muß doch Rußland abermals den Sieg davon getragen haben, denn die englischen Offiziere, welche sich in Konstantinopel zum Dienst auf der türkischen Marine meldeten, sind, versteht sich, sehr höflich zurückgewiesen, dagegen der russische Gesandte bei der Pforte, Hr. Butenieff, für seine nützlichen Bemühungen von seinem Herrn und Gebieter, dem Selbstherrscher, zum Ritter des weißen Adlerordens ernannt worden. Dabei glaubt man doch allgemein, daß der Sultan, dem der Friede von Adrianopel noch immer in den Gliedern liegt, sich bei erster, bester Gelegenheit den russischen

Netzen entwinden werde, nur müßte er sich dann nicht derjenigen seiner Staatsdiener entäußern, die, wie aus ihren Reformen hervorgegangen ist, sich mit aller Macht dem russischen Einflusse widersetzen.

Mit welchen Augen Rußland die europäische Türkei, Konstantinopel und die Straße der Dardanellen ansieht, das begreift man auch ohne Brille, und daß dahin gearbeitet wird, über kurz oder lang, die osmanische Welt über den Haufen zu stürzen, ist ebenfalls, auch wenn die Engländer den europäischen Völkern darüber noch kein Licht aufgesteckt hätten, gar nicht zu bezweifeln. Dies Streben Rußlands ist durch seine Einnischung in die persischen Angelegenheiten so deutlich hervorgetreten, daß die Engländer sich dagegen genöthigt sahen, auch ihrerseits einzuschreiten und dadurch die Aufhebung der Belagerung von Herat, einer Stadt, von der man, obgleich sie fast in jeder Zeitung des Jahrs 1838 genannt,

täglich genannt wurde, doch sehr wenig weiß, zu erzwingen. Diese Verwicklungen zwischen Rußland und England im fernen Osten, die Unterstützung Persiens von Seiten Rußlands, sein geheimes Einverständniß mit dem Vicelkönig von Aegypten (der wahrscheinlich auch nur aus Hinnegung zu Rußland statt des bisher üblichen Stockes die Knute als Strafinstrument einfuhrte), und auf der anderen Seite die enge Handelsverbindung zwischen der Pforte und England, welcher auch Frankreich beigetreten ist, sowie die scheinbaren Gefahren, welche dem britischen Ostindien durch Rußland drohen, zuletzt der oben erwähnte Kanal, der die Donau mit den südlichen Häfen des schwarzen Meeres verbinden und die Donauschiffahrt von den russischen Chikanen an den Donaumündungen befreien soll, dies Alles nennt man die große orientalische Frage, deren Lösung oder weitere Verwicklung wahrscheinlich dem Jahre 1839 vorbehalten ist. Das Verhältniß, in wel-

chem der Vicekönig von Aegypten zum Sultan steht, wird der orientalische Status quo genannt, und unsere oben gegebene, ganz einfache Erklärung paßt dazu ganz vortreflich.

In diese orientalische Frage drängt sich bereits seit einer Reihe von Jahren für Rußland ein Gedankenstrich, der, wie es scheint, immer länger werden will und Stoff zu sehr unerfreulichen Gedanken giebt. Dieser Gedankenstrich ist der Kampf gegen die, zwar an Rußland abgetretenen, aber bis jezt noch nicht unterworfenen Stämme des Kaukasus, unter denen die schön-
gestalteten, kräftigen und zugleich klugen Tscherkessen, die kühnsten Reiter und besten Schützen, die man kennt, oben an stehen. Alle Bemühungen Rußlands, diese Bergvölker gänzlich von sich abhängig zu machen, sind bisher gescheitert und werden für die Zukunft fast unmöglich, da, den neuesten Nachrichten zufolge, mehrere kaukasische Stämme, die durch ihre Sprache und lange

Erbfeindschaft von einander getrennt waren, sich zu dauernder Freundschaft und zu gleichem Hasse gegen den gemeinsamen Feind vereinigt haben. Alle Mittheilungen von jenem Kriegsschauplatz verdanken wir französischen und englischen Blättern, die freilich nicht immer sehr wahrheitsliebend sind, in den über den Escherkessenkampf gelieferten Berichten aber, wie man in ganz neuester Zeit erfahren hat, sich aller Uebertreibungen enthalten haben. Russische Blätter sind bisher über diesen Gegenstand stumm geblieben, was man eben für kein günstiges Zeichen ansehen könnte, hätten nicht eben diese Blätter erklärt: der Escherkessenkampf würde für eine Angelegenheit des Hauses angesehen, und eigene sich daher nicht zu öffentlichen Mittheilungen; soviel sei indeß gewiß, daß englische und französische Blätter hierüber meist Unwahrheiten enthielten. — Mit solchen, man möchte fast sagen plumphen Redensarten suchten die russischen Zei-

tungen die Niederlagen zu bemänteln, die seit einer Reihe von Jahren den russischen Truppen in den Kaukasusländern jede nur wichtige Erwerbung unmöglich machten, und viele deutsche Blätter erzählten das ruhig nach, machten die Anstrengungen der Escherkessen lächerlich und schlossen ihre salbungreichen Worte immer mit dem Ausrufe: „wenn Rußland ernstlich wollte, so würde das kaukasische Häuflein mit einem Schlage zerdrückt!“ —

Daß hierin für Rußland der Vorwurf einer beispiellosen Grausamkeit, einer Nichtachtung des Blutes seiner eigenen Krieger liegt, haben diese deutschen Lobredner des nordischen Kolosses, wie es scheint, nicht erwogen, denn wenn es Rußland mit dem Escherkessenkriege nicht Ernst ist, so führt es denselben nur aus Zeitvertreib, und sieht vielleicht den Kampf um die Küstenstriche der kaukasischen Berge nur für ein weites Grab an für diejenigen, welche auf diese oder jene

Weise sich des Todes schuldig gemacht haben. Dergleichen darf man nicht glauben, vielmehr ist als wahr anzunehmen, daß an dem ungünstigen Terrain, an den Schwierigkeiten, einer großen Armee hinreichenden Unterhalt zu gewähren, und endlich an der Tapferkeit und Freiheitsliebe der Kaukasier bisher alle Anstrengungen gescheitert sind. Warum will man das nicht glauben? Hat sich nicht in dem Unionsstaate Florida in Nordamerika dasselbe Beispiel gezeigt? Haben dort nicht 6 bis 800 entschlossene Seminolen-Indianer, begünstigt durch das Terrain, gegen eine zwanzigmal größere Uebermacht stets siegreich gekämpft und dem humanen und freisinnigen Kongreß in wenigen Jahren 10 Millionen Dollars aus dem Sackel gelockt? Mit Wölfen, die entschlossen sind, ihre Freiheit mit dem Leben zu bezahlen, ist schwer Krieg zu führen, und das hat Rußland in den letzten Zeiten auch in Escherkessien erfahren. Man lese nur die Mittheilungen des französischen Rei-

senden Dubois de Montperreux aus den Kaukasusländern; und wohl zu merken, Hr. Dubois ist ein warmer Verehrer von Rußland, und hat auch dazu die gegründetste Ursache, denn man hat ihn in Rußland mit großer Zuvorkommenheit aufgenommen und seine wissenschaftlichen Forschungen auf alle Weise „unterstützt. Dennoch aber entwirft er von dem Zustande der russischen Garnisonen das traurigste Bild und sagt unter anderem: „Zu Gagra ist ein Bataillon in einem Raum von einigen hundert Schritten, auf einer brennenden Sandküste eingeschlossen und wagt nicht, die geringste Bewegung zu machen. Die Soldaten können das Fort nicht verlassen, ohne Gefahr zu laufen, getödtet oder gefangen zu werden; ja die mit Waldung bedeckten Felsen beherrschen das Fort dergestalt, daß man nicht einmal innerhalb seiner Mauern völlig sicher ist. Die Eiskerfessen können, hinter den Büschen versteckt und auf den hervorspringenden Felszacken sich

postirend, sogar von der Höhe herab bis in die Straßen und Häuser schießen. Soldaten wurden da getödtet oder verwundet, und die Offiziere sahen bei ihrer Mahlzeit die Kugeln ganz ruhig zu den Fenstern hereinfliegen.“

Nur wenige der festen Plätze bieten bessere Sicherheit als der eben angeführte, und daraus ließe sich denn doch der Schluß ziehen, daß die Vortheile, welche Rußland bisher in dieser „Angelegenheit des Hauses“ errungen hat, sehr wenig von Nachtheilen unterschieden, und die Berichte englischer und französischer Blätter der Wahrheit in den Hauptsachen treu geblieben sind.

Weiter wäre im Allgemeinen von Rußland nichts zu berichten, und wenn wir uns nach diesen Notizen noch einmal zu einem flüchtigen Ueberblicke über Deutschland wenden, ehe wir dem westlichen Europa unsere Aufmerksamkeit schenken: so geschieht es nur deshalb, weil Rußland ganz besonders in diesem Jahre so viel

Sympathie für einzelne deutsche Fürstenhäuser gezeigt hat. Zwar will man wissen, daß, als der Kaiser auf seiner Rückreise längere Zeit in Weimar verweilte, verschiedene kleine Fürsten nicht die Ehre haben konnten, Allerhöchstdemselben ihre Aufwartung zu machen, indeß wer kann für die Wahrheit dieses Gerüchts bürgen, und wenn die Sache an sich wahr ist, so waren dazu ohne Zweifel verschiedene Beweggründe vorhanden. Warum sollte sich auch der Kaiser auf einer so beschwerlichen Reise nicht eine Erholungszeit gönnen?!

In den Staaten des deutschen Landes, welche wir hier nicht besonders aufgeführt haben, war ein sogenanntes Stillleben vorherrschend: das konstitutionnelle Königreich Sachsen entwickelte die theuer errungene Verfassung immer mehr und mehr und von den übrigen sächsischen Landen läßt sich wenig melden. Eben so war es mit Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig,

in welchem letzteren man sich recht erfolgreich mit Eisenbahnen beschäftigte, und sich darin das Königreich Sachsen zum Muster genommen hatte, d. h. nicht viel sprach, aber desto mehr that.

Von Bremen und Lübeck gingen meistens kaufmännische Berichte, und von dem ersteren auch Schiffe mit Auswanderern aus, unter denen zum Theil sich auch Leute befanden, die in der neuen Welt ungestört ihrem Glauben anhängen wollten, was sie eben in Deutschland nicht konnten, ohne mit der Polizei, obgleich sich diese sonst um den Glauben wenig bekümmert, in unangenehme Berührung zu gerathen. In den Lippeschen Ländern herrschte theils Jubel, theils Trauer; diese wegen der Zollumarmung Hannovers, jene wegen des Hermann-Denkmal's, das man jetzt, nachdem 1830 Jahre darüber vergangen sind, dem Befreier Deutschlands vom römischen Joche setzen will, und wozu bereits alle erlauchtesten Personen Deutschlands ansehnlich bei-

gesteuert haben. Die Denkmalswuth ist überhaupt eine Krankheit unserer Zeit, die freilich immerdar zu loben bleibt und, außer dem Zollverbande, manche Veranlassung zu freundlicher Annäherung bietet. Von diesem Gesichtspunkte aus muß man auch das große Sängerefest in Frankfurt am Main, das in dieselbe Zeit fiel, in welcher man in Paris die Julitage feierte, ansehen. Dieses Fest war in seiner Weise großartig und hatte neben dem edlen Zwecke der Mozartstiftung auch noch das Gute, daß es gleichgestimmte Geister näher brachte, ihnen vielleicht für ihre ganze Zukunft einen gewissen Haltpunkt gab und einen Tag in ihr Leben hineingewebt hat, dessen Rück-erinnerung wohl nicht ohne Genuß sein kann. Solche Feste sollten sich wiederholen, damit der genußreichen Stunden nicht so wenige wären.

In der That, deren sind sehr wenige, und auch die mögen eben nicht Ueberfluß daran gehabt haben, die einen Theil des Sommers in den

reizenden Bädern des Herzogthums Nassau verbrachten. Ueber die Badezeit mögen wir nicht sprechen, denn da wir wahrscheinlich schon hier und da Anstoß erregt haben, daß wir nicht Bade-Saison oder schlecht weg Saison sagten, so wäre es möglich, daß wir noch ärgere Mißgriffe begingen, wenn wir über das Leben in dieser Saison einige Worte fallen ließen. Eben so gestehen wir offen, daß uns alle interessantesten Zeitungen aus dem Herzogthume Nassau fehlen, und doch ward dies sehr oft genannt, oder vielmehr das Haus Nassau. Allein dies geschah stets in Verbindung mit Holland und Belgien, oder in Bezug auf Limburg und Luxemburg, und so wollen wir denn über dies Kapitel abhandeln.

Zu Anfang dieser Blätter (S. 15) ward erwähnt, daß der 24 Artikel-Standal oder mit anderen Worten der Streit zwischen Holland und Belgien wieder anfing, nachdem die Grünwaldgeschichte so beigelegt worden war, daß weder

der Eine noch der Andere der Gegner in benanntem Walde Holz fällen durfte. Kaum hatte man demnach die holländisch-belgische Frage wieder auf's Tapet gebracht, so versammelten sich zu London abermals die Herren, welche zum Theil an den 24 Artikeln schon mitgearbeitet hatten, und machten Anstalten zu neuen Protokollen, um die angeregte Frage zu beantworten. Es handelte sich dabei um die Schuld, und um die Territorialfrage. Ueber Beides wurde zu London berathen, verhandelt und protokolliert, und während dies geschah, entspann sich zunächst zwischen Holland und Belgien, dann aber zwischen Frankreich, England und Deutschland ein Federkrieg, in welchem das Recht der Holländer und das Unrecht der Belgier auf dieser, und das Unrecht der Holländer und Recht der Belgier auf jener Seite mit wüthender Erbitterung vertheidigt wurde.

Den größten Lärm erhob man wegen Limburg und Luxemburg, die durch den 24 Artikel-Vertrag, dem sich auch die Belgier fügten, an Holland zurückgegeben werden sollten. Luxemburg ist als Großherzogthum das Band, welches den König von Holland mit dem deutschen Bunde politisch, und mit dem Herzogshause Nassau als Familienmitglied enger verbindet, so daß also bei der Abtretung desselben an Belgien Familienrechte eines deutschen Hauses und politische Rechte des deutschen Bundes nothwendig zu beseitigen sind. Daß diese Rechte ihren guten Grund haben, kann und wird nie in Zweifel gestellt werden, und die Belgier sahen dies auch bei der Vorlage der 24 Artikel zur Genüge ein und machten keine Einwendungen gegen die Abtretung der erwähnten Gebiete. Auch England und Frankreich dachten nicht daran, den Holländern diese Provinzen zu entziehen, sondern traten nur feindlich gegen Holland auf, um den Belgiern Ruhe und Anerken-

nung ihres politischen Lebens zu verschaffen. Dennoch wollte der König von Holland nichts von den 24 Artikeln wissen, und so blieb der Traktat, zu dessen Vollziehung nothwendig die beiden Partheien gehörten, im strengsten Sinne des Wortes ungültig, und Belgien im Besiz von Limburg und Luxemburg.

Jetzt soll Belgien beide Gebiete herausgeben, und will nicht, am wenigsten wollen es aber die Limburger und Luxemburger. Sie haben nun an die sieben Jahre thätigen Antheil an der Entwicklung Belgiens genommen und die belgische Freiheit hat sich bei ihnen so eingebürgert, daß sie bei Anregung der 24 Artikel Freiheitsbäume aufrichteten und die preußische Besatzung der Bundesfestung Luxemburg dermaßen in Harnisch brachten, daß sich diese wiederholentlich genöthigt sah, die Freiheitsbäume wieder zu vernichten. Die ganze Sache dreht sich übrigens nur darum, ob die Bewohner von Limburg und Luxemburg,

die sich unter belgischer Herrschaft ganz wohl befinden, den Willen haben dürfen, nicht holländische Unterthanen sein zu wollen, oder ob sie sich den bestehenden, oben erwähnten Rechten fügen müssen. Die Entscheidung des Handels sieht ganz leicht aus, und doch ist sie sehr schwer, und nur dann würde sie nicht schwer zu entscheiden sein, wenn die Belgier 500,000 kampfsgeübte Krieger hätten, um ihren Willen durchzusetzen. Leicht möglich, daß dann ihr Wille zum Rechtsgrundsatz erhoben würde.

Die Londoner Konferenz hat übrigens in Betreff der Schuldfrage auf Antrieb Frankreichs gegen Belgien eine gewisse Billigkeit vorherrschen lassen, vielleicht nur, um sie desto geneigter zur Abtretung der streitigen Gebiete zu machen. Davon ist aber bei den Belgiern, obgleich in den letzten Tagen des Jahres die Bank zu Brüssel so gut wie bankerott machte, nicht die Rede, vielmehr herrscht ein durchaus kriegerischer

Geist in der Nation, der bis jetzt weder die Bauheit Frankreichs, noch die bedrohliche Erklärung Englands, Belgien würde durch seine widersinnige Rüstungen sich ganz Europa auf den Hals laden, unterdrückt worden ist.

Hierzu kommt, daß die belgische Geistlichkeit, in der letzten Allocution des Papstes vom 13. September als der thätigste Arbeiter im Weinberge des Herrn herausgestrichen, eine ganz eigene Rolle spielt. Schon der vergebliche Kampf, den sie gegen die Freimaurer begann, offenbarte, daß sie der eigentlichen Aufklärung in den Weg treten will, und noch mehr beweisen dies die belgischen Jesuiten und sonstige Missionäre, die kein Mittel unversucht lassen, um einen überwiegenden Einfluß auf das Volk zu gewinnen, auch gewiß bisher sehr thätig waren, die katholischen Rheinländer Preußens in Aufregung zu bringen. Die allgemeine Religionsfreiheit schützt ihr Treiben, und nur da, wo die Aufklärung selbst ihnen

Trog bietet, scheidert ihr Streben. Dabei ist es merkwürdig, daß die belgischen Jesuiten die politische Aufregung noch mehr anzufachen suchen und sich so den Schein geben, als begünstigten sie die Freiheit; allein dies geschieht nur deshalb, um auf solche Weise desto größere Macht auf die Gemüther zu erlangen. Wie dies nun in einem Lande möglich ist, das in industrieller Beziehung zu den ersten Europa's gehört, scheint fast räthselhaft, und doch ist dies Räthsel vorhanden, und wird so lange ein Räthsel bleiben, bis es Belgien, nicht mehr bedroht von holländischen und deutschen Waffen, sondern nur mit sich und seiner inneren Entwicklung beschäftigt, selber auflöst.

Indeß vor der Hand ist wohl an diese Auflösung nicht zu denken, denn die Londoner Konferenz hat auf das Bestimmteste ausgesprochen, daß sich Belgien den sogenannten Territorialbestimmungen fügen müsse, und vielleicht wäre

schon jetzt die gutwillige und erzwungene Abtretung von Limburg und Luxemburg erfolgt, hätte nicht Frankreich einen Aufschub bis zum 15. Februar 1839 ausgewirkt, also bis zu einer Zeit, in welcher es den Kalenderbestimmungen zu Folge recht toll und lustig hergehen kann, denn ungefähr in diese Zeit fällt die Faschingsnacht, und die Belgier hätten dann die beste Gelegenheit, sich eine freundliche Maske anzulegen, d. h. gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Jedoch darf man nicht glauben, daß gerade deshalb Frankreich jenen Termin ausgewirkt, sondern man will, wenn auch Ludwig Philipp und seine Minister bereits erklärt haben, Belgien müsse den 24 Artikel-Traktat vollziehen, die Meinung der französischen Deputirtenkammer in dieser Sache vernehmen, und zugleich abwarten, was man möglicher Weise im englischen Palamente dazu sagen dürfte.

Die belgische Regierung, d. h. König Leopold und seine Minister, sind bei der Sache am schlimmsten daran; sie wissen nicht, was sie thun sollen und haben bisher ein so schwankendes System befolgt, daß das Volk aus ihnen nicht klug geworden ist. Holland, das zunächst theilhaftig ist, ist seinem Charakter so ziemlich treu geblieben, hat immer dem Dinge ruhig zugesehen und fängt erst jetzt, wo die Belgier die fürchterlichsten Missethungen machen, sich zu bewegen an, wobei es nicht ganz ohne Besorgniß wegen der Theilnahme ist, welche die Bewohner der angränzenden französischen Provinzen für die Sache der Belgier zeigen. Ob der König von Holland an die Möglichkeit gedacht hat, daß das französische Volk, ohne sich gerade an dem Willen Ludwig Philipp's und seiner Minister zu kehren, doch den Belgiern beistehen könnte, mag dahin gestellt sein; fast möchte man aber glauben, daß er dies nicht gedacht, denn die Macht des Königs der Franzosen,

sein überwiegender Einfluß auf alle auswärtigen Angelegenheiten, die gänzliche Abhängigkeit des Ministeriums von seinem Willen, die Schläfrigkeit der Deputirtenkammer und die nichtsagenden Phrasen der Herren Pairs, dies Alles waren zu wichtige Erscheinungen und konnten wohl zu dem Glauben berechtigen, daß der König der Franzosen so gut wie unumschränkter Herr dastehet, und daß sein Wille auch der Wille der Nation sei.

Wir verließen Frankreich schon zu Anfang dieser Blätter (S. 27.) und hatten dort in kurzen Umrissen ein Bild von den Bestrebungen der Deputirtenkammer gegeben, auch erwähnt, mit welchem Grimme die Opposition über alle Regierungshandlungen herfiel und den Ministern den Himmel so trübte, daß diese bei dem heitersten Wetter eigentlich immer im Regen saßen. Das hatte sich übrigens auffallend herausgestellt, daß die Minister nur an der Stelle gültiger Zahlen standen, daß sie nur Nullen waren und der

König selbst, als die erste vollgültige Zahl von der Linken zur Rechten, dem Ministerium erst seinen Werth gab. Hierin wollte aber die Opposition, hierin wollten alle Partheien, selbst die, welche absolute Grundsätze verfochten, ein Hinneigen zur alten Monarchie sehen, und daß die, so dergleichen glaubten, gerade nicht so unrecht hatten, offenbarten verschiedene Seifenblasen, die von den Vertretern des alten Regiments geschickt in die Luft geworfen wurden, allein eben so schnell vergingen sie wie sie entstanden waren. So erklärte Henri Konfrède, ein alter Ritter der Monarchie, d. h. so lange er etwas davon hat, wie Staberl sagt, dieser erklärte in dem Journal „Presse“: „Ich habe das Recht, mich monarchisch zu nennen, weil ich es bin, weil ich es aus Ueberzeugung, ohne Interesse, aus Instinkt bin, weil ich, hätte ich unter der Restauration gemußt, was ich heute weiß, monarchisch gesinnt gewesen sein würde, wie ich es heute

bin.“ — Man sieht es auf den ersten Blick, daß diese Erklärung ganz aus der Ueberzeugung hervorgegangen ist, welche das französische Ministerium durch kluge Benugung der geheimen Fonds, durch Anstellungen u. s. w. zu erzeugen weiß; und wenn auch Erklärungen und Ansichten dieser Art gar keinen Werth haben, so können sie doch als Beweis dienen, daß man von oben herab darauf ausgeht, sie ins Leben zu rufen.

Wenn man dergleichen Pläne in einem konstitutionellen Staate verfolgt, in einem Staate, dessen König ein Bürgerkönig ist, so läßt sich daraus der Schluß ziehen, daß sich besagter Bürgerkönig entweder in seiner Stellung unbehaglich oder nicht ganz sicher fühlt, und daß demnach auch die kleinsten Besorgnisse weggeräumt, selbst verdächtige Bücher vernichtet werden müssen. Nun hatte aber der König Ludwig Philipp die Erfahrung gemacht, daß ihm eine fanatische Parthei, die aus Frankreich, Gott weiß was? — machen

wollte und noch will, nach dem Leben gestrebt, ein Sproßling des napoleonischen Hauses aber nach nichts Geringerem als nach der Krone Frankreichs die Hand ausgestreckt. Dies Letztere that der Prinz Louis Napoleon durch das Straßburger Attentat. Er wurde, obgleich er in die Hände des Königs fiel, wieder in Freiheit gesetzt, kehrte nach Jahr und Tag von Amerika aus über England mit einem französischen Passe nach der Schweiz zurück, wo er auf dem Schlosse Arenenberg, im Kanton Thurgau, ein, wie man allgemein sagte, zurückgezogenes Leben führte. Er erhielt das Bürgerrecht in der Schweiz, und zwar weniger wegen seiner Verdienste, als um das Andenken an seine Mutter und ihre Mildthätigkeit zu ehren. Ob Louis Napoleon von hier aus neue Pläne geschmiedet, wollen wir nicht entscheiden; indeß einer seiner Anhänger, der Erlicutenant der Artillerie, Hr. Paity, fand sich berufen, über die Straßburger Geschichte eine

Broschüre zu schreiben, auf die man bald nach ihrem Erscheinen nicht nur eine polizeiliche Hezjagd ansagte, sondern den Verfasser verhaftete und einen Prozeß gegen ihn einleitete, dessen Entscheidung der, zum obersten Gerichtshofe sich umbildenden Pairskammer übergeben ward.

Mit einer wahren Wuth fiel die Opposition über diesen papiernen Hochverrathsprozeß her, und alle Galle, die sich in dieser Parthei just vorrätzig befand, wurde über den König und sein Ministerium ausgeschüttet. Von allen Seiten her bombardirte man gegen den Pairshof los, und bewies, daß er seit der glorreichen Revolution, also während des Bürgerkönigthums, nicht weniger als acht Hochverrathsprozesse zu entscheiden gehabt hatte.

Unter einem wirklichen Regen satirischer, den bittersten Hohn und Spott auspeiender Brandraketen, fing der Pairshof seine traurige Arbeit an und endete sie mit der Verurtheilung des

genannten Leity zu einer Strafe von 10,000 Franken und fünfjähriger Haft, wobei jedoch von einigen Blättern die Hoffnung in Aussicht gestellt wurde, daß vielleicht die glückliche Entbindung der Herzogin von Orleans von einem Prinzen auch für den Verurtheilten in sofern glücklich sein dürfte, als sich hieran wahrscheinlich seine Begnadigung knüpfen werde. Indes die Herzogin von Orleans ist am 24. August, also wenige Wochen nach der Verurtheilung Laity's mit einem Prinzen glücklich niedergekommen, dieser Neugeborene wurde Graf von Paris genannt, und mit einem Ehrendegen beschenkt, aber er hat mit diesem Friedensschwerte das Verdammungsurtheil Laity's nicht zerhauen, sondern dieser mußte in sein Gefängniß wandern, während in den Tuileries und zum Theil auch in Paris der ausgelassenste Jubel über die Geburt des künftigen Erben des Bürgerthrones herrschte. Daß indes dieser Jubel nicht allgemein war, verriethen die

Randglossen, welche die Oppositionsjournale zu diesem wichtigen Ereigniß machten, und namentlich las man in dem starren Republikaner, dem „National,“ bei der Geburtsanzeige aus dem Buche des Abbé Lamenaïs „Worte eines Gläubigen“ eine Stelle, die also lautet: „Ich sah in einer Wiege ein Kind, schreiend und geifernd, und um dasselbe waren Greise, welche zu ihm: Herr! sprachen und es knieend anbeteten. Und ich begriff alle Erbärmlichkeit der Menschen.“ So und in ähnlicher Weise eiferten die Oppositionsjournale, aber sie trübten die Freude des Königs nicht.

Der Paity'sche Prozeß war, wohl zu merken, vor der Feier der Julitage entschieden worden, und man wollte wissen, es sei dies in der Absicht geschehen, um etwanige verborgene Pläne im Voraus zu unterdrücken und denen, welche mit Störungen schwanger gingen, solche Furcht einzujagen, daß sie mit ihren Ideen gar nicht nie-

verkämen, sondern höchstens Fehlgeburten zu Tage brächten. Nur mit Bezug hierauf, erscheint auch das Rundschreiben erklärbar, welches der Minister des Innern, Herr v. Montalivet, an die Gendarmerieobersten erließ, ihre Thätigkeit lobte und sie zu verdoppeltem Eifer durch die pomphafte Phrase antrieb: „daß die Gendarmerie das Auge und der Arm der Regierung sei, und sich ihre Thätigkeit überall äußern müsse.“

Dies Rundschreiben verfehlte auch seine Wirkung nicht, vielmehr zeigte sich die Julifeier so miserabel, daß man denen nicht Hohn zur Last legen konnte, die da behaupteten, die Begeisterung der großen Nation für die glorreiche Revolution sei abgekühlt, und alles Interesse an dem konstitutionnellen Leben werde durch die materiellen Interessen, Aktienschwindeleien u. s. w. verschlungen. Dem Kabinette mußte diese Abkühlung ganz angenehm sein, denn es ging eben mit dem Plane um, einen Hauptstreich, und zwar

gegen die Schweiz, auszuführen, von woher seit einiger Zeit, wie man in den Tuileries meinte, napoleonische Gewitterwolken anzogen, und sich über dem Königsstuhle ansammelten. Genug, man war in Paris ängstlich über die Ränke, welche angeblich auf dem Schlosse Arenenberg gesponnen wurden, und eine kategorische Note des Herrn Grafen Molé forderte von der Schweiz die Vertreibung des Prinzen Louis Napoleon. Dieß Unsinne Frankreichs erregte in der Schweiz einen argen Skandal, vergrößerte die Zwietracht unter den Eidgenossen, rief viel Rodomontaden hervor und hauchte zuletzt den Kantonen, die in dem Verlangen Frankreichs, einen ihrer Bürger zu vertreiben, eine Verletzung der schweizerischen Souverainetätsrechte sahen, einen solchen kriegerischen Muth ein, daß man auf nichts geringeres als einen wüthenden Kampf rechnete. Hierin zeichneten sich besonders die, hart an Frankreich gränzenden Kantone Genf und Waadt aus, die

wirklich die ernstlichsten Anstalten machten, dem Einfalle des an den Gränzen zusammengezogenen französischen Heeres mit den Waffen zu begegnen. Indesß als die Sache auf die höchste Spitze getrieben war, verließ der Prinz Louis Napoleon freiwillig die Schweiz und begab sich nach England, wo er, wie man sagt, sehr glänzend lebt, sich „Kaiser“ nennen läßt und von den englischen Journalen benutzt wird, um durch Mittheilung seiner Projekte und Pläne dem Könige der Franzosen trübe Stunden zu bereiten.

Und wirklich an trüben Stunden hat es dem Könige Louis Philipp und seinen Ministern auch nach der Geburt des Grafen von Paris nicht gefehlt. Was zuerst die Minister betrifft und namentlich den Grafen Molé, so ärgerte sich dieser mehr als dienlich über die Triumphe, welche der Marschall Soult in England feierte. Man sprach in allen Blättern, in allen Birkeln nur über ihn; man nannte ihn bereits als Premier-

minister und erfand ganz besonders pomphafte Ceremonien, mit welchen ihn der König nach seiner Rückkehr aus England empfangen würde. Soult kam, und Molé war untröstlich. Aber siehe, der Herr war mit ihm, und es sollte ihm geschehen, wie einst dem Juden Mardachai, den der König Ahasverus prächtig schmücken und auf ein Ross setzen und durch die Stadt führen und vor ihm ausrufen ließ: So wird man thun dem Manne, den der König gerne ehren wollte. — Nun ward zwar Molé nicht auf ein Ross gesetzt, sondern der König beehrte ihn auf seinem Schlosse Champlatreux, allwo ein Ministerrath gehalten wurde. Also ging die Sonne der königlichen Gnade über Molé auf und fortan verschwand alle Trauer aus seinem Herzen wegen der Lobgesänge, die man Soult gebracht hatte und noch brachte.

Molé bedurfte übrigens dieser Gnade mehr als jemals, denn die Opposition fing an, seine

Verwaltung auf eine Weise durchzuziehen, wie sie bisher nicht erhört worden war. Die Angelegenheit mit der Schweiz, die See-Expeditionen gegen Mexico und einen anderen südamerikanischen Staat, das schwankende Betragen in der belgischen Angelegenheit, das förmliche Zurückdrängen alles französischen Einflusses auf die Angelegenheiten des Orient, die schmählichen Betrügereien eines gewissen Chaltas, welcher Dokumente des Ministeriums nachgemacht und sie für ansehnliche Summen dem niederländischen Diplomaten Fabricius verkauft hatte, der Prozeß gegen den „Temps,“ der wegen einer Mittheilung über eine geheime Sitzung der Pairs verklagt und gerichtet ward, dann unzählige andere Dinge, bei denen Bestechungen und unverdiente Gunstbezeugungen zur Sprache kamen, dies Alles ward öffentlich besprochen und immer nur benutzt, um die Verwaltung auf das fürchterlichste mit Schmach zu beladen und in den Staub zu ziehen. Zu

wiederholten Malen nannte man die Minister Drahtpuppen, die von den Tuilerien aus regiert würden; man erschöpfte sich in Klagen, über die allmälige Vernichtung der Verfassung und prophezeite den Sturz des Ministeriums nicht mehr als eine wahrscheinliche, sondern als eine gewisse Sache. Zum Unglück erhob sich nun auch die Nationalgarde und fing an, ein allgemeines Wahlrecht zu verlangen. Hierzu wurde eine förmliche Subscription eröffnet, die freilich nicht die Resultate lieferte, welche die Opposition erwartet haben mochte.

Der König blieb mitten in diesem wilden Treiben ruhig, und strebte besonders seit der Geburt des Grafen von Paris sichtbar dahin, sich mit Rom und überhaupt mit der Geistlichkeit auszuföhnen. Dies ist ihm denn auch ganz vortreflich gelungen und das neu geschaffene Bisthum in Algier mag nicht wenig dazu beigetragen haben, daß der Papst in feierlicher Ver-

sammlung den König der Franzosen seinen lieben Sohn in Christo nannte.

Unterdessen rückte die Zeit heran, wo man an eine neue Kammereröffnung denken mußte. Jetzt ging in der That eine wahre Hezjagd auf die Minister an, und es zeigte sich in der Feindschaft gegen dieselben eine so große Uebereinstimmung, daß sich fast alle politischen Partheien zum Sturze Molé's und seiner Kollegen vereinigten. Ob dieser erfolgen, ob dadurch Belgiens Schicksal entschieden, Spaniens Elend verringert, das Wohl Frankreichs auffallender befördert und das vielfach verletzte konstitutionnelle Leben wieder hergestellt werden wird, sind Fragen, die hinter dem Vorhange der Zukunft liegen. So viel ist gewiß, daß man aus der Thonrede, mit der die bevorstehende Kammersitzung eröffnet worden ist, nichts über die Zukunft Frankreichs erfahren hat. Sie ist, wie immer, so auch diesmal ein tönendes Erz und eine klingende Schelle

gewesen, und für Belgien war nichts darin, daß die Limburger und Eurenburger zu dem Glauben berechtigten dürfte, sie würden fortan im Genusse der belgischen Freiheit bleiben.

So wenig aber die Belgier auf ihren französischen Vormund rechnen können, eben so wenig, und wo möglich noch weniger, dürfen sie sich Hoffnung auf die Hülfe Großbritanniens machen. Dieß Weltreich ruhte scheinbar nach dem Krönungstage seiner Königin aus, dann wandte man sich aber mit aller Thätigkeit zu den auswärtigen Geschäften, welche dem britischen Ministerium weit wichtiger schienen, als die belgischen Angelegenheiten. Canada und Ostindien nebst Persien und der Türkei waren die Punkte, worauf man vor allen Dingen die Aufmerksamkeit richtete.

Persien schien ein wenig, oder wie viele meinten, sehr viel in russische Abhängigkeit gerathen zu sein, und es verbreiteten sich sehr beunruhigende

Gerüchte, daß die Belagerung von Herat nicht nur zum Theil von russischen Genie- und Artillerieoffizieren unterstützt werde, sondern daß auch russische Hülfsstruppen auf dem Marsche seien. Fast in jeder Parlamentssitzung wurde Lord Palmerston, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, gefragt, wie es mit den Nachrichten stehe, welche die Regierung aus dem Orient erhalten. Der gute Palmerston gerieth in arge Verlegenheit, denn entweder wußte er zur Zeit von den Dingen nichts, oder er wollte sie nicht wissen. Genug, alles Bestürmen half nichts, man brachte aus dem Minister kein Wort heraus; bis plötzlich die Botschaft anlangte, die ostindische Kompagnie habe sich einer wichtigen Insel im persischen Meerbusen bemächtigt und sei im Stande, von hier aus den Schah von Persien im Schach zu halten. Zugleich hieß es auch, man sei russischen Umtrieben an den Gränzen des britischen Ostindien auf die Spur gekommen;

man rüste sich mit aller Macht, und der Krieg zwischen England und Rußland sei kaum noch zu vermeiden.

Einen herrlicheren Stoff hätten sich die Zeitungen Englands nicht wünschen können. Nun ging es an das Politisiren; man stellte zusammen, was nur irgend zu einander paßte, zog Vergleiche zwischen der russischen und englischen Seemacht, berechnete den Weg, den ein russisches Heer von der Südküste des caspischen Meeres bis zu den Gränzen Ostindiens zurückzulegen hätte, zog dabei die aufrichtigen Gesinnungen Frankreichs in Zweifel, schimpfte nebenbei auf dessen Civilisationskriege in Mexico und an der Küste von Südamerika, freute sich, daß England den russischen Einfluß auf das osmanische Reich überflügelt habe, machte viel Aufhebens von der Verproviantirung der türkischen Donaufestungen, sah in dem mit der Türkei abgeschlossenen Handels-Vertrage eine förmliche

Allianz des Großherrn gegen Rußland, und machte Berechnungen, wie den heldenmüthigen Tcherkessen am besten und leichtesten zu helfen sei. Indesß alle diese politischen Reden, Aeußerungen, Vermuthungen und Ansichten blieben eben das, was sie waren, und nur bei der Gelegenheit, als der Vicerönig Mehmed Ali von Aegypten Miene machte, sich als unabhängigen Herrn zu erheben, brachten England und Frankreich den alten Herrn nicht nur auf andere Gedanken, sondern sie zwangen ihn auch gewissermaßen, dem Handelstraktat zwischen England und Frankreich auf der einen und der Pforte auf der anderen Seite beizutreten, wodurch freilich das Monopolsystem des Vicerönigs scheinbar vernichtet wurde, aber in der That immer noch besteht. Denn wer dasselbe nicht respektirt, dem läßt er die Bastonade geben, und kehrt sich dabei an seiner Unterschrift nicht im Geringsten.

Dies ist auch das Einzige, was von Seiten Englands in der sogenannten orientalischen Frage geschehen ist. Sonst aber hat es seinen Einfluß auf den Sultan wieder verloren, dagegen aber die Belagerung von Herat rückgängig gemacht. Die Bewegungen in Ostindien sind rein auf die Wiedereinsetzung eines vertriebenen Herrschers aus Afghanistan berechnet, und neueren Berichten zufolge, sollen auch diese kriegerischen Operationen eingestellt werden. Dabei ist jedoch nicht zu verkennen, daß zwischen Rußland und Großbritannien eine arge Spannung obwaltet, die leicht, wenn nicht diplomatische Niederschlagsmittel angewendet werden, zum Bruche führen kann. Auf die Ausrüstung seiner Flotte verwendet England eine anhaltende Thätigkeit, um im Nothfalle nicht überrascht zu werden.

Konnte indeß das britische Parlament, so lange es noch beisammen war, nichts in der orientalischen Sache wirken, und mußte es, nach seiner

Aufhebung, mit ansehen, wie die britischen Interessen in Konstantinopel durch Herrn Ponsonby, einen Mann, der alles durchzusetzen im Stande ist, sobald er keinen Widerspruch findet, rein verpfuscht wurden: so schritt es desto kräftiger in Canada ein, und erklärte, durch den gewaltigen und oftmals fanatischen Brdugham aufgeregt, Alles, was der edle und mäßige Graf Durham angeordnet und vollführt hatte, für null und nichtig. Durham hatte mehrere Rebellen zur Deportation verurtheilt, dies und der Umstand, daß er einige Leute angestellt, die in England nicht besonders gut angeschrieben waren, regte die Opposition gegen ihn auf, und wiewohl die Minister Alles anböten, den edlen Grafen zu halten: so vermochten sie es doch nicht. Er fiel, der weise, milde und prachtliebende Durham, aber nicht auf den Kopf; er fiel nur von dem Generalgouverneurssitz herunter, d. h. vor Schreck, daß man in die Weisheit seiner Maaßregeln

Zweifel gesetzt und sie für ganz gewöhnliche Dinge und Absichten angesehen hatte. Mit anderen Worten, als er die Nachricht von der Wichtigkeitserklärung seiner Handlungen vernahm, da wurde er blaß vor Zorn und Grimm, Thränen verletzten Stolzess rannen über sein sonst wohlgebildetes Antlitz und er sprach zu den versammelten Männern von Canada: Seht her, Ihr Unterthanen einer schönen und liebenswürdigen Königin, so behandelt man einen Beamten, einen Generalgouverneur, der seine Pflicht erfüllt hat. Ich rufe Euch zu Schiedsrichtern zwischen mir und der englischen Regierung auf, und hiermit nehme ich meinen Abschied und bedauere Euch, denn wenn ich mich entfernt haben werde, wird mit dem Wiederausbrechen der Revolution schweres Unglück über Euch kommen.

Solche Worte sprach Durham zu den Männern von Canada und diese entbrannten vor Zorn und machten ein hölzernes Bildniß, gleich eines

Menschen Sohn, dem thäten sie Kleider an und führten es auf einem Wagen daher und riefen zu dem Volke: seht ihr Männer von Canada, dies ist Brougham, der schlechte Mensch, der unseren Staathalter verlegt hat; auf laßt uns sein Bild verbrennen und die Asche in die Winde streuen. Und siehe, also thaten die Männer von Canada; Brougham aber war zu selbiger Zeit fröhlich und guter Dinge und verlachte den Grimm derer, die sich fruchtlose Geldausgaben gemacht.

In solcher Weise verfuhr man mit Durham, und wenn er in etwas Genugthuung finden konnte (und kann) für die ihm angethane Schmach, so ist ihm diese vielleicht geworden in dem erneuerten Aufstande, der bald nach seiner Abreise von Canada dort ausbrach. Indesß wie beim ersten Aufstande, so vernimmt man auch bei dieser Wiederholung nichts anderes als Siegesberichte, und da das Martialgesetz wiederum proklamirt

ist und Alle, die mit den Waffen in der Hand zu Gefangenen gemacht werden, Hochverräther und dem Tode verfallen sind: so kann man sich leicht denken, daß es den Henkersknechten in Canada jetzt nicht an Beschäftigung fehlt. Und wirklich hat man drei Galgen bauen lassen, und seit dem 8. December haben die Exekutionen begonnen. Merkwürdig ist es, daß man fast in allen englischen und nordamerikanischen Blättern die Behauptung findet, die Canadier würden von russischen Agenten aufgehetzt. In Folge dieser Behauptungen soll sich denn auch unter den Gefangenen, die in den letzten Zeiten gemacht worden sind, ein russischer, nach Anderen ein polnischer Oberst von Schulz befinden, der an dem schon vorher genannten Tage gehängt worden ist.

Trotz der erfochtenen Siege verlangt Sir F. Colborn, gegenwärtig Gouverneur in Canada, 10,000 Mann Hülfsstruppen, woraus zu schließen ist, daß entweder der Aufstand an sich einen

weit gefährlicheren Charakter hat, oder daß die häufigen Desertionen die englischen Regimenter dünn gemacht haben. Dem sei nun wie ihm wolle, so stellt sich doch als gewiß heraus, daß Ober- und Niedercanada in kürzerer oder längerer Zeit für England verloren gehen und ohne Zweifel den nordamerikanischen Freistaaten zufallen. Wie die Regierung oder vielmehr das englische Volk darüber denkt, werden wir in der Parlamentssitzung des Jahres 1839 erfahren.

Im Inneren Großbritanniens haben nach der Vertagung des Parlaments die seltsamsten Ausgänge stattgefunden, und nie, seit die Reformbill den Hauptanstoß zu Volksversammlungen gegeben hat, waren sie so an der Tagesordnung. Dahin gehören besonders die Versammlungen der Arbeiter-Vereine, die der Ultraradikalen und die der Radikalen, die alle, diese in mäßiger, jene in fanatischer Weise nach einer durchgreifenden Reform der Verfassung streben, ein weit ausge-

dehntes Wahlrecht, jährliche Parlamente und vor allen Dingen Vernichtung der Korngesetze haben wollen. Der letzte Punkt scheint der bei weitem wichtigste, auf seine endliche Beseitigung ist jetzt die Hauptkraft aller hervorragenden Volksfreunde gerichtet, und es steht zu erwarten, daß in der nächsten Parlamentsession ein gewaltiger Sturm gegen die, die heillosen Korngesetze vertheidigenden Tories losbrechen wird. In Irland hat D'Connell die sogenannte Vorläufer-Vereine gebildet, deren Ziel kein anderes ist, als die katholische Kirche frei zu machen, in politischer Beziehung aber den Irländern gleiche Rechte mit den Engländern zu verschaffen. Gelingt dies nicht, so sollen die Vorläufer-Vereine auch dazu dienen, daß das Volk in Masse auf die Aufhebung der Vereinigung mit England dringt und für sich ein freies und unabhängiges Regiment fordert.

So sehen wir also Großbritannien nach Innen und Außen großentheils mit sich selbst beschäftigt und dies mag im Wesentlichen dazu beigetragen haben, daß man sich der Belgier nicht sonderlich annahm.

Hiermit schließen wir die, im Zusammenhange gegebene Uebersicht der Ereignisse des Jahres 1838, und führen unseren Lesern die übrigen Staaten in einzelnen Bildern vor.

Die Schweiz.

Die Eidgenossenschaft hat in diesem Jahre zweimal Gelegenheit gehabt, einzusehen, daß ihr zur Eintracht weiter nichts fehlt als eben die Eintracht oder die Harmonie. Denn außer dem ewigen kirchlichen und politischen Skandal unter einander, haben sich die Partheien in Schwyz, die Horn- und Klauenmänner so geprügelt, daß bis diesen Augenblick noch an keine Versöhnung zu denken ist; und dann hat der Streit mit Frankreich wegen des Prinzen Louis Napoleon offenbart, daß in der Schweiz die elendsten Philister, erbärmliche Geldseelen zu Hause sind. Diese lebendigen Solawechsel sind besonders in Basel zu finden, während namentlich in Freiburg die Schüler Loyola's ihr Wesen treiben und mit ihren Trüffelnasen nach allen Weltgegenden hin

riehen, ob sich nicht irgendwo einiges Futter für Rom auffinden lasse. Geldaristokratismus, Despotismus, Jesuitismus, Ultramontanismus, Liberalismus, Servilismus, mit einem Worte, alle diese Dinge und Ansichten sind in der Schweiz zu Hause und stehen einander gegenüber; kein Wunder also, daß der Kampf anhaltend fort dauert. Die sogenannte Schweizer Einfalt ist auf die höchsten Gletscher geflohen und dort festgefroren. Nur hier und da ist sie noch zu finden, aber in Dürftigkeit. Wäre die Schweiz immer arm geblieben, sie wäre vielleicht noch unüberwindlich.

Spanien.

Die Ereignisse, welche sich im verfloffenen Jahre in Spanien zugetragen haben, sind mit weniger Ausnahme nur eine Wiederholung der früheren. Das unglückliche Land scheint dazu

bestimmt zu sein, der Gegenwart ein düsteres Bild zu bieten, in welches die beiden politischen Hauptpartheien Europa's, die Liberalen und Absoluten, je nach ihren Ansichten die Schattenstriche hineinzeichnen. Die Absoluten schreiben alles Unglück Spaniens auf Rechnung der Liberalen und entlehnen von hier ihre Beispiele, wohin der Liberalismus führt. Die Liberalen machen es ebenso. Die zwischen beiden Partheien in der Mitte stehen, die sogenannten Gemäßigten, sind, um ein Jean-Paul'sches Gleichniß zu brauchen, dasselbe in der politischen Welt, was die Häringe unter den Fischen. Diese leben immer in salzigem Wasser und werden doch ungesalzen an's Land gezogen. Das klingt vielleicht komisch, indeß es ist doch so.

Um aber wieder auf das düstere Bild Spaniens zurückzukommen, so wollen wir uns dies, der besseren Uebersicht wegen, etwas zergliedern. Zur Linken stellen wir, da nach den Worten der

Schrift die Böcke immer zur Linken stehen, die Carlisten, geschaart um das Banner des absoluten Don Carlos, geführt von fanatischen Mönchen und grausamen Feldherren. Ueber sie hin schwebt der Segen des apostolischen Stuhls, und aus einer Wolke, die von Norden heranzieht, regnet es Manna, in der Gestalt von Realen und anderen Münzsorten. — Zur Rechten erhebt sich der konstitutionnelle Thron der achtjährigen Isabella II., gestützt von ihrer Mutter, der Königin-Regentin Christine, um welche sich zahllose Minister und Volksvertreter reihen, die auch den Thron aufrecht halten wollen, aber nicht wissen, wo sie zuerst anfassen sollen und sich deshalb von Zeit zu Zeit zanken. Um diese Gruppe bemerkt man einige Feldherren, von denen der erste, gekleidet in Schlafrock und Schlafmütze, unaufhörlich gähnt, während sich die anderen mißtrauisch ansehen. Darüber hin bewegt sich ein leerer Kasten, mit der Aufschrift

„Staatschatz,“ und diesem folgt eine Wolke, die wie eine Quadrupel-Allianz aussieht, und aus welcher sich mehrere Hände deklamatorisch bewegen und Sympathieen und zärtliche Gefühle herabstreuen. Zwischen beiden Partheien stürzt sich ein Blutstrom dahin, aus dessen brausenden Wellen Sterbegerimmer und Verwünschungen aufsteigen. —

Dies ist das Bild, welches Spanien zur diesjährigen Geschichts-Ausstellung Europa's geliefert hat.

Portugal.

Dieser Garten Europa's hat zwar an seiner Fruchtbarkeit wenig verloren, aber statt edler Südfrüchte trägt der Boden die giftigen Pilze der Partheisucht und Ungesetzlichkeit, der Revolution und Anarchie. Neben diesem Unkraute ist im verflossenen Jahre auch eine neue Konstitution

gepflanzt worden, aber ob sie Wurzel gefaßt hat, ob sie wachsen, blühen und Früchte tragen wird, das weiß die Gärtnerin, die Königin Maria selber nicht. Vielleicht wäre dem Gedeihen der Pflanze ein milder Wind günstig, der aber direkt von Rom her wehen müßte. Mit anderen Worten, man arbeitet daran, sich für die Zustände Portugals den Segen der Kirche zu erbitten, und sollte dieser ertheilt werden, so würde vielleicht mit diesem himmlischen Gut sich auch irdisches einstellen, wir meinen Geld! — Die Anhänger Don Miguels, die während des größten Theils des Jahres der rechtmäßigen und größtentheils anerkannten Regierung auf der Nase spielten, treiben jetzt nicht mehr so arg ihr Wesen, und dies dürfte vielleicht Folge der milderen Gesinnungen in Rom sein. Die Cortes sind zum ersten Male nach dem Erlassen der Constitution vom 4. April 1838 gegen Ende des Jahres versammelt worden, haben aber bis jetzt nichts ge-

than. Sie wollen sich besonders mit den Finanzen des Landes beschäftigen, eine Arbeit, welche die Herren Deputirten, wenn sie dieselbe vollbringen, zu Halbgöttern erheben wird. Von der Thätigkeit des Königs hört man wenig, aber so viel hat man erfahren, daß er jetzt der Landessprache vollkommen mächtig ist. Vielleicht befaßt er sich jetzt mehr mit Regierungsgeschäften; denn das sieht wohl Jeder ein, daß man ein Volk, dessen Sprache und Gewohnheiten man nicht kennt, auch nicht beherrschen kann. Fürsten, die das Schicksal zu solchem verdrießlichen Geschäft beruft, sollten, ehe sie die Hand nach der Krone ausstrecken, vorher fleißig Grammatik und Länder- und Völkerkunde studiren.

Dänemark.

Eine Menge Ständeverfassungen brachten in die dänische Welt in diesem Jahre mehr öffentliches Leben als der, sonst humanen Regierung gut schien. Dänemark liegt immer mit Schleswig und Holstein im Kampf, aber ohne diesen Kampf hätte der Staat gar kein Interesse, und man würde sich im übrigen Europa noch weniger darum bekümmern, als es jetzt geschieht. Und dennoch sorgt Dänemark dafür, daß man sich über seine Straßenbauten unterhalten kann. Diese sind ein Muster der Mangelhaftigkeit. Die Handelswege sind so schlecht, daß auch der kaltblütigste Kaufmann darüber in Verzweiflung geräth.

Die Dänen selbst haben für gute Straßen kein Interesse, dagegen halten sie viel auf Finanzübersicht und Pressfreiheit, Dinge, die freilich die Nachlässigkeit gegen ein Hauptbeförderungsmittel

des Verkehrs etwas entschuldigen. Die Freiheit der Presse geht den Dänen über Alles, und wie unabhängig ihre Gerichte von der Regierung sind, geht daraus hervor, daß das Landes-Obergericht die Zeitung „Kjöbenhavnspost,“ gegen welche die Regierung dreimal aufgetreten war, dreimal freisprach und die Regierung zum Theil in die Kosten verurtheilte. Diese brachte nun sämtliche Sentenzen an das Höchste-Gericht, und dies entschied zu Gunsten der Pressfreiheit. In Staaten, wo solche Gerichte bestehen, darf man erwarten, daß auch andere Uebelstände abgestellt werden. Im Uebrigen sind die Dänen gute Leute, und sollte sich ein Prinz ihres Regentenhauses mit der Königin von England vermählen, dann werden sie sich gewiß auch bemühen, das Bombardement von Kopenhagen (1807) zu vergessen. Von Zeit zu Zeit blicken sie sehnsüchtig nach Norwegen, mit dem sie von 1397 bis 1814 vereinigt waren.

S c h w e d e n .

Das Neujahrsfest fing in Stockholm, dem Mittelpunkte des schwedischen Lebens, sehr lustig an, und es herrschte von oben nach unten herab eine solche Popularität, daß auf dem Balle in der Börsenhalle Mitglieder der königlichen Familie mit Bürgertöchtern, und die Bürgertöchter oder Söhne mit Mitgliedern des königlichen Hauses tanzten. Wenn ein Jahr so anfängt, so glaubt man in der Regel, daß es auch so enden werde. Jedoch darin irrte sich das königliche Haus und das Volk, auch einige Beamten irrten sich. Es waren nämlich ärgerliche Streizigkeiten wegen einiger Pressvergehungen ausgebrochen, und ein gewisser Assessor Crusenkolpe wurde wegen einer Schrift, in welcher er der Regierung eben keine Schmeicheleien gesagt hatte, zu langjähriger Festungsstrafe verurtheilt. Das Volk sah hierin eine Verletzung der Pressfreiheit, und es trat,

ohne sich durch die hohe Anwesenheit des Großfürsten Thronfolger von Rußland stören zu lassen gegen mehrere Staatsbeamte auf und revoltirte in einer Weise, daß die Glasermeister damit gar nicht unzufrieden waren. Es wurden viele Fenster eingeworfen, auch gegen Militairpersonen in einer Weise verfahren, die eben nicht friedlich erschien. Genug es fanden Auftritte in der Hauptstadt Statt, die man der Beurtheilung Crusenstolpe's, der Juden-Emancipations-Verordnung und dem Hinneigen an Rußland zuschreiben wollte. Die Sache dauerte einige Zeit, und dann hat man sich wieder beruhigt und eingesehen, daß Schwedens Verfassung der beste Schild gegen die Willkühr von oben her ist. Ueber Finnland seufzen zwar die meisten Schweden, aber eben diese Seufzer dürften das Herrscherhaus abhalten, sich zu Rußland hinzuneigen. Ueber die Verlobung des Herzogs Maximilian von

Leuchtenberg, der Schwager des Kronprinzen von Schweden, mit der Großfürstin Maria, haben sich die Schweden noch nicht ausgesprochen.

G r i e c h e n l a n d .

Von Griechenland ein vollständiges Bild zu entwerfen, ist um so schwerer, da man in der That in arge Verlegenheit kommt, wo man Licht und Schatten anbringen soll. Am besten ist ein gewisses Halbdunkel, ein Licht, bei dem man nicht gut sehen kann, das aber doch so viel Helle verbreitet, um sich vor dem Fallen zu hüten. Griechenland ist ein Staat, dem zwar in Athen selbst nicht viel zur Kultur fehlt, aber in den näheren und weiteren Provinzen von der Hauptstadt würde man, einige Plätze ausgenommen, selbst mit einer Staarbrille keine Kultur entdecken. Das Innere von Griechenland ist ein fortlaufen-

der Räuberroman, dem in so fern alle Spannung fehlt, als es der Regierung an den nöthigen Soldaten mangelt, um eine gewisse Spannung herbeizuführen. Es besteht zwar ein Conscripti-
 onsgesetz, allein die meisten Einwohner sehen die Nothwendigkeit nicht ein, sich conscribiren zu lassen. Dazu kommt, daß man von bayerischen Soldaten nichts wissen will und unaufhörlich darauf dringt, alle Fremden zu entfernen. Die Regierung, von dem jungen und thätigen Könige selbst geleitet, hat kein Geld, aber auch nicht sonderlich geschickte Minister, und trotz des Sparsystems befinden sich die Finanzen in der Kindheit, also ist es kein Wunder, wenn der ganze Staat noch in den Kinderschuhen steckt. Hieraus wollen Rußland und Frankreich helfen, aber England nicht eher, bevor nicht das griechische Volk eine Verfassung erhalten hat. Als nächste Folge hiervon muß man die beiden Partheien, die russische und englische ansehen, von denen die

erflere,
 wahrsc
 schieht
 eine Ei
 jektirt w

Eultan
 Remitter
 Kation, be
 Er sitzt in
 russischen
 auf dem W
 der ihn vo
 macht, den
 Denn, woh
 oder bildet
 diese aber f

erstere, von Bayern und Frankreich unterstützt, wahrscheinlich die Oberhand behalten wird. Geschieht dies, so dürfte schon im nächsten Jahre eine Eisenbahn von Athen nach Petersburg projektirt werden. —

T ü r k e i.

Sultan Mahmud, der große Reformator, der Vernichter der Janitscharen und Freund der Civilisation, befindet sich in einer unangenehmen Lage. Er sitzt in einem englischen Wagen, der von russischen Pferden gezogen wird, und hinten auf dem Wagen steht ein französischer Laquai, der ihn von Zeit zu Zeit darauf aufmerksam macht, den Pferden nicht allen Willen zu lassen. Denn, wohl zu merken, der Sultan fährt selbst, oder bildet sich ein, die Pferde selbst zu lenken; diese aber spielen förmlich mit ihm und richten

mehr und mehr den Lauf nach den grasreichen Steppen, auf denen sie früher herumgetummelt. Der Wagen leidet durch den Muthwillen der Pferde am meisten, und ist schon bedeutend schadhast geworden. Beschwerlich wird die Fahrt noch außerdem durch den brennenden Strahl der ägyptischen Sonne, gegen die sich der Sultan durch einen Schirm, der wie der Frieden von Konieh* aussieht, vergeblich zu schützen sucht.

Daß diese Fahrt endlich den Großherrscher oder Herrscher aller Gläubigen ermüden muß, bedarf wohl keiner ausführlichen Erörterung, aber wie es mit ihm werden soll, wenn ihm die Zügel entfallen, das wissen nur Allah und sein großer Prophet. Mit einem Worte, das osmanische

* Der Friede von Konieh, eine Folge des gleichnamigen Sieges des Vicekönigs von Aegypten über den Sultan, wurde 1833 abgeschlossen und setzte den ersteren in den Besitz von Syrien, während sein Sohn Ibrahim Pascha die Provinz Adana in Pacht erhielt.

Reich hängt an einem seidenen Faden, und doch liegt es im Interesse des sogenannten europäischen Gleichgewichts, daß dasselbe fortbestehe.

Italien.

Eine schöne Musterkarte, die jedoch nur in dem größeren Theile des oberen Italiens in dem lombardisch = venetianischen Königreiche eine heitere, frische Lebensfarbe zeigt, beschienen von einer milden Gnadensonne und durchflossen von dem Strom der Vergessenheit dessen, was früher geschehen ist. Das Wasser dieses Stromes verwischt nicht Alles, es ist Fleckwasser, und man hofft, daß es nur allen Schmutz fortnehmen werde. —

In Sardinien war Alles still; man bekam dort neue Heiligen, betete für Don Carlos, und schien an das neunzehnte Jahrhundert nicht zu

denken. Dies schien so, aber doch ist die Sonne unserer Zeit aufgegangen, und ihr erster Strahl hat Gleichheit vor dem Gesetz hervorgerufen. Wenn das, was hierauf folgen soll, diesem ersten Akte gleicht, so sieht Sardinien einer schönen Zukunft entgegen.

In Toscana, weise und stille Thätigkeit, die sich nun mit aller Macht auf Eisenbahnen werfen wird.

Aus Modena haben wir nur ein strenges Bücherverbot vernommen und in letzter Zeit Amnestiegerüchte. Zwischen Amnestie und Modena liegt aber ein weiter, sehr weiter Raum, und selbst auf einer Eisenbahn würde man alt und grau werden, ehe man von einem Punkte zum anderen gelangte.

Rom, das ernste, heilige Rom mit seinen Ruinen und seinen Kunstschätzen, ist immer noch der Wallfahrtsort aller Kunstpilgrimme. Aber wie steht es mit dem Stuhle Petri? An ihm

wird gerüttelt von der neuen Zeit, und doch will er nicht wanken. Er ist ja auf einen Fels gegründet, der seit Jahrtausenden der Fluth trotzt. Der Fels soll auch bleiben, und wird bleiben, auch wenn es der Fluth gelingt, ihn ganz von der Hülle menschlicher Sagen zu reinigen, die sich um ihn gelagert und ihn verunstaltet hat.

Der Kampf zwischen Rom und Preußen ist ein rein kirchlicher, und weil er dies ist, sieht man sich vergebens nach einem Ende desselben um. Er wäre vielleicht auf einer allgemeinen Kirchenversammlung auszugleichen, aber davon will man eben in Rom nichts wissen.

Roms politische Macht hat gar keine Bedeutung, und wenn auch das Schwert des heiligen Petrus im Mittelalter oft thätiger war als dessen Schlüssel: so hat sich in neuerer und neuester Zeit dasselbe doch als unbrauchbar erwiesen. Es ist so verrostet, daß man es nur noch seiner Form nach für ein Schwert halten kann.

Neapel. Dies Reich, eigentlich das Königreich beider Sicilien geheißen, hat ein großes Interesse wegen der verschiedenen Völkercharaktere, die man darin antrifft. Die Hauptrolle unter diesen Charakteren spielen sowohl in den Thälern und Schluchten Neapels wie in denen der Insel Sicilien die Räuber, und da sich im Leben in der Regel die Extreme berühren, so stehen den Räubern, als eben so bedeutungsvolle Charaktere, die Polizeibeamten, Häfcher, Schirren, Milizen und ähnliche moralische Körper gegenüber. Wenn man diese letzteren für moralische Körper ansieht, so sind die Räuber, Spitzbuben und Wegelagerer unmoralische, und wenn beide an einander gerathen, so entstehen dadurch Reibungen, die man Mord und Todschlag nennt. — Dergleichen ereignet sich im Königreich beider Sicilien so häufig, daß man gar nicht mehr darauf achtet. Uebrigens ist der Regent des Landes ein sehr humaner Mann, der sich beim Carneval sogar so weit

herabließ, bürgerliche Fensterscheiben einzuwerfen, auch einige Personen aus der niederen Klasse überzureiten und zu fahren. Auf der Insel Sicilien herrschte noch vor Kurzem Revolution über Revolution, nun aber der König sich dort längere Zeit verweilt hat, ist das Land, bis auf die gewöhnlichen Straßenräubereien, sehr ruhig. Indes auf Sicilien liegt der alte Aetna, der, wie sein Kollege, der Herr Vesuv bei Neapel, oft sehr stürmische Launen hat. Diese Launen der feuerspeienden Berge gehen oft auf die Sicilianer und Neapolitaner über, so daß man eigentlich nie recht weiß, wie beide gestimmt sind. Sollten jedoch in der nächsten Zeit die Sicilianer unruhig werden, ohne daß der Aetna gespieen hat, so dürften die Einführung des Stempelpapiers und sonstige Bande, die sie eng an Neapel fesseln sollen, daran schuld sein. Sicilien, obgleich nicht durch den Glauben von Neapel getrennt, steht zu diesem in demselben Verhältnisse, wie

Irland zu England. Je enger man Sicilien mit Neapel verbinden will, desto mehr trennt sich die Insel von dem Festlande. Seit Jahrhunderten wird an dieser Vereinigung gearbeitet, aber sie will nicht glücken. Man hat, wie es scheint, nie daran gedacht, daß das trügerische, unbeständige Meer beide Länder trennt. Was aber die Natur getrennt hat, zu vereinigen, wird menschlichen Kräften schwer gelingen.

So wäre denn durch die Hauptländer Europa's die Kunde gemacht, und es blieben nur noch Aegypten, Algier, Persien, Ostindien und die gesammten amerikanischen Staaten übrig, um ein ziemlich vollständiges Bild von dem Treiben des Jahres 1838 zu erhalten. Indes, was wir von den genannten Ländern und Reichen im Laufe des Jahres erfah-

ren haben, war theils höchst unerfreulich, theils so unvollkommen, auch absichtlich verfälscht, daß man sich, trotz der großen und gelehrten Werke, die darüber geschrieben sind, immer noch in gewaltigen Irrthümern bewegt. So z. B. in Betreff Südamerika's und des daran gränzenden Mexico; — wir wissen nur, daß hier eine Militärrevolution der anderen folgt, daß Empörungen förmlich an der Tagesordnung, die Menschen faul und leicht erregbar sind u. s. w., daß die Regierungsformen, zum Theil auch die Gesetze europäischen Vorbildern entlehnt worden, ohne daß man auf die Eigenthümlichkeit des Landes und seiner Bewohner geachtet hat. Die Republiken im südlichen und Mittelamerika sind emporgeschossen wie die Pilze, aber sie haben auch eben so schlechte Wurzeln und einen noch schlechteren Stamm. Der unbedeutendste Stoß wirft sie um, und wenn sie auch eben so schnell von neuem wieder empornachsen, so bleibt doch die alte

Schwäche vorherrschend. Und wo tritt diese Erscheinung am grellsten hervor? In allen süd- und mittelamerikanischen Staaten, die sonst zu Spanien und Portugal gehörten. Hier findet man dasselbe konstitutionnelle Wechselfieber wie in den ehemaligen Mutterstaaten. Vielleicht gestaltet sich die nächste Zukunft für diese Länder günstiger, um so mehr, da die Franzosen Alles anbieten, um dorthin die Civilisation zu verpflanzen. In Merico haben sie in der jüngsten Zeit für solche humane Bestrebungen einen Haltpunkt in dem Fort San Juan de Ulloa gefunden, welches, wie die Engländer wissen wollen, von dem Admiral der großen Nation so lange mit Dublonen und Dollars beschossen worden ist, bis es sich auf ehrenvolle Bedingungen ergeben hat. In den nordamerikanischen Freistaaten ist die sogenannte Bankkrisis, die ganz eng mit dem Streite zwischen der Demokratie und Geldaristokratie zusammenhängt, noch nicht vorüber. Eben so wenig

darf man auf die Aussicht rechnen, daß die Sklaverei, dieser Schandfleck der sonst so freisinnigen Union, aufhören werde. Und doch strömen von Europa aus ganze Schaaren von Auswanderern nach den Freistaaten. Vielleicht will es die Vorsehung, daß einst von diesen die Fesseln der unglücklichen Sklaven zerbrochen werden.

Algier hat freilich viel Interesse, aber größtentheils für England, Frankreich und die Türkei. Das klingt sehr sonderbar, aber es ist, bei Lichte gesehen, so und nicht anders. Frankreich sucht sich auf der Nordküste von Afrika immer mehr auszubreiten, einmal der Civilisation wegen, dann, weil es viele Gelehrte hat, die sich gern mit Nachgrabungen nach Alterthümern beschäftigen, und endlich, weil Afrika viel Platz für Leute bietet, für deren Ideen Frankreich zu eng ist. Eng-

land sieht diesem Treiben ruhig zu, und mag sich in der Stille freuen, daß sich die Franzosen für das Interesse Englands so abmühen, denn über kurz oder lang werden die edlen Briten den Türken hülfreiche Hand leisten, die große Nation aus Afrika zu verjagen und das cultivirte Algier sich zum Lohn für ihre Bemühungen ausbitten. Bis jetzt haben wenigstens die Engländer so gehandelt und sind dabei nicht schlecht weggekommen. Man muß nämlich nur nicht glauben, daß der Sultan Mahmud seine Rechte auf Algier aufgegeben hat. Er hofft dies eben so gewiß einst wieder zu beherrschen, wie der König von Holland stets den Gedanken festhält, einst Herr von Belgien zu werden. Die Großen der Erde sind auch nur schwache Menschen, und man kann es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie menschliche Ideen haben.

Indeß weit erbitterter als auf Algier ist der Sultan auf Aegypten oder vielmehr auf den

alten Vicekönig Mehmed Ali, der eigentlich ein Vasall der hohen Pforte ist, ihr aber bei Konieh im Jahre 1832 bewies, daß er trotz dieser Vasallenschaft sich berufen fühlt, seinen Lehnsherrn zu demüthigen. Das Verhältniß zwischen dem Sultan und dem Vicekönig von Aegypten erinnert recht lebhaft an die Zeiten des alten deutschen Reichs, wo sich Kaiser und Reichsfürsten bekriegten, und die ersteren sehr oft den letzteren unterlagen, bis sich diese gänzlich frei machten. Dasselbe wollte übrigens der Vicekönig schon jetzt mit aller Macht durchführen, allein England und Frankreich haben ihn, Gott mag wissen, aus welchen Gründen, daran verhindert; Frankreich vielleicht deshalb, um dem Großherrs die Gedanken an Algier aus dem Kopfe zu bringen, und England deshalb, um zu zeigen, daß es nie daran denke, Aegypten zu entdecken und zu der Ehre einer britischen Kolonie zu erheben. Und doch haben sich die Engländer bereits hart am

Eingänge aus dem rothen Meere in den persischen Golf festgesetzt und dem Vizekönige zu seinem größten Verdrusse den Handel mit Mokka-Kaffee abgeschnitten. Der alte Herr, den man zuletzt noch zum Beitritte des Handelsvertrages gezwungen, der ihm direkt das Monopolsystem verbietet, verbeißt seinen Aerger in langwierigen und beschwerlichen Reisen, um sich durch den Anblick der Goldminen in Sennaar für die Chikanen zu entschädigen, die man ihm gespielt hat. Außer diesem Zwecke will er sich noch umsehen, ob es hinter Sennaar Länder giebt, die seiner väterlichen Hülfe bedürfen. Von diesen will er Besitz nehmen - und sie der Wohlthat theilhaftig werden lassen, von ihm regiert zu werden.

Ueber Persien und Ostindien wissen wir nur mitzutheilen, daß beide Weltreiche auf einem gespannten Fuße leben, und daß die Perser lieber Luchtenleder als indische Spezereien riechen.

Vielleicht werden sie in der nächsten Zukunft gezwungen, ihre Liebhaberei zu ändern.

Hiermit wollen wir von unseren Lesern für dies Jahr Abschied nehmen, und wir thun dies mit einem besonderen Wohlgefallen, weil wir ganz am Schlusse melden können, daß wir uns in Betreff der politischen Gefangenen im Großherzogthum Hessen im Irthum befunden haben. Dieselben sind von dem Großherzoge begnadigt und ihren Familien wiedergegeben worden. Nur Einer, Karl Zeuner, hat diese Begnadigung mit der Auswanderung erkaufen müssen; er geht nach Amerika, und wird sich dort bemühen, durch nützliche Thätigkeit die Gedanken an die Heimath zu unterdrücken. Wir wünschen ihm glückliche Reise, allen denen aber, die noch im Kerker schmachten, eine baldige Erlösungstunde.





